

NEUE ZEIT

OKTOBER 1980

42

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

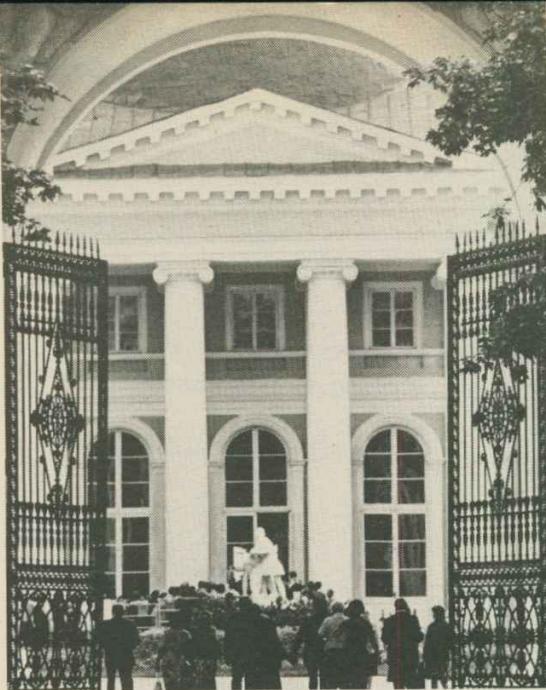
Datum

Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Brückenstr. 14
Fernruf 0355/214

7500-7101
PSF-77
BIBLIOTHEK-BEZ
14159-42 123 678 150



Das Tor
zu dem Herrensitz

Die Freitreppe
einer der drei
Terrassen im Park



SOWJETUNION IM BILD

Archangelskoje. Dieser Baukomplex entstand Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts am Ufer der Moskwa. Ausgehend von einem Projekt des französischen Baumeisters de Guerne, errichteten namenlose leibeigene Meister und Künstler dieses schöne Sommerschloß mit seinem prächtigen, von weißen Säulengängen umgebenen Hof. Zugleich wurde der Park mit Terrassen und zahlreichen Skulpturen angelegt. Besonders schön ist er an sonnigen Tagen durch den

werks genossen Alexander Herzen und viele andere berühmte russische Prosaiker, Dichter und Maler. Kurz nach der Oktoberrevolution wurde das Schloß in ein Museum umgewandelt und für Besucher geöffnet. Seitdem kommen nun schon über 60 Jahre Besucher aus dem In- und Ausland, um dieses großartige Kulturwerk zu bewundern.



Eichhörnchen
fühlen sich
hier ganz
ungezwungen



Die „Allee
Puschkins“



Die Harmonie
von Kunst
und Natur

Kontrast der von Menschenhand geschaffenen Anlage mit ihren strengen Linien und den anstoßenden weiten Feldern, Wiesen und Wäldern der Moskauer Umgegend.

In Archangelskoje war der Dichter Puschkin mehrmals zu Gast. Die Schönheit dieses Bau-



Fotos: I. Sotin

Die Südfassade
des Schlosses

MORAL UND POLITIK

Wie oft schon haben sich Moralisten und Politiker mit diesem Thema beschäftigt! Je öfter das aber geschah, desto enttäuschender war das Ergebnis. Die Politik der Ausbeuterklassen, die sich die Herrschaft in ihren eigenen und in fremden Ländern zum Ziel gesetzt haben, war zutiefst amoralisch. Nicht umsonst sind seit den Zeiten Machiavellis Betrug, Arglist und Verrat für Staatsmänner nicht nur zulässig, sondern geradezu legitim. Zwei Linien des Sittenverfalls der bürgerlichen Gesellschaft verliefen parallel: Die innere Amoralität des kapitalistischen Regimes und die äußere, von Eroberungskriegen gerechtfertigte Amoralität. „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein“, ist eine alte Weisheit und erinnert daran, daß Expansion die logische Fortsetzung des Unrechts in einer inneren Ordnung ist, die sich auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gründet.

Erst die Zeit der sozialistischen Revolutionen, die von der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, hat den verwunschenen Kreis gesprengt, in dem die Außenpolitik Jahrhunderte gefangen war. In Erfüllung ging Karl Marx' Forderung, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.“ Es ist ganz natürlich, daß die freie soziale Ordnung — eine Leistung des revolutionären Volkes — auch eine Außenpolitik neuen Typs, eine Politik des Friedens und der Gleichberechtigung der Völker schuf.

Es ist nicht erstaunlich, daß diese hochmoralische Linie der neuen Gesellschaftsordnung sofort von den Auguren der alten Welt angegriffen wurde. Man denke nur daran, was für ein Geschrei sich erhob, als die Sowjetrepublik alle vom Zarenregime unterzeichneten Geheimverträge publizierte! Diese Obstruktion dauerte mehr oder minder bis zum heutigen Tag an. Es gibt keinen einzigen politischen Schritt der sozialistischen Staaten, der seitens der zum Abtreten von der historischen Bühne verdammten Klassen nicht begeifert, verzerrt und diffamiert würde. Die Ausfälle verstärken sich besonders jetzt, da ein Glied nach dem anderen aus dem kapitalistischen System herausfällt, der sozialistische Internationalismus aber die

Völker, die einen neuen Weg gewählt haben, unterstützt.

Erst kürzlich hat die Sowjetunion auf der 35. Tagung der UNO-Vollversammlung erneut einen umfangreichen Komplex praktischer Maßnahmen zur Festigung des Friedens und zur Gesundung der Weltlage angeboten. Dieses Programm fand in der ganzen Welt großes Interesse und wurde von der dieser Tage abgeschlossenen Generaldebatte erörtert. Doch wieder wurde der Diffamierungsmechanismus in Gang gebracht, mit dem der gute Wille der Sowjetunion zum Frieden in Zweifel gesetzt und praktische Schritte zur Verbesserung der Weltlage, die sich in den letzten Monaten so sehr kompliziert hat, verhindern werden sollen.

Ein moralischer Wert der Außenpolitik des Sozialismus besteht darin, daß die neue Gesellschaftsordnung über das Gezeter erhaben ist, das politische Hinterwäldler um jede neue sowjetische Initiative anstimmen. Man stelle sich nur vor, wo die Welt heute wäre, hätten die Sowjetunion und ihre Mitstreiter die provokatorische Linie der Entspannungsgegner aufgenommen, hätten sie Boykott mit Boykott und Verhandlungsabbruch mit Verhandlungsabbruch beantwortet! Die sozialistische Diplomatie verliert nie das Hauptziel aus den Augen: die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit.

Die Weltöffentlichkeit wurde inzwischen Zeuge des wichtigen Treffens zwischen Vertretern der UdSSR und der USA, auf dem Fragen der Aufnahme von Verhandlungen über die Begrenzung von Nuklearwaffen in Europa praktisch erörtert werden sollten. Es gibt keinen internationalen Kommentator, der die Bedeutung dieser Probleme bestreite und nicht Hoffnung auf ihre Lösung ausspräche. Doch wir fragen erneut, ob denn diese Begegnung möglich geworden wäre, wenn die Sowjetunion die obstruktionistische Linie verschiedener westlicher Staatsmänner mitgemacht hätte? In den konsequenten sowjetischen Friedensinitiativen liegt die Kraft der sozialistischen Gesellschaftsordnung, liegt ihr Glaube an die Möglichkeit der Verhinderung eines Kriegsbrandes.

„In unseren Tagen kann es keine moralischere, im besten Sinne dieses Wortes sittlichere Politik geben, die dem Herzen und dem Verstand der Völker entspricht, als die Politik des Friedens, der Entspannung, der Verhütung des Wettrüstens“, äußerte vor kurzem L. Breschnew.

Diese Art der Außenpolitik ist die direkte Fortführung der Traditionen der Großen Oktoberrevolution. „Völker der Welt! Vereinigt Euch im Kampf für die Abwendung einer Kernkriegsgefahr!“ lautet ein Aufruf des ZK der KPdSU zum bevorstehenden 63. Jahrestag der Oktoberrevolution, in dem gewissermaßen das höchste Gesetz der Moral und des Rechts, die Friedensmission der sozialistischen Revolution, enthalten ist.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 42 OKTOBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Moral und Politik	1
A. Uswatow — Vertrag für den Frieden	5
W. Fjodorow — UNO. Charta der friedlichen Koexistenz	6
G. Rjabow — 185 Tage im Weltraum	8
W. Gawilewski — SFRJ. Wo Belgrad beginnt	8
L. Nikolajew — Der Rechtsdrall	9
W. Jefremow — NATO-Schatten über Afrika	10
J. Gudkow — USA. Die Neutralität des schnellen Eingreifens	12
L. Mletschin — Militaristische Akzente	13
I. Stschedrow — Afghanistan. Im fernen Westen, in Herat	14
Notizen ◆ Glossen	16
B. Soborow — China. Politik wider den Sozialismus	18
Biographisches: Zhao Ziyang	19
M. Knjaskow — RSA. Eine Hölle auf Erden	20
J. Lopatin — Frankreich. Explosion vor der Synagoge	22
N. Schimmel — KVDR. VI. Parteitag	24
Willkürakt	25
N. Georgijew — Kontinent im Aufbruch (Politisches Buch)	25
L. Medwedko — Die Hintergründe eines Krieges	26
G. Sidorowa — Olympische Nachlese	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Den tapferen Patrioten und Kämpfern gegen das rassistische RSA-Regime gehören die Sympathie und Unterstützung der ganzen Welt. Auf Beschuß des UNO-Sonderausschusses gegen Apartheid findet jährlich am 11. Oktober der Tag der Solidarität mit den politischen Häftlingen im Süden Afrikas statt.

Titelbild: W. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plotschadji

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 8. bis 10. Oktober währte ein offizieller Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs der Sozialistischen Arabischen Baath-Partei, des Präsidenten der Syrischen Arabischen Republik Hafez Assad in der Sowjetunion. Assad leitete eine Partei- und Regierungsdelegation Syriens, die im Kreml Gespräche mit Leonid Breschnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Boris Ponomarjow, Iwan Archipow und Nikolai Ogarkow führte. Unterzeichnet wurde ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Syrien (siehe S. 5).

Am 11. Oktober kehrten die Kosmonauten Leonid Popow und Valeri Rjumin zur Erde zurück. Damit wurde der mit 185 Tagen längste Kosmosflug erfolgreich beendet. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh Popow den Titel Held der Sowjetunion sowie den Lenin-Orden und die Medaille „Goldener Stern“ und den Titel „Fliegerkosmonaut der UdSSR“. Rjumin erhielt den Lenin-Orden und eine zweite Medaille „Goldener Stern“. Das Präsidium der Ungarischen Volksrepublik verlieh Popow und Rjumin den Titel Held der Ungarischen Volksrepublik. Das Ständige Komitee der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Vietnam und der Präsident der Republik verliehen Popow und Rjumin den Titel Held der Arbeit der SRV und zeichneten sie mit dem Ho Chi-Minh-Orden erster Klasse aus (siehe S. 8).

Am 13. Oktober wurde im Kreml Leonid Breschnew der internationale Preis „Goldener Merkur“ für seinen hervorragenden Beitrag zur Festigung des Friedens und zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit überreicht.

Am 7. Oktober beging das Volk der DDR feierlich den 31. Gründungstag der Republik und den 5. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR. Leonid Breschnew und Alexej Kosygin richteten ein Glückwunschkreiben an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des DDR-Staatsrats, Erich Honecker, sowie an den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, Willi Stoph. „Die konsequenten Bemühungen der DDR zur Vertiefung der Entspannung, zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit, zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung finden zu Recht breite Anerkennung in der Welt“, heißt es darin.



Am 8. Oktober im Moskauer Kreml: sowjetisch-syrische Verhandlungen

Foto: TASS

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin riefen am 7. Oktober an den Generalsekretär des ZK der laotischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsidenten der Volksdemokratischen Republik Laos Kaysone Phomvihane sowie an den Präsidenten der VDR Laos und Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung Sufanuvong eine Glückwunschadresse anlässlich des 20. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Laos. „Für die Sowjetunion und Laos wie auch für die anderen Bruderstaaten stehen im internationalen Geschehen die Interessen von Frieden, Sozialismus, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker im Vordergrund. Wir sind auch der gleichen Ansicht über die Wege zur Überwindung der Spannungen in Südostasien, die von subversiven Aktionen der regierenden Kreise Pekings im Einvernehmen mit den Kräften des Imperialismus und der Reaktion verursacht werden“, heißt es darin. Kaysone Phomvihane und Sufanuvong richteten an Leonid Breschnew und Alexej Kossygin ihrerseits einen Glückwunsch, in dem sie der Sowjetunion ihren tiefen Dank für die der laotischen Revolution erwiesene Unterstützung aussprechen.

Am 14. Oktober begann die Volksdemokratische Republik Jemen den 17. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Kolonialisten, der als Tag der Revolution gefeiert wird. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin übermittelten dem Generalsekretär des ZK der jemenitischen

Sozialistischen Partei und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrats der VDRJ, Ministerpräsidenten Ali Nasser Muhammad ein Glückwunschkirchen.

Am 13. Oktober wurde in Moskau der 27. Kongress des Internationalen Genossenschaftsverbandes eröffnet. In einem Glückwunschschreiben Leonid Breschnews an die Kongreßteilnehmer heißt es: „Gegenwärtig, da die reaktionären Kräfte des Imperialismus die Menschheit in die Zeit des kalten Krieges zurückwerfen wollen, die Kriegspsychose anheizen und das Wettrüsten forcieren, ist die weitere Aktivierung der Anstrengungen aller Friedenskräfte, darunter auch des Internationalen Genossenschaftsverbandes, im Kampf für die Bewahrung und Festigung des Friedens, für die Eindämmung des Wettrüstens, für Abrüstung unabdingbar.“

Am 10. Oktober kam es in den Nordgebieten Algeriens zu einem schweren Erdbeben, dessen Epizentrum 10 Kilometer von der Stadt El Asnam lag. Zwei Erdstöße der Stärke 7,5 und 6,4 der Richterskala haben die von 120 000 Menschen bewohnte Stadt zu 80 Prozent zerstört. Der algerische Rote Halbmond teilte den Tod von mindestens 17 000 Personen mit. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin sprachen dem Generalsekretär der Nationalen Befreiungsfront und Präsidenten der demokratischen Volksrepublik Algerien Chadli Bendjedid sowie Ministerpräsident Mohamed Ben Ahmed Abdalgani ihr tiefes Mitgefühl anlässlich der Katastrophe aus.

Vom 10. bis 14. Oktober tagte in Pjöngjang der VI. Kongress der Partei der Arbeit Koreas, der mit dem 35jährigen Bestehen der Partei zusammenfiel. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteikongress eine Glückwunschadresse, in der es die koreanischen Kommunisten zu ihrem Feiertag herzlich beglückwünscht. Dem Kongress wohnte eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Ersten Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU Grischin bei. Das Plenum des ZK der Partei der Arbeit wählte Kim Ir Sen erneut zum Generalsekretär des ZK der Partei (siehe S. 24).

Am 12. Oktober nahm in Aden ein außerordentlicher Kongress der Jemenitischen Sozialistischen Partei seine Arbeit auf. Das ZK der KPdSU entsandte dazu eine Glückwunschadresse.

Das ZK der KPdSU richtete einen Glückwunsch an den Generalsekretär des ZK der KP El Salvadors, Shafic Jorge Handal, aus Anlaß seines 50. Geburtstages.

Am 9. Oktober wurde der Botschaft der VR China in Moskau eine Note des UdSSR-Außenministeriums bezüglich der Provokationen der chinesischen Behörden an der sowjetisch-chinesischen Grenze (am Fluß Argun im Gebiet Tschita) am 5. Oktober ausgetragen. Militärangehörige der VR China hatten ein Boot mit drei unbewaffneten sowjetischen Bürgern beschossen, von denen einer getötet wurde. Das UdSSR-Außenministerium legte Protest ein und verlangte die Bestrafung der Schuldigen sowie Maßnahmen zur Sicherung einer normalen Lage an der Grenze und zur Vermeidung künftiger derartiger Vorkommnisse.

Am 6. Oktober ging in Warschau die jüngste Sitzung des 6. Plenums des ZK der PVAP zu Ende. Am 8. Oktober tagte der Sejm der VR Polen und verabschiedete ein Gesetz über das Oberste Kontrollkomitee. Beschlossen wurden ferner verschiedene Veränderungen in der Zusammensetzung des Staats- und des Ministerrats der VR Polen.

Am 8. und 9. Oktober trafen in Brüssel Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 21 kapitalistischen Ländern Europas zusammen. Es gab einen umfassenden und erspielbaren Meinungsaustausch hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Westeuropa, der Situation in einzelnen Ländern des Kontinents sowie über die

Aufgaben der Kommunisten auf der gegenwärtigen Etappe des Kampfes für die Interessen der Werktäglichen in den kapitalistischen Ländern.



Vor kurzem wurden in Äthiopien Journalisten somalische Militärangehörige vorgeführt, die während der Kämpfe bei Wardere (Provinz Harargue) gefangen genommen wurden. Die herrschenden Kreise in Mogadischu leugneten ihre Beteiligung an dieser Aggression und wollten den Überfall auf äthiopisches Gebiet der sogenannten Befreiungsfront Westsomalias zuschreiben. Die Kennzeichen der somalischen Armee an Militärfahrzeugen sowie die Papiere getöteter Soldaten und Offiziere beweisen jedoch eindeutig, daß der Oberfall von der regulären Armee Somalias verübt wurde. **Unser Bild: Gefangene somalische Militärangehörige**

Foto: A. Krylowitsch (TASS)

Am 11. Oktober fand in Havanna ein feierlicher Empfang für die Teilnehmer des sowjetisch-kubanischen Raumflugs statt. Fidel Castro überreichte Juri Romanenko und Arnaldo Tamayo Méndez den „Goldenen Stern“ des Helden der Republik Kuba und den Orden „Playa Girón“. Der kubanische Ersatzmann José Armando López erhielt den Orden „Camilo Cienfuegos“. Dem Präsidenten der Sowjetisch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft, dem Kosmonauten Wladimir Schatalow wurde der Orden „Playa Girón“ überreicht.

Am 8. Oktober trafen in Genf die Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens zu Verhandlungen zusammen, um einen Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen auszuarbeiten.

Das SRV-Außenministerium richtete an die Botschaft der VR China in Hanoi eine Note, in der die bewaffnete Provokation Chinas an der beiderseitigen Grenze entschieden verurteilt wird. Zwischen dem 3. und dem 10. Oktober haften chinesische Militärs mehrmals die Grenze der SRV verletzt und Grenzpunkte der Provinz Ha Tuyen beschossen. Dabei gab es Tote und Verletzte sowie bedeutende Materialschäden. Das SRV-Außenministe-

rium verlangte die sofortige Einstellung der bewaffneten Provokationen.

In der vergangenen Woche dauerten die Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran unter Einsatz von Luftwaffe, Panzern und Artillerie an (siehe S. 12).

Am 12. Oktober beschloß die Landeskongress der FKP einmütig, ihren Generalsekretär Georges Marchais als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1981 aufzustellen.

Die revolutionären Kräfte El Salvadors gaben die Gründung einer Armee der Aufständischen unter der Bezeichnung „Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí“ bekannt.

Am 10. Oktober kam es in Italien zum Zeichen der Solidarität mit Fiat-Arbeitern, denen die Entlassung drohte, zu einem Streik von rund 15 Millionen Werktäglichen.

Am 10. Oktober endete auf der 35. Tagung der UNO-Vollversammlung die Generaldebatte, in deren Verlauf die Vertreter der UNO-Mitgliedstaaten die Anschauungen und Positionen ihrer Regierungen zu aktuellen weltpolitischen Fragen darlegten.

Am 10. Oktober schloß in Genf die 2. Tagung der UNO-Konferenz über das Verbot oder die Begrenzung der Anwendung konkreter konventioneller Waffenarten, die als außerordentlich grausam oder nichtselektiv betrachtet werden können. Die Vertreter von fast 80 Staaten erarbeiteten und koordinierten den Text einer Konvention sowie drei Anlageprotokolle.

Am 7. Oktober wurde auf Jamaika ein Attentat auf Ministerpräsident Manley und den Minister für Nationale Sicherheit Thompson verübt. Beide blieben unverletzt. Ein Attentäter wurde festgenommen.



Wieder flammen in den USA nachts die Kreuze des Ku-Klux-Klan auf. **Unser Foto: Zusammenrottung der Rassisten in Scotland [Staat Connecticut]**

Foto: UPI-TASS

Was war die Ursache für den bewaffneten Konflikt zwischen Iran und Irak? Die Antwort ist meiner Meinung nach eindeutig. Das ihnen von der langen Herrschaft des Imperialismus in dieser Region, vor allem des amerikanischen, hinterlassene Erbe. Doch die Differenzen zwischen diesen Ländern dürften nicht auf militärischem Wege ausgetragen werden. Der Bruderkrieg schadet beiden Staaten. Der iranisch-irakische Konflikt verletzt die Einheit der Länder dieser Region und löst unverhohlene Freude bei den reaktionärsten Kräften der Welt aus. Seine Fortsetzung kann ernsthafte Folgen, vor allem für die Völker dieser Länder selbst, haben.

A. SAIZEW
Moskau

Meine Sympathien für Ihr Land entstanden im Jahr der Revolution auf Kuba. Bis dahin hatten wir fast nichts von der Sowjetunion gewußt. Uns wurde ständig vom „eisernen Vorhang“, vom „dästeren Kreml“ und anderen Dummheiten geredet. Hauptsächlich strengten sich die US-Massenmedien dabei an. Auch jetzt versuchen die Amerikaner noch immer, sich die Insel der Freiheit zu unterwerfen. Ich möchte ein Beispiel dafür anführen. Vor einiger Zeit verlangten die USA als Voraussetzung für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen den Abbruch unserer freundschaftlichen Kontakte zur UdSSR. Und ich bin stolz auf die Antwort der Kubaner darauf. Fidel Castro erklärte z. B. eindeutig, die Kubaner würden dies aus prinzipiellen Überlegungen nie tun, weil es, wie man so sagt, dumm ist, mit dem Freund zu streiten, um der Freund des Feindes zu werden.

Néstor ALOMA
Havanna, Kuba

Wie man weiß, sieht Präsident Carters Direktive 59 einen langwierigen Krieg mit Schlägen auf bestimmte Objekte vor. Erkennt denn der US-Präsident nicht, daß das Selbstmord ist? Vielleicht unterschätzt er die Stärke der UdSSR und den Gegenschlag? Mir scheint, diese Direktive ist ein Betrug am eigenen Volk.

N. SCHIKUTO
Chabarowsk, UdSSR

VERTRAG FÜR DEN FRIEDEN

Der am 8. Oktober in Moskau abgeschlossene Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Syrischen Arabischen Republik ist das bedeutsamste Resultat des UdSSR-Besuchs des Generalsekretärs der Baath-Partei und Präsidenten Syriens Hafez Assad an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation. Das Dokument leitet eine qualitativ neue, höhere Stufe der vielseitigen sowjetisch-syrischen Kontakte ein und trägt die Unterschriften Leonid Breshnews und Hafez Assads.

Schon lange entwickeln sich die sowjetisch-syrischen Beziehungen aufstrebend, allseitig und ersprießlich. Die Gemeinsamkeit der Interessen im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen die aggressiven Anschläge des Imperialismus und seiner Helfershelfer im Nahen Osten bilden die Basis für die Annäherung zwischen der UdSSR und Syrien.

Auf einem Empfang im Kreml sagte Hafez Assad: „Wir sehen in der Sowjetunion einen treuen Freund, der uns stets in unserem gerechten Kampf gegen Aggressionen und für die Befreiung unseres Landes zur Seite gestanden hat. Er war auch in den unterschiedlichen Bereichen der Aufbauarbeit an unserer Seite...“

Nehmen wir beispielsweise den wirtschaftlichen Aspekt der Zusammenarbeit. Hier ist in erster Linie der große gemeinsame Bau des Wasserkraftwerks am Euphrat zu nennen. Seine Bedeutung für die SAR wird daran erkennbar, daß dieses Kraftwerk gegenwärtig etwas über 80 Prozent der Elektroenergie des Landes erzeugt. Das Wasser der hier entstandenen Stauanlage hat viele tausend Hektar fruchtbar gemacht. Mit sowjetischem Beistand entwickeln sich in Syrien die Schienenwege, die Petrolwirtschaft und werden Bewässerungsanlagen gebaut. Mehr als 32 000 Facharbeiter, Techniker und Ingenieure wurden ausgebildet.

Der sowjetisch-syrische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit definiert, den Worten Assads zufolge, „den Rahmen für die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Ländern“. Die UdSSR und die SAR erklären darin ihre Entschlossenheit, die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und Völkern im politischen, wirtschaftlichen, militärischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen sowie in anderen Bereichen

unaufhörlich auszubauen und zu festigen. Sie verpflichteten sich „allseitig zur Festigung des Weltfriedens und der Völkersicherheit, zur internationalen Entspannung sowie zu ihrer Umsetzung in konkrete Formen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, zur Regelung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln, zur Ausschaltung jeglicher Erscheinungsformen einer Hegemonie- und Aggressionspolitik in den internationalen Beziehungen beizutragen“.

Im Falle einer den Frieden oder die Sicherheit einer der Seiten oder den Weltfrieden bedrohenden Situation sieht der Vertrag vor, daß die Sowjetunion und Syrien ihre Haltung und ihre Zusammenarbeit zur Beseitigung dieser Gefahr und zur Wiederherstellung des Friedens koordinieren. Wie es im Abschlußkommuniqué heißt, wurden während der Moskauer Verhandlungen „Fragen des weiteren Beistands der Sowjetunion für Syrien bei der Stärkung seines Verteidigungspotentials besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt“.

Der sowjetisch-syrische Vertrag richtet sich nicht gegen Drittländer. Er hat keine anderen Ziele und Aufgaben, außer denen, der Gesundung der Lage im Nahen Osten und der Herstellung eines wahren, gerechten Friedens in dieser Region zu dienen. „Es ist ein Vertrag für den Frieden und nicht für den Krieg“, betonte Leonid Breshnev auf dem Empfang zu Ehren Hafez Assads. Der syrische Präsident seinerseits äußerte, die Vertragspunkte zielen auf die Sicherung der „Interessen des Kampfes für einen auf Gerechtigkeit gründeten Frieden in unserem Raum, einen Frieden, der zum Abzug des Aggressors vom okkupierten arabischen Boden, zur Gewährleistung der unabnehmbaren Rechte des arabischen Volkes von Palästina führt, in erster Linie seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Schaffung seines unabhängigen Staates auf seinem heimatlichen Boden“.

Die Bedeutung des in Moskau unterzeichneten Vertrags geht also über bilaterale sowjetisch-syrische Beziehungen hinaus. Nicht nur, weil Syrien Mitglied der panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands ist. Der Vertrag drückt auch allen arabischen Ländern und Völkern, die für ihre legitimen Interessen, gegen die Anschläge und Verschwörungen des Imperialismus und seiner Helfershelfer kämpfen, internationale Unterstützung aus. Selbstverständlich galt bei den

Gipfelgesprächen in bezug auf die internationalen Probleme die besondere Aufmerksamkeit der jetzigen Lage im Nahen Osten. Die Sowjetunion und Syrien wandten sich erneut kategorisch gegen die Abmachungen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Separatvertrag. Moskau und Damaskus verurteilten entschieden die militaristische Politik der USA im Nahen Osten, am Persischen Golf und am Roten Meer.

Das jüngste deutliche Beispiel für die gefährlichen Intrigen und die militaristischen Machenschaften der Imperialisten ist die Situation im Raum des Persischen Golfs. Er ist wie jeder andere, Sphäre der Lebensinteressen der anliegenden Staaten und nicht irgendwelcher anderen. Und es ist ganz klar, daß niemand berechtigt ist, sich in deren Angelegenheiten einzumischen und als Vormund oder selbsternannter „Ordnungshüter“ aufzuspielen.

Die Sowjetunion und Syrien kräftigten ihre Entschlossenheit, den gemeinsamen Kampf für eine umfassende Nahostregelung fortzusetzen. Gemeint ist der vollständige und bedingungslose Abzug israelischer Truppen von allen 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich des östlichen Teils von Jerusalem und die dem arabischen Volk von Palästina gewährte Möglichkeit, sein unbenehmbares nationales Recht auf Selbstbestimmung und Gründung eines unabhängigen Staates zu verwirklichen.

Die Staatsmänner der Sowjetunion und Syriens verwiesen auf die Wichtigkeit der allseitigen Festigung von Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den arabischen Völkern und den Völkern der UdSSR sowie den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft im Interesse der Stärkung der Unabhängigkeit und Sicherheit der arabischen Länder.

„Die sich Jahr für Jahr festigen- de Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Syrien symbolisiert gewissermaßen die Einigkeit der zwei bedeutendsten Kräfte der Gegenwart — des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung, sowie ihr gemeinsames Vorgehen im Kampf für den Weltfrieden und den sozialen Fortschritt“, stellte Leonid Breshnev fest.

Dieser Zusammenschluß ist das Unterpfand für den Triumph der gerechten Sache der friedliebenden Völker.

A. USWATOW

CHARTA DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Wladimir FJODOROW

Die UNO-Charta, die vor 35 Jahren, am 24. Oktober 1945, in Kraft trat, gehört zu den bedeutendsten völkerrechtlichen Dokumenten, die fürwahr universale Anerkennung erfahren haben. Die Sowjetunion spielte eine große Rolle bei der Formulierung der UNO-Charta und der Konsolidierung der progressiven demokratischen Prinzipien und Normen, die die Hauptziele, die Grundlage der Weltrechtsordnung bestimmen.

Die Sowjetunion geht davon aus, daß die Charta voll und ganz den Erfordernissen der Entwicklung der heutigen internationalen Beziehungen entspricht, daß deren Hauptziele und Prinzipien ihre Aktualität und Bedeutung auch heute nicht verloren haben. Überdies bekräftigt die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen immer deutlicher die ganze Lebenskraft eines in der UNO-Charta verankerten höchstbedeutsamen Prinzips — des Prinzips der friedlichen Koexistenz. Die Bedeutung dieses Dokuments liegt nicht nur darin, daß es konstitutionellen Charakter hat und die Tätigkeit der UNO regelt, deren Hauptziel es ist, „künftige Generationen vor den Leiden eines Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten der Menschheit unaussprechliches Leid gebracht hat“. Der Charta ist eine wichtige Rolle als Grundlage der Weltrechtsordnung, als spezifisches Verhaltenskodex für die Mitglieder der Völkergemeinschaft, als wirksames Instrument für die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zugewiesen. Die Charta regelt verbindlich die internationalen Hauptprinzipien und Verhaltensnormen der Staaten sowie deren gegenseitige Beziehungen.

Auf der Grundlage der Charta entstand ein engmaschiges System von bilateralen und multilateralen Nachkriegsverträgen und -abkommen in den verschiedensten Bereichen. All das zeigt, daß die Charta kein gewöhnliches internationales Abkommen ist, sondern ein einmaliger universeller Vertrag.

Zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern tritt die Sowjetunion für die unveränderte Einhaltung der Hauptthesen der Charta ein und hält eine Revision für unzulässig.

sig. Diese Haltung der UdSSR wird nicht von vorübergehenden Erwägungen oder vom Streben bestimmt, besonderen Vorteil für sich oder für die eigenen Verbündeten daraus zu ziehen, sondern von den Interessen aller Völker, der großen wie der kleinen Staaten, von den Interessen der Festigung des Weltfriedens.

Die Notwendigkeit der Stärkung der UNO entsprechend den Artikeln ihrer Charta wurde im Friedensprogramm des XXIV. und XXV. Parteitages der KPdSU betont. Für die Festigung der auf den Prinzipien und Zielen der UNO-Charta basierenden internationalen Rechtsordnung sprachen sich entschieden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der im Mai d. J. angenommenen Deklaration aus.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen zeugt anschaulich davon, daß die UNO-Charta von Jahr zu Jahr immer größeres Ansehen gewinnt. Sie ist ein wirksames Instrument der Festigung des Friedens, der Zügelung des Wettrüstens, der Gewährleistung der Sicherheit der Völker und der Entwicklung einer beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Ebendeshalb charakterisierte Leonid Breschnew die UNO-Charta als Dokument, das „den Übergang der menschlichen Zivilisation auf neue, höhere Ebenen in den internationalen Beziehungen erleichtert“.

Es gibt aber UNO-Mitgliedstaaten, die die Charta revidieren und ihren egoistischen Interessen unterordnen wollen. In der Zeit des kalten Krieges schürte der Westen verstärkt die Kampagne für eine Revision, für die Ausweitung der Rechte der Vollversammlung, wo er damals eine willige Mehrheit besaß, gegen das, was seine Vertreter nicht anders als „Mißbrauch des Veto-Rechts“ im Sicherheitsrat bezeichneten.

1969 wurde die Frage einer Revision der UNO-Charta auf Vorschlag

Kolumbiens und einiger anderer Delegationen auf die Tagesordnung der 24. Vollversammlung gesetzt. Auf der 29. Vollversammlung (1974) drückten die Reformanhänger den Beschuß durch, einen Sonderausschuß für die UNO-Charta einzusetzen. Auf den Jahrestagungen dieses Ausschusses (1975—1980) und auf den Tagungen der Vollversammlung suchten die Revisionsverfechter einige Satzungsänderungen aufzuftren. Sie lassen es also schon nicht mehr dabei bewenden, theoretische Pläne und Reformprojekte vorzubringen, sondern wollen mit allen Mitteln ihre Vorstellungen durchsetzen.

Die jetzige Kampagne zur „Erneuerung“ der UNO-Charta wird von den gleichen Kräften im Westen geschürt, die die Entspannung stoppen wollen. Unter den fanatischsten Anhängern einer Charta „reform“ fehlten natürlich auch die Pekinger Führer nicht. Mit den Behauptungen, die Charta sei „veraltet“ und werde „nicht mehr den veränderten Bedingungen“ und der Notwendigkeit gerecht, sich von der „Kontrolle der Supermächte“ zu be-



Tagung des Sicherheitsrats

Foto: W. Achlomow

freien, trat Peking offen für eine „grundlegende Umgestaltung der UNO“ ein. So erklärte der chinesische Delegierte in der Generaldebatte auf der 28. UNO-Vollversammlung unverhohlen: „Die derzeitigen Bedingungen in der UNO müssen geändert, und die Charta muß revidiert werden.“

Die Versuche, die Charta völlig umzumodeln, stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Staaten und vieler friedliebender Länder. Im Brief der UdSSR-Regierung an den UNO-Generalsekretär hieß es, „daß nicht in der Charta die Ursachen dafür liegen, daß einige nützliche Entscheidungen von UNO-

Organen nur auf dem Papier bleiben, daß die Pestbeulen der kolonialistisch-rassistischen Herrschaft immer noch nicht endgültig beseitigt sind, daß in einigen Weltteilen militärische Gefahrenherde bestehenbleiben. Das ist die Folge davon, daß einige UNO-Mitgliedstaaten die Artikel der Charta nicht einhalten und in Verletzung der dort proklamierten Prinzipien und Ziele handeln. Natürlich kann man sich nicht mit einer Lage abfinden, da sich die einen Staaten genau an die in der Charta übernommenen Verpflichtungen halten und die anderen es sich erlauben, diese Verpflichtungen zu ignorieren. Bezuglich der Forderung, die von der Charta auferlegten Verpflichtungen strikt zu erfüllen, kann es keinerlei Ausnahmen geben. Nur so kann die UNO größere Wirksamkeit und ein höheres Ansehen erlangen."

Während in den 40er und 50er Jahren die Pläne für eine Revision vor allem auf Versuche hinausliefen, die Kompetenzen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung zu ändern, ist heute von einer umfassenden Revision der Charta die Rede, von einer grundlegenden Veränderung des Charakters der Tätigkeit aller Hauptorgane der UNO. Jetzt wird also eine solche Revision der Charta angestrebt, die, wie in der Antwort der Regierung Frankreichs auf die Anfrage des UNO-Generalsekretärs vom 17. Juli 1972 zu Recht betont wird, „durch den Umbau der Gesamtheit der von allen übernommenen Normen eben diese Gesamtheit zerstören kann, ohne andere wirksame Thesen vorzusehen“.

Die Anhänger einer Revision suchen nicht „redaktionelle“ Korrekturen an der Charta vorzunehmen, sondern dieses Dokument grundlegend umzukrempeln und die Tätigkeit der UNO von der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe — der Festigung des Weltfriedens — auf die Lösung der verschiedensten wirtschaftlichen und technischen Fragen (z. B. den Kampf gegen die Rauschgiftsucht und die Umweltverschmutzung) umzuorientieren: Es ist klar, daß dies die UNO zu einer gewöhnlichen technischen Einrichtung degradieren würde. Die Verwirklichung derartiger „Reformen“ wäre ein Hebel, um die politischen und rechtlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu erschüttern.

Einige Anhänger der Chartarevision behaupten, das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Sicherheitsratsmitglieder oder, wie es oft genannt wird, das „Veto-Recht“ sei

das Hauptübel, Ursache aller Mängel in der Arbeit der UNO. Und deshalb herrscht kein Mangel an Vorschlägen für die Einschränkungen dieses Prinzips, dafür, der Vollversammlung das Recht zu übertragen, Beschlüsse über die Nichtanerkennung eines Vetos in der einen oder anderen konkreten vom Sicherheitsrat behandelten Frage zu fassen, und sogar über die Beseitigung dieses Prinzips.

Die einstimmige Beschußfassung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder ist ein Hauptprinzip der Charta. Es bringt die Notwendigkeit eines Konsenses, besonders in einer so überaus wichtigen Frage wie der Bewahrung des Weltfriedens und der Sicherheit, zum Ausdruck.

Das Prinzip der Einstimmigkeit hat wiederholt dazu beigetragen, überreilte Beschlüsse zu vermeiden, die schwere Folgen hätten haben können. Die Sowjetunion hat nicht nur vom Prinzip der Einstimmigkeit Gebrauch gemacht, um ihre Interessen und die Interessen der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu schützen. Sie hat stets von diesem Prinzip Gebrauch gemacht, um die nationalen Befreiungsbewegungen und den Kampf der Kolonialvölker zu unterstützen, um die legitimen Interessen und Rechte der kleinen Länder zu schützen. Deshalb ist das Prinzip der Einstimmigkeit für die überwiegende Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten so relevant. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko sagte dazu: „Das Prinzip der Einstimmigkeit ist eine realistische und die beste der möglichen Lösungen, und eine Revision oder die Aufhebung dieses Prinzips würde die Grundlage für das Bestehen der UNO untergraben und diese zum Untergang verdammen. Die Sowjetunion ist davon überzeugt, daß der Unmut nicht gegen das Prinzip der Einstimmigkeit, sondern gegen jene gerichtet werden muß, die es entgegen der UNO-Charta, entgegen den Hoffnungen der Völker einsetzen. Jene, die behaupten, unter den Bedingungen einer sich in einem Vierteljahrhundert gewandelten Welt werde das Prinzip der Einstimmigkeit nicht der neuen Lage gerecht, sollten sich erinnern: die Gesetzmäßigkeiten des Atomzeitalters sind so, daß die Versuche einiger ständiger Sicherheitsratsmitglieder, andere ständige Ratsmitglieder unter Druck zu setzen oder sogar Gewalt gegen sie anzuwenden, in Wirklichkeit einen globalen Krieg mit allen sich daraus ergebenden verhängnisvollen Folgen bedeuten würde.“



Es gibt unter den Anhängern einer Revision der Charta auch solche, die eine Verlagerung der dort verankerten Kompetenzen der Hauptorgane zum Nachteil des Sicherheitsrates mit allen Mitteln anstreben. Sie wollen an den Generalsekretär ihm nach der Charta nicht zustehende Funktionen und Vollmachten übertragen und verlangen eine Revision der Prozedur bei der Annahme von Beschlüssen durch die Vollversammlung und den Sicherheitsrat, treten für eine Veränderung der Zusammensetzung des Sicherheitsrats und für die Untergrabung seiner ausschließlichen Kompetenz bei der Entsendung von UNO-Truppen ein.

Diese Vorschläge und Pläne sollen die Grundlage der Tätigkeit des Sicherheitsrates, der laut Charta die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit trägt, schwächen und untergraben und würden schwere Krisen in der UNO herbeiführen.

Bei einer Analyse der Pläne für eine Revision der UNO-Charta wird deutlich, daß diese unrealistisch sind und unabhängig von den dabei verfolgten Motiven letztlich nur den engen Interessen einiger Staaten dienen sollen. All diese Pläne sind gefährlich, da sie die Hauptprinzipien der UNO schwer gefährden.

Die Sowjetunion ist davon überzeugt, daß die Pläne der Charta-Gegner unter den heutigen Bedingungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Die Gewähr dafür sind die zunehmende Macht der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, das immer stärkere Streben der Friedenskräfte und der Völker der Erde, nicht zuzulassen, daß die Grundlage des Bestehens der UNO zerstört wird, und dem Abgleiten der Welt in eine thermonukleare Katastrophe entgegenzuwirken. Die Sowjetunion glaubt an die UNO. Sie hat der 35. UNO-Vollversammlung in der heutigen komplizierten internationalen Lage neue wichtige Abrüstungsvorschläge vorgelegt, geleitet von der Hauptaufgabe der UNO-Charta, „künftige Generationen von den Leiden eines Krieges zu befreien“.

185 TAGE IM WELTRAUM

Gennadi RJABOW

Der längste Raumflug der Geschichte fand nach 185 Tagen seinen Abschluß. Leonid Popow und Valeri Rjumin demonstrierten eingehende Kenntnisse in vielen Bereichen der Wissenschaft und Technik, eine ausgezeichnete physische Vorbereitung, Mut und Tapferkeit.

Der Erfolg des Raumflugs der beiden Kosmonauten wie ihrer Vorgänger an Bord von Salut 6 erklärt sich in hohem Maße aus der Vollkommenheit des Raumlabs, einer Schöpfung sowjetischer Wissenschaftler und Arbeiter. Unterstützt wurden die Kosmonauten von der präzisen Tätigkeit vieler Wissenschaftlerkollektive, Fachleute des Kosmodroms und des Flugleitentrumms.

Die Besatzung hat das umfangreiche Programm an Forschungen und Experimenten voll erfüllt. Sie ist ausgezeichnet mit einer der wichtigsten Aufgaben fertig geworden, der Kontrolle der Bordsysteme, der Geräte und der wissenschaftlichen Apparaturen und hat prophylaktische sowie Reparaturarbeiten ausgeführt. Das ermöglichte eine wesentliche Verlängerung der Ressourcen der Station. Wir werden davon noch berichten.

Ein wichtiger Bestandteil des Programms waren Forschungen und Experimente im Interesse der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft. Zur Erkundung von Naturschätzen und zum Umweltstudium wurden regelmäßig visuelle Beobachtungen sowie Aufnahmen der Erdoberfläche und des Aquatoriums des Weltmeers gemacht. Fotografiert wurden weite Räume der Sowjetunion in den mittleren und südlichen Breiten sowie einige Regionen von Mitgliedsländern des Interkosmosprogramms. Allein mit der Vierzonenkamera MKF 6 M wurden rund 3500 Aufnahmen geschossen. Diese und andere Fotos von Bord der Salut 6 werden an mehr als 400 Organisationen des Landes gehen.

Fortgesetzt wurden auch die Arbeiten im Bereich der Raumtechnologie. So wurden allein auf den Anlagen „Splaw“ und „Kristall“ etwa 100 neue Halbleiter und optisches Material, Metallschmelzen und -verbindungen gewonnen. Die Kosmonauten arbeiteten intensiv mit der Anlage „Isparitel“, die dazu bestimmt war, unterschiedliche Stoffe mit einem Metallfilm zu überziehen, sowie mit der neuen technologischen Apparatur „Lotos“. Sie dient dazu, in der Schwerelosigkeit Bauelemente aus Schaum-Polyurethan zu gewinnen. Die meisten im Raum erhaltenen Stoffe wurden bereits an Experten zur Analyse und zur Herstellung von Experimentieranlagen und Vorrichtungen weitergeleitet, die von der Volkswirtschaft und der Wissenschaft drin-

gend gebraucht werden.

Unter den Forschungen hervorzuheben sind die Arbeiten mit dem Gamma-Teleskop „Jelena“ und dem Submillimeter-Teleskop BST 1M. Wertvolle Angaben lieferte die Untersuchung der Erdatmosphäre während des Sonnenauftreffens.

Eine große Anzahl der Experimente galt neuen Methoden der Steuerung des Orbitalkomplexes und der Beherrschung der Geräte und Anlagen. Während des 185-Tage-Flugs funktionierten alle Bordsysteme von Salut 6 einwandfrei. Die Raumstation aber ist ja schon im vierten Jahr auf der Umlaufbahn. In dieser Zeit gab es an Bord vier Dauerbesetzungen und 8 Expeditionsbesetzungen, wurden 29 Kopplungen (einschließlich Ummkopplungen) von Transportraumschiffen ausgeführt. Allein während des Aufenthalts der vierten Dauerbesatzung an Bord von Salut 6—Sojus haben vier Expeditionsbesetzungen ein gemeinsames Forschungsprogramm ausgeführt, darunter drei internationale Besatzungen unter Beteiligung von Forschungskosmonauten aus Ungarn, Vietnam und Kuba.

Bei ihrer Rückkehr zur Erde betonten Popow und Rjumin gegenüber Journalisten besonders, daß alle drei internationalen Besatzungen sehr freundschaftlich und angespannt und unter vollem Kräfte Einsatz gearbeitet hätten. Sie alle — Valeri Kubassow und Bertrand Farkas, Viktor Gorbatko und Pham Tuan, Juri Romanenko und Arnaldo Tamayo Méndez — halten wir für unsere guten und zuverlässigen Kameraden, sagten beide.

Popow und Rjumin haben Salut 6 in vollständiger Einsatzbereitschaft zur Fortsetzung des Fluges zurückgelassen. Das Interieur hat sich allerdings merklich verändert. Jedes der vier Transportschiffe „Progress“ hatte ja rund anderthalb Tonnen Fracht zur Station gebracht, wovon ein beträchtlicher Teil Ersatzausrüstungen waren. Die internationalen Besatzungen brachten neue Forschungsgeräte mit. So wurde ein Teil der Anlagen ersetzt und neue kamen hinzu. Um sie unterzubringen, entfernten die Kosmonauten einige, die sich herausstellte, im Raum unnötige Halterungen und Verschalungen.

Während der Reparaturarbeiten kamen Popow und Rjumin verschiedene Gedanken zur Aussstattung der Station. Solche Vorschläge bringt praktisch

jede Expedition mit. Unter Berücksichtigung der Meinung der Besatzungen wird die Technik dann auch weiterentwickelt.

Natürlich galt bei einem so langen



Die Kosmonauten Rjumin und Popow nach der Landung

Foto: W. Kusmin und W. Sybin (TASS)

Flug, wie ihn Popow und Rjumin ausführten, der medizinischen Kontrolle und den biologischen Experimenten große Beachtung. Ein wichtiger Auftrag der Kosmonautik ist die Verlängerung der Aufenthaltszeit des Menschen im

SFRJ

WO BELGRAD BEGINNT

Die Belgrader sagen, ihre Stadt beginne am Terazije, einem immer belebten, schönen Platz im Zentrum. Das stimmt auch. Über den Terazije zogen im März 1941 die Demonstranten, die die Aufhebung des schändlichen Pakts der Monarchie mit Hitler verlangten. Hier fielen im April 1941 die ersten deutschen Bomben. Und auf dem Terazije, auf seinem höchsten Gebäude „Albanija“, wurde die rote Flagge der Freiheit gehisst, als die Truppen der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens und die Soldaten der Sowjetarmee am 20. Oktober 1944 die jugoslawische Hauptstadt befreiten.

Lange schon sind die ersten Nachkriegssorgen vergessen — die Säuberung des Terazije und der anderen Straßen von Ruinen, die Vergabe von Unterkunft, die Versorgung mit Brot, die Inbetriebnahme des ersten Kraftwerks, der ersten Straßenbahn.

Die Hauptstadt der SFRJ ist neben Zagreb, Ljubljana und Sarajewo

Raum. Nur wenn sie gelöst wird, kann die Menschheit das All tatsächlich erobern. Deshalb komplizieren sich mit jeder Expedition die Forschungen. Auch diesmal konnten neue Daten über den Einfluß von Raumflugfaktoren auf den menschlichen Organismus, auf die Entwicklung von Pflanzen und biologischen Objekten gewonnen werden.

Das halbjährige Experiment ist abgeschlossen. Jetzt müssen sich die kosmischen Langzeitbewohner Popow und Rjumin wieder an die Erdanziehung gewöhnen. Die Gesundheitskontrolle zeigt, daß die Besatzung den Flug gut ertragen hat und die Readaption normal verläuft. Für die Mediziner ist das keine Überraschung. Die Kennziffern der Lebensaktivität der Kosmonauten waren während der Expedition praktisch stabil. Das gestattete die sichere Prognose, daß auch die Gewöhnung an die Erdbedingungen normal verlaufen wird.

Zweifellos verhalfen dazu die langen Flüge der früheren Besetzungen. Popow und Rjumin bereiteten sich vom ersten Tag ihres Aufenthalts im Raum auf die Erdanziehung vor. Sie legten jeden Tag mehrere Kilometer auf einem Laufband zurück, traten die Trainingspedalen und trugen etliche Belastungs-

anzüge ab, deren Gummibindungen keine Muskelerschlaffung gestatteten.

Die Mediziner stehen jetzt in einer sehr verantwortungsvollen Phase. Einerseits müssen sie die Gesundheit der Besatzung diagnostisch beurteilen, andererseits Untersuchungen vornehmen, aus denen sich Angaben zur weiteren Prognostizierung der Länge von Raumflügen gewinnen lassen.

Hochsaison haben auch Experten anderer Bereiche. Ein ungeheuerer Umfang an Informationen, die Popow und Rjumin mitgebracht haben, ist zu bearbeiten. Die Konstrukteure haben die Arbeit von Salut 6 zu analysieren und die Funktionsstüchtigkeit aller Systeme festzustellen. Dabei leisten ihnen die Kosmonauten große Hilfe, die den Zustand der Station ganz genau kennen.

Die Langzeitraumbewohner fühlen sich also gut. Aber noch ist es zu früh, von einem vollständigen Sieg über die Schwerelosigkeit zu sprechen. Dennoch haben die Flüge von 96, 140, 175 und 185 Tagen Dauer gezeigt, daß lange Ausflüge zu nächstliegenden Planeten nicht mehr nur im Phantasiebereich liegen, obwohl dazu natürlich nur die ersten Schritte getan sind. Vorsichtige Schritte, weil der Mensch ins Unbekannte geht. ■



In einem der jüngsten, gut 30 Jahre alten Stadtbezirk Belgrads wurden mehr als 50 000 Wohnungen sowie viele Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Dienstleistungseinrichtungen errichtet. Der junge Bezirk symbolisiert die Freundschaft und den Bruderbond der Völker Jugoslawiens. An ihm bauten und in ihm leben Menschen aus allen Republiken.

Foto: TASS

heute ein führendes Industriezentrum des Landes. In diesem Jahr konnten seine Betriebe Bedeutendes leisten. Als Maßstab kann man den Exportzuwachs der Belgrader Industrie anlegen: Gegenüber dem Vorjahr erhöhte er sich um 46 Prozent.

lament wird eine Festsetzung mit Veteranen, die für die Befreiung der Hauptstadt kämpften, stattfinden.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im Oktober

DER RECHTSDRALL

Die portugiesische wie die Auslands presse kommentiert weiterhin die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 5. Oktober in Portugal. Dabei hatten nach bisherigen Angaben das Bündnis für die Einheit des Volkes, dem auch die KP angehört, 41 Sitze, die Sozialisten und ihre Partner 73 und die „Demokratische Allianz“ der rechten Parteien 131 Sitze errungen.

Einen Sieg der Demagogie und der Irreführung der Wähler nannte PKP-Generalsekretär Alvaro Cunhal den Erfolg der DA. Die Regierungskoalition hatte den Staatsapparat und die Massenmedien dazu eingesetzt, um die Portugiesen zu verwirren. Das Kabinett Carneiro hatte, um die Unzufriedenen zu besänftigen, eine Heraufsetzung der Mindestlöhne, Steuersenkungen, Erleichterungen bei der Vergabe von Krediten für den Ankauf von Boden und den Wohnungsbau angekündigt. Einige Portugiesen gaben sich deshalb der Illusion hin, nun würden die Hebel des langerwarteten „Wirtschaftswunders“ gleich wirksam werden. Man müsse nur für die DA stimmen.

Schließlich mußte sich auch die Absage der Sozialisten auf das Wahlergebnis auswirken, mit den anderen Linkskräften, in erster Linie mit der PKP, zusammenzugehen. Im Unterschied zu den Rechten, die in einem Block aufraten, was ihnen bei dem bestehenden Auszählungssystem Vorteile brachte, stellten die Sozialistische Partei und ihre Partner von dem Bündnis für die Einheit des Volkes gesonderte Listen auf.

Vor den Wahlen deuteten die SP-Führer sogar an, sie seien zu einem Bündnis mit den Rechten bereit, wenn sie dadurch wieder an die Macht kämen. Die zweifelhaften politischen Manöver hatten weder bei den Rechten noch bei den Wählern Erfolg. Wie bei den vorangegangenen Wahlen verlor die SP.

Im Dezember soll das neue Staatsoberhaupt gewählt werden. Als Kandidaten bietet die DA Antonio Soares Carneiro. Mit ihm hoffen die Rechtsparteien, der Verfassung den „marxistischen Gehalt“ zu nehmen, d. h. den staatlichen Sektor zu beschneiden, dem Privatunternehmerum völlig die Freiheit zu geben und die Bodenreform auszuhöhlen.

Die Rechten schießen gegen die wichtigsten Errungenschaften der „Revolution der Roten Neuen“ von 1974, die der rechten Diktatur ein Ende bereitet hatte. Aber die Demokratie hat schon tiefe Wurzeln geschlagen. Ihr stärkster Garant sind die KP und die anderen fortschrittlichen Kräfte.

L. NIKOLAJEW

NATO-SCHATTEN ÜBER AFRIKA

Wassili JEFREMOW

Immer neue Tatsachen beweisen, daß die USA eine Ausdehnung des Aktionsradius der NATO vom Kap der Guten Hoffnung im Süden bis zum Persischen Golf im Norden und bis zur Insel Diego Garcia im Osten anstreben. Einen besonderen Raum in ihren Plänen nimmt Afrika ein.

Schwankender Boden unter den Füßen

Die westlichen Kolonialreiche sind bekanntlich nicht auf einmal verschwunden. Als erste gaben Frankreich und Belgien ihre Stellungen auf. Bis 1960 hatten fast alle französischen Kolonien und auch Belgisch-Kongo die Unabhängigkeit erlangt. Die Befreiung der britischen Kolonien dagegen dauerte noch beinahe ein Jahrzehnt. Ende der 60er Jahre war von dem riesigen Britischen Empire in Afrika nur noch das Stückchen Rhodesien geblieben.

Infolge dieser Veränderungen bot sich die politische Karte Tropisch-Afrikas Ende der 60er Jahre etwa folgendermaßen dar: Der südliche Teil war ein kolonialistischer und rassistischer Schonpark. Moçambique und Angola befanden sich noch immer unter portugiesischer Herrschaft, Rhodesien und Namibia wurden von Rassisten regiert. Das Fundament war die RSA. In den zentralen und nördlichen Regionen Tropisch-Afrikas war die Unabhängigkeit der dort eben erst frei gewordenen Länder ziemlich relativ. In den einen hatten die Kolonialherren die Herrschaft ihren Marionetten übertragen, in anderen Politikern, auf deren Loyalität die ehemaligen Mutterländer im Westen, wie sie glaubten, durchaus rechnen durften.

In Washington wurden die Veränderungen auf dem Kontinent sehr aufmerksam verfolgt. Schon damals nämlich betrogen die US-Investitionen in Afrika mehrere Milliarden Dollar. Das besondere Interesse der US-Konzerne galt jener Region, in der riesige Mineralressourcen, darunter strategische Rohstoffvorräte, konzentriert sind. Und obwohl in den unterdrückten Ländern des Südens die Befreiungsbewegung bewaffneten Charakter annahm, maß man dem in den USA keine große Bedeutung bei. Dort wurde angenommen, wenn man die Rassisten und die portugiesischen

Kolonialherren mit Waffen und Finanzen versehe, würden sie durchhalten. Im „Memorandum 39“ des Nationalen Sicherheitsrats der USA (1969) hieß es, daß „in nächster Zukunft ein eventueller Sturz der bestehenden weißen Regierungen... ausgeschlossen ist“.

Doch die Realität widerlegte diese Voraussagen. Mitte der 70er Jahre brach das portugiesische Imperium zusammen. Moçambique und Angola wurden unabhängig. In Äthiopien wurde das despotische feudalistische Regime gestürzt. Die Anzahl der Staaten mit sozialistischer Orientierung nahm zu. Das alles spornte die Unabhängigkeitskämpfer in Simbabwe und Namibia an. Immer stärker gärt es auch innerhalb der RSA. Die Schonzone im Süden Afrikas brach auseinander.

Angesichts dessen war Washington gezwungen, seine Afrikapolitik zu überprüfen und sich verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Völker des Kontinents einzumischen. Präsident Carter erklärte dazu, die USA seien tiefer in die afrikanischen Angelegenheiten verstrickt worden als je zuvor in ihrer Geschichte. So ist es kein Wunder, daß Washington eine Strategie des Kampfes der reaktionären Kräfte gegen die antiimperialistische Bewegung in Afrika entwickelte.

Auf der NATO-Ratstagung im Mai 1978 in Washington rief Carter seine Bündnispartner auf, den Aktionsradius des Blocks auf dem afrikanischen Kontinent auszudehnen. Der Gedanke des Präsidenten wurde auf der folgenden Beratung der Staatschefs der fünf führenden Länder des Westens in Paris gebilligt. Als dieser Gedanke noch zur Diskussion stand, hatten die atlantischen Partner bereits Erfahrungen im gemeinsamen Kampf gegen die Afrikaner. Die Aufstände in der Provinz Shaba (Zaire), die 1977 und 1978 aufflammten, wurden von französischen und belgischen Truppen niedergeschlagen, zu deren Beförderung die USA Transportmaschinen bereitstellten.

„Überall kämpfen, wo es nötig wird“

Da der atlantische Block mit den USA an der Spitze Afrika in den Aktionsradius der NATO einbezog, ist man besonders bemüht, die dort bestehenden militärpolitischen Vor-

posten zu stärken. Vor allem bezieht sich das auf die rassistische RSA, die schon lange eng mit der NATO zusammenarbeitet. Mit deren Hilfe stellte Pretoria eine Armee auf, der das RSA-Parlament gestattete, „überall, wo es nötig wird, zu kämpfen“. Nach Angaben des UNO-Entkolonialisierungsausschusses für das Jahr 1977 hatten die Streitkräfte der Rassisten damals rund 200 000 Mann. Sie verfügten über mehr als 600 Kampfflugzeuge, mehr als 500 Panzer und fast tausend Panzerfahrzeuge. Zur Kriegsmarine gehören U-Boote, Zerstörer, Raketenträger und andere Offensivwaffen.

Woher kommen diese Ausrüstungen? Eine deutliche Antwort darauf gibt die flüchtige Aufzählung der Herstellerfirmen: Jagdbomber Starfighter, F-15D, Mirage, Transportflugzeuge Hercules, Hubschrauber Iroquois, Panzer General Patton und Centurion. Sie alle tragen entweder die Aufschrift „Made in USA“ oder stammen aus anderen NATO-Ländern. In dieser Aufzählung gibt es sowohl alte wie moderne Modelle. Die Westmächte rüsten schließlich schon viele Jahre die südafrikanische Armee aus und tun das auch heute, trotz mehrmaliger UNO-Verbote.

Darüber hinaus geben die Rassistenchefs selbst zu, daß sie mit Hilfe der NATO-Länder eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut haben, die heute den Bedarf der RSA-Streitkräfte in bedeutendem Maße deckt. „Gegenwärtig ist die Rüstungsindustrie der RSA die stärkste in der südlichen Hemisphäre“, prahlte Peter Marais, Präsident der ARMSCOR, der staatlichen Rüstungsorganisation.

Die Militärmaschinerie der RSA übertrifft wesentlich den Bedarf des Landes und ist eindeutig gegen die afrikanischen Nachbarstaaten gerichtet. Die Herrscher in Pretoria planen einen „Präventivkrieg“ gegen das freie Afrika und forcieren deshalb die Entwicklung eigener Kernraketenwaffen. Auch dabei werden sie von den USA, von anderen NATO-Ländern sowie von Israel unterstützt.

Der Atlantikpakt begnügt sich nicht nur mit alten Vorposten, er schafft auch neue, wobei die USA die Hauptrolle spielen. Die Abkommen von Camp David haben Ägypten zu einem Vorposten des Pentagon gemacht, zu einem Stützpunkt für „Blitzschläge“ gegen die nationale Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Afrika. Der Londoner „Observer“ meldete, die Anzahl der US-Soldaten in Ägypten zum Einsatz bei solchen Operationen sei in Höhe von 50 000 Mann geplant. Sadat beschloß, das

Becken des Suez-Kanals zu erweitern und zu vertiefen, damit dort US-Flugzeugträger unbehinderten Durchgang finden. Nach Meldung der Kuweiter „Al-Hadaf“ wollen die USA in Ägypten Abschussrampen für Raketen errichten, die Ziele in Iran, Afghanistan, Aden, Äthiopien, Lybien und Algerien erreichen können. Die „Washington Post“ sieht in Ägypten „den wichtigsten Hebel zur Ausweitung des amerikanischen Einflusses auf Afrika und die Erdölländer des Persischen Golfs“.

Auf afrikanischem Territorium wird Somalia als weiteres Sprungbrett der NATO aufgebaut. Die USA erzielten mit Somalia ein Abkommen über die Nutzung seiner Militärstützpunkte für die „Eingreiftruppe“. Zum gleichen Zweck hofft das Pentagon auf den Hafen Berbera und einige andere Objekte. Die Einbeziehung dieses Landes in die Militärmaschinerie der USA ist ein weiteres Signal für die zunehmende Gefährlichkeit der militärischen Aktivitäten der NATO. Militärstützpunkte strebt Washington auch im benachbarten Kenia an.

NATO-Zugaben

Ein wichtiges Element der NATO-Strategie in Afrika sind die Versuche, dort regionale Militärgruppierungen, eine Art Zugabe zum Atlantischen Bündnis, zu schaffen. Seit langem bekannt sind die Pläne einer Südatlantikpakt-Organisation (SATO). Zum Aktionsbereich des neuen Bündnisses soll der Raum zwischen Südafrika und Südamerika gemacht werden. Als Stützpunkt will man einige Länder des „südlichen Konus“ Lateinamerikas benutzen, vor allem Chile, und auf der anderen Seite des Atlantik die rassistische RSA und eventuell einige andere Länder.

Was die RSA angeht, so hätte sie nichts gegen ein direktes Bündnis mit der NATO. Bereits 1970 schlug Pretoria einen Vertrag vor, der die RSA zum angegliederten Teilnehmer des Nordatlantikpakts gemacht hätte. Es erklärte seine Bereitschaft, die eigenen Streitkräfte dem NATO-Befehl zu unterstellen und an seinem Boden ein Kontingent von NATO-Truppen zu stationieren sowie Stützpunkte in Simonstown und in südafrikanischen Häfen zur Verfügung zu stellen. Die USA und die anderen NATO-Länder riskieren es jedoch nicht, sich offen mit den Rassisten einzulassen, und ziehen indirekte militärische Kontakte vor. So wird die RSA z. B. in die geplante SATO gedrängt, wozu Pretoria auch bereit ist. Es baut seine Verbindungen zu Chile, Paraguay und Uruguay aus.

Den Teilnehmern des geplanten Südatlantikblocks will das Pentagon ganz bestimmte Aufgaben stellen: Er soll eine wirksame Kontrolle über die wichtigen See- und Luftwege im Südatlantik sowie über die strategischen Rohstoffquellen in Afrika und Lateinamerika gewährleisten.

Im Pentagon hofft man darauf, daß die SATO nicht allein bleiben werde. In Umrissen zeichnet sich auch eine sogenannte westafrikanische Verteidigungsgemeinschaft ab. 1977 wurde in Abidjan auf Initiative der Regierung der Elfenbeinküste ein „Nichtangriffs- und Beistandsvertrag“ zwischen den Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikaner (CEAO) unterzeichnet. Politische Beobachter erkannten hinter dem Aushängeschild CEAO als „politisches und militärisches Bündnis“ eine afrikanische NATO-Zugabe. Mit der Unterzeichnung des Vertrags gingen seine Teilnehmer an die Aufstellung gemeinsamer Streitkräfte der französischsprachigen Länder des Kontinents, eines „joint mobile corps“. Die in London erscheinende Zeitschrift „Africa“ glaubt, dieses Korps werde nicht nur zu Abwehrzwecken aufgestellt – niemand bedroht ja die Mitgliedstaaten der westafrikanischen Gemeinschaft – sondern vielmehr zur Erpressung der fortschrittlichen Staaten dieser Region.

Die Länder östlich des Roten Meers gelten als „Fenster nach Afrika“. Die NATO-Staaten, in erster Linie die USA, wollen dieses „Fenster“ unter ihrer Kontrolle halten. Bereits Ende der 60er Jahre brachte die angloamerikanische Diplomatie den Gedanken an ein System der „gemeinsamen Verteidigung“ im Raum des Persischen Golfs und des Roten Meers auf. Danach wurde die Rolle des Initiatoren einigen konservativen arabischen Ländern zugeschoben. „Die Beratungen, Begegnungen und Verhandlungen der reaktionären und rechten Kräfte unter dem Vorwand einer Gewährleistung der Sicherheit des Roten Meers sind aus Übersee inspiriert“, schrieb damals die Bagdader „Tarik al-Shaab“. „Sie bedeuten nicht nur eine Gefahr für die Länder dieses Aquatoriums, sondern drohen auch mit dem Entstehen eines Druckzentrums auf die arabischen Staaten des Nahen Ostens und die afrikanischen Staaten.“

Wie begründet solche Befürchtungen sind, ist ganz klar. Erinnern wir uns nur der Vorgänge am Horn von Afrika. Die NATO-Länder, die Waffen an Somalia liefern, unterstützen dessen Expansionsgedanken gegen Äthiopien.

Bedrohung vom Meer

Im Mittelmeer kreuzen Schiffe der 6. US-Flotte. Zu ihr gehören heute 50 Schiffe unterschiedlichster Bedeutung (einschließlich Flugzeugträger und U-Boote), rund 200 Bordflugzeuge sowie Luftlandeverbände mit Marineinfanterie-Einheiten. Die Flotte nutzt Stützpunkte in der Türkei, in Griechenland, in Italien, Spanien und in anderen Mittelmeerlandern.

Dem Pentagon ist das allerdings zu wenig, es drängt auf neue Stützpunkte in dieser Region, insbesondere im östlichen Mittelmeer. Natürlich brauchen die USA diese vor allem für großangelegte Kriegsvorbereitungen im Nahen und Mittleren Osten. Die Stärkung der Pentagonpositionen im Mittelmeer, darunter seiner Marine, stellt jedoch eine ernst zu nehmende Gefahr auch für die afrikanischen Staaten dar. Zur Realität dieser Gefahr äußerte sich eindeutig der Führer der libyschen Revolution Ghaddafi: „Die Schiffe der 6. US-Flotte im Mittelmeer sind heute wie vor vielen Jahren ein aktives Mittel zum Druck auf die Völker Afrikas. Diese Flotte dient als Kettenglied in der Verschwörung gegen die arabischen Länder, gegen Moçambique, Angola, Äthiopien und andere unabhängige Regierungen.“

In den strategischen Afrikaplänen der NATO ist das Vorhaben deutlich erkennbar, den Kontinent unter den eigenen Einfluß zu bringen, indem man auf ihm und bei ihm Stützpunkte anlegt. Bezuwirkt wird damit, Afrika dem System der imperialistischen Ausbeutung als Lieferant wertvollen strategischen Rohstoffs zu erhalten.

„Eine direkte Herausforderung Afrikas sind die Versuche des Imperialismus, neue Militärstützpunkte auf seinem Boden zu schaffen, die afrikanischen Länder in seine gefährlichen Abenteuer hineinzuziehen, um sie von der Lösung wirklich wichtiger Probleme, die die grundlegenden Interessen ihrer Völker berühren, abzulenken“, hieß es in einer Grußbotschaft Leonid Brezhnev anlässlich des Tags der Freiheit Afrikas.

Doch die Zeiten gehen zu Ende, in denen Afrika zum Ausbeutungsobjekt von Kolonialmächten gemacht werden konnte. Die afrikanischen Völker verstärken ihren Kampf gegen die Versuche, den Kontinent zu einem Vorposten der NATO zu machen, sie kämpfen für die Beseitigung der Überreste von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid.

DIE NEUTRALITÄT DES SCHNELLEN EINGREIFENS

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Die Beratungen begannen am Freitag und dauerten fast das ganze Wochenende. An ihnen nahmen höchste Vertreter der Administration, einschließlich von Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates, teil. Die Frage war heikel. Wie das „Wall Street Journal“ konstatierte, sollte „eine Geste gefunden werden, die ernsthaft wäre, doch im Ausland nicht als provokatorisch eingeschätzt oder von den Amerikanern als Beginn einer größeren US-Einmischung gesehen würde“.

Erprobte Methode bei derartigen Täuschungsmanövern ist ein Hilfsersuchen von einem „Partner“. Eben das war die Crux, obgleich sich der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs, David Jones, Pressemeldungen zu folge dieser Tage „rein zufällig“ in Saudi-Arabien aufhielt. Die offizielle Bitte aus Er-Riad traf erst am Montag in der zweiten Tageshälfte ein. Nach Konsultationen mit höchsten Officials wurde eine kurze Erklärung des Pentagon und des State Department über die „zeitweilige Verlegung“ von mit dem Frühwarn- und Kontrollsysten AWACS ausgerüsteten Flugzeugen nach Saudi-Arabien abgegeben: „Die US-Regierung bekraftigt klar ihre Position der Neutralität.“ Am gleichen Tag starteten vier AWACS-Maschinen vom Stützpunkt Tinker in Oklahoma.

Die Erklärung brachte nichts Neues. Bereits am 23. September, einen Tag nach Beginn des iranisch-irakischen Konflikts, hatte der Präsident versprochen, „strikte Neutralität“ zu wahren. Eine Woche später leitete der Beschuß zur Entsendung der AWACS-Flugzeuge eine Reihe von Schritten ein, die zu direkter Einmischung führen.

Gegenwärtig werden AWACS-Maschinen auf dem von den Amerikanern errichteten Luftstützpunkt Dhahran stationiert, und rund um die Uhr sind sie auf Parouilleflug an der Nordküste Saudi-Arabiens — von der irakisch-iranischen Grenze im Westen bis zur Straße von Hormus im Osten. Offiziell heißt es, ihre Aktionen seien rein defensiv. Doch durch seinen großen elektronischen Radius — bis zu 350 Meilen — kann AWACS als Kommandopunkt dienen, „wenn die Einmischung der USA oder eines multinationalen Flottenverbandes zum Schutz der Tan-

ker im Persischen Golf erforderlich wird“, erläuterte das „Wall Street Journal“. Nicht von ungefähr begann die Operation zur „Geiselbefreiung“ im Iran gerade damit, daß Flugzeuge des AWACS-Systems in den Nahen Osten verlegt wurden.

Am 5. Oktober sprach Verteidigungsminister Harold Brown im ABC-Fernsehprogramm. Er versicherte dem Publikum, die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts sei nicht groß, und nur beiläufig erwähnte er die Möglichkeit, Saudi-Arabien eine Bodenradarstation zu



Soldaten der „schnellen Eingreiftruppe“ bei Übungen

Foto: „U.S. News & World Report“

überlassen. Mit der Verwirklichung dieser „Möglichkeit“ wurde schon am Tag nach Browns Rede begonnen, und am 8. Oktober nahm die Station den Betrieb auf — und mit ihr das „Bodenpersonal“ (jetzt schon über 800 Mann) unter Leitung eines Generalmajors der US-Luftwaffe.

Das beharrliche Streben Washingtons, Saudi-Arabien „verteidigen“ zu wollen, erklärte sich bislang damit, daß dieses Land für die USA Hauptquelle des Nahostöls ist. Nach der Verlegung der Radaranlagen und des „technischen Personals“ erklärte der stellvertretende US-Außenminister Warren Christopher, die USA seien bereit, auf „Hilfsersuchen“ auch anderer Staaten zu „reagieren“ — z. B. Kuwaits, Omans und der Vereinigten Arabischen Emirate.

„Die Entsendung des AWACS war nicht der beste Schritt“, zitierte „Newsweek“ einen ungenannten Ex-

perten aus London. „Keine Supermacht wollte sich einmischen, doch die Entsendung von Flugzeugen läuft auf Einmischung hinaus.“ Während seiner Fernsehrede hatte man Brown gefragt, wie denn die USA auf eine Bedrohung der Flugzeuge reagieren würden.

Der Minister zögerte nicht mit seiner Antwort: Falls erforderlich, würden die USA auf Flugzeugträgern stationierte Maschinen einsetzen.

Der im Weißen Haus erarbeitete Plan beschränkt sich nicht auf die Entsendung von Aufklärungsflugzeugen in den Nahen Osten. Parallel werden Maßnahmen ergriffen, um einen „internationalen Flottenverband“ im Persischen Golf zusammenzutragen. Carter ließ den NATO-Verbündeten sowie Japan Schreiben zukommen. Außenminister Muskie führte in New York am Rande der UNO-Vollversammlung hierüber Gespräche mit den Außenministern Westeuropas.

Die Bemühungen Washingtons fanden keine Unterstützung. Carters Vorschlag, eine Gipfelkonferenz der USA, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und möglicherweise Australiens einzuberufen, blieb in der Luft hängen. Nur in London erklärte man sich bereit, die Möglichkeit „gemeinsamer militärischer Operationen auf See“ zu erörtern. Aus Bonn und Paris folgte eine Absage. In Tokio ließ man Zustimmung zur Teilnahme an der Konferenz erklären — doch nicht mehr. Er-Riad bezeichnete den Vorschlag, einen Flottenverband aufzustellen, als „überzogene Reaktion.“ Der saudische Außenminister erklärte der „Washington Post“: „Ich sehe keinerlei Bedrohung Saudi-Arabiens. Die militärische Verstärkung in dieser Region wird die Lage nur verschlechtern.“ Er erinnerte daran, daß die Staaten des Persischen Golfs, „nicht aber äußere Kräfte“ für die Sicherheit der Öltransporte verantwortlich sind.

In letzter Zeit sind in Amerika so viele militaristische Aufrufe wie nie zuvor zu vernehmen. Die „New York Times“ erklärte in Mißachtung des Völkerrechts in einem Leitartikel: „Für die Amerikaner kann die Nichteinmischung nur ein relativer Begriff sein. Das bedeutet die unverzügliche Einmischung, ausreichend, um Moskau und dieser ganzen Region zu verstehen zu geben, daß der

Westen die lebenswichtigen Öl-nachschubwege verteidigen will und kann... Das militärische Vakuum, das mit dem Sturz des Schahs entstand, muß aufgefüllt werden." Die US-Diplomatie könnte sich nur auf eine „überzeugende Demonstration der militärischen Stärke Amerikas“ stützen. Der Kommentator Joseph Kraft verlangte, „die derzeitige iranische Regierung zu stürzen und ein prowestliches Regime in Teheran zu errichten“. Ex-Verteidigungs- und Energieminister Schlesinger besteht auf einer „stärkeren militärischen US-Präsenz in der Region“ und darauf, zumindest eine Marineinfanterie-Division in den Nahen Osten zu entsenden.

Einen umfassenderen Plan entwickelte Lenore Martin, Assistentin eines Bostoner Politologieprofessors, in der „New York Times“: „Die USA sollten nicht nur ihre Streitkräfte in die Golf-Region entsenden, sondern auch nach dem Vorbild der NATO ein ‚regionales Bündnis‘ schaffen — eine ‚Verteidigungsorganisation der Länder des Persischen Golfs‘.“

Zum Persischen Golf haben sowohl Harold Brown als auch Warren Christopher unverhohlen erklärt: Die USA scheuen nicht vor militärischer Gewalt zurück, um die Straße von Hormus „offenzuhalten“. Die amerikanische Regierung bekundete ihre Neutralität gegenüber Iran und Irak. Zugleich verhehlte sie nicht ihre Bereitschaft, bei einer Befreiung der Geiseln die Lieferung von Ersatzteilen für die seinerzeit vom Schah in den USA gekauften Rüstungsgüter wiederaufzunehmen. Sie gibt zu verstehen, bei militärischen Aktionen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien würde sie militärisch eingreifen. Bei allen diesen Winkelzügen der US-Politik lässt sich nicht übersehen, wie sehr sich Washington rechtzeitig einen Vorwand für eine militärische Einmischung zulegen möchte. Letztlich zielt die im Januar d. J. in der Botschaft „Zur Lage der Nation“ verkündete „Carter-Doktrin“ gerade hierauf ab.

Erinnern wir uns an diesen Teil der Botschaft: „Der Versuch jeder äußeren Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfs zu errichten, wird als Bedrohung für die Lebensinteressen der USA angesehen werden. Er wird mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, abgewehrt werden.“ Die Bedrohung seitens einer „äußeren Kraft“ ist, wenn man einmal von den USA selbst absieht, nicht gegeben, und die Erwähnung einer solchen „Gefahr“ war und ist nichts als eine rituelle Beschwörung. Der „Christian Science Monitor“ schrieb in einem Kommentar zu der

neuen Doktrin: „Auf Vorschlag Präsident Carters werden sechs Divisionen ... für eine Verlegung an den Persischen Golf in kürzerer Zeit als heute vorbereitet... Der legitimste Grund für eine Einmischung ist die Antwort auf eine sowjetische Intervention. Doch der wahrscheinlichste Grund ist der, daß sich die USA selbst auf eine Intervention vorbereiten: gewaltsam zu versuchen, Umfang, Verteilung und Preis des Öls bei einem Umsturz, bei Veränderungen der Wirtschaftspolitik der Liefstaaten oder bei einem allgemeinen Ölmanövren unter Kontrolle zu nehmen.“

Demgemäß wird die Eingreiftruppe verstärkt. Seit Januar hat sie ununterbrochen Übungen in den Weststaaten Nevada und Kalifornien abgehalten. Der Flugzeugträgerverband im Indischen Ozean wurde verstärkt. Dort befinden sich einige Schiffe mit militärischer Ausrüstung und 1800 Marineinfanteristen. Der Ausbau des Stützpunktes auf Diego Garcia wird vorangetrieben. Die USA haben Zugang zu Häfen und Flugplätzen in Somalia, Kenia und Oman erhalten. 400 Mio Dollar sind für die Modernisierung des Luftstützpunktes Ras Benas in Süddägypten vorgesehen. Im November soll dort eine US-Armee-Einheit (2000 Mann) eintreffen. Das werden die ersten Übungen der Eingreiftruppe außerhalb der USA sein — zusammen mit ägyptischen Truppen.

All das ließ Generalleutnant Kelley, den Oberkommandierenden der Eingreiftruppe, vor zwei Monaten erklären, seine Männer stünden für eine Invasion im Mittleren Osten oder im Persischen Golf bereit. Heute sehen die Falken in der Administration, im Kongress und in den Massenmedien im iranisch-irakischen Konflikt eine Möglichkeit, ihre Pläne zu verwirklichen. Daher auch deren sorglose Kampflust und Ungeduld. Ist man sich in Washington der katastrophalen Folgen eines möglichen militärischen Abenteuers bewußt? Die USA würden durch eine Aktion gegen den Iran unverzüglich das Schicksal der Geiseln gefährden. Eine antirakische Haltung aber würde einen Protest der weitaus meisten arabischen Staaten und unausbleibliche Ölsanktionen nach sich ziehen, deren Folgen kaum vorstellbar sind. Im einen wie im anderen Fall würden die USA auf den stärksten Widerstand der Westeuropäer und Japans angesichts deren Abhängigkeit vom Öl stoßen — und von der ganzen Welt verurteilt werden.

Die „Carter-Doktrin“ wird von der Entwicklung widerlegt — und trotzdem will Washington sie anwenden. New York

MILITARISTISCHE AKZENTE

Die programmatiche Rede des neuen japanischen Premierministers Zenko Suzuki auf der 93. außerordentlichen Parlamentssitzung fand in Japan wie in anderen Ländern starke Beachtung.

Die Reaktion der Presse war überwiegend negativ. „Mainichi“: „Die Gesamtziege der Diplomatie sind vollkommen unklar.“ „Yomiuri“: Die Rede „weckte sehr große Besorgnis im Volk“.

Der Premierminister führte aus, daß Tokio die Beziehungen zu den USA in den Mittelpunkt seiner Diplomatie stellt, wobei es die Stärkung der militärisch-politischen Zusammenarbeit im Rahmen des „Sicherheitsvertrages“ besonders betont. Ferner hieß es, Japan wolle eine aktiver Rolle als „Mitglied des westlichen Lagers“ spielen. Will Nippon gegebenenfalls auch bei Pentagon-Operationen fern von der japanischen Küste mitmachen! Eine derartige Haltung kann, wie von der japanischen Öffentlichkeit befürchtet wird, die Sicherheit des Landes untergraben und die internationale Spannung verstärken.

Unkonstruktiv war auch die Haltung zu den japanisch-sowjetischen Beziehungen. Der Premier schob der UdSSR die Schuld an der Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu, wobei er sich zu der Behauptung versieg, „für Japan sei es unvernünftig [!!], der Sowjetunion einen Vorschlag für die Regelung dieser Beziehungen zu unterbreiten“. Angeblich müsse der erste Schritt von der UdSSR ausgehen. Suzuki, der dabei die zahlreichen sowjetischen Initiativen für eine Verbesserung der Beziehungen zu Japan einfach ignorierte, erhob erneut einige künstlich aufgebauten politische Forderungen, u. a. Gebietsansprüche.

Die Regierung verstärkt den Kurs auf die Militarisierung des Landes, auf die Versstärkung der Streitkräfte. Zugleich wird auch die Friedensverfassung, die ein Hindernis bei der Verwirklichung der Pläne des Militärlüngels darstellt, untergraben. So wurde nicht von ungefähr aus Suzukis Rede der Satz gestrichen, daß „die Regierung die jetzige Verfassung respektieren wird“, und die Forderung der Oppositionsparteien zurückgewiesen. Minister Okuno sollte wegen seiner Äußerungen zur Verfassungsrevision zurücktreten.

Die japanische Regierung hat jetzt der Londoner „Times“ zufolge mehr Falken als jedes andere Kabinett der letzten Zeit. Diese Schlußfolgerung dürfte Tokio kaum widerlegen können.

L. MLETSCHIN

IM FERNEN WESTEN, IN HERAT

Iwan STSCHEDROW

Nach den unbewaldeten Bergkämmen fällt die Chaussee zu einem grünen Tal am Hary Rud ab. In der Flußoase liegt Herat. Ein Schild zeigt an, daß es bis Kabul 1052 km sind. Von hier sind es mehr als 100 km auf der panasiatischen Straße bis zur iranischen Grenze und etwa ebenso weit nach Norden, zur sowjetischen Grenze.

Lebende „tote“ Stadt

Die Hauptstadt Westafghanistans, wie Herat bisweilen genannt wird, ist im Grünen eingebettet. Alle Straßen sind von Bewässerungsgräben eingefaßt.

In Herat ist jeder Stein ein stummer Zeuge der Geschichte. Über der Altstadt dräut die im 13.—14. Jh. errichtete Felsenfestung. Sie steht an der Stelle, wo anderthalb Jahrtausende zuvor Alexander von Mazedonien eine Festung errichtet hatte.

Doch ich war nicht als Tourist, nicht auf den Spuren der Antike, gekommen, sondern um mir von der Gegenwart dieses wichtigen wirtschaftlichen und politischen Zentrums Afghanistans ein Bild zu machen. Über diese Stadt werden wohl mehr als über irgendeine andere in Afghanistan von den westlichen und den Pekinger Medien „Sensationsmeldungen“ verbreitet. So wurde wiederholt gemeldet, Herat sei wie ausgestorben oder sogar von regierungsfeindlichen Kräften besetzt und werde von diesen vollständig kontrolliert, oder der Provinzgouverneur Halil Ahmad Abovi, sei wieder einmal „ermordet“ worden. Deshalb beschloß ich, zunächst einmal seine Residenz zu besuchen. Um dorthin zu gelangen, mußte ich die ganze Stadt durchqueren. Die Straßen waren voller Menschen. Die Händler priesen ihre ausgebreitete Ware an. Herat hat einen überdachten Basar sowie zahlreiche malerische Basare unter freiem Himmel. Viele Menschen haben sich vor der Hauptmoschee nach dem Gebet versammelt.

Es geht auf Mittag zu. Den Gouverneur traf ich nicht an, doch telefonisch wurde ich von ihm zum Mittagessen in das zweigeschossige

Gouverneurshaus gebeten. Nach der Begrüßung kam das Gespräch gleich auf die erwähnten Meldungen über die Stadt. Der Gouverneur breitete seine Arme aus:

„Die Wahrheit wollen sie nicht sagen, und deshalb erfinden sie alles mögliche. Vom Leben in der Stadt haben Sie wohl schon einen ersten Eindruck bekommen. Sie werden die Stadt noch intensiver studieren können. Und ich bin, wie Sie sehen, gesund und munter...“, lächelte Abovi.

Abovi ist Doktor der Rechtswissenschaften, viele Jahre im Staatsdienst. In den vergangenen 15 Jahren Gouverneur in einigen Provinzen. Beteiligte sich am Sturz der Monarchie 1973 und an der Aprilrevolution von 1978. Während Hafisullah Amins Herrschaft wurde er in den Kerker geworfen.

„Die Provinz hat etwa 650 000 Einwohner“ (von den 15 Millionen des Landes), berichtete Dr. Abovi. „Herat selbst hat sich im letzten Jahrzehnt merklich vergrößert und steht jetzt seiner Einwohnerzahl nach an dritter Stelle (nach Kabul und Kandahar). In der Stadt leben jetzt bald 150 000 Menschen, darunter nicht wenige Bauern, die vor dem Terror der konterrevolutionären Banditen Schutz suchen.“

„Ja, hier, in der Provinz, agieren auch heute noch einige Banden, die allerdings stark haben Federn lassen müssen. Ebenso wie in den anderen Provinzen konsolidiert sich die Volksmacht in Herat, werden die demokratischen Organisationen stärker, fassen Armee und die Seite an Seite mit ihr kämpfenden freiwilligen Revolutionsmilizen immer mehr Fuß.“

Mit Muhammeddin Zahip, dem Sekretär des Provinzkomitees der Demokratischen Volkspartei, traf ich am nächsten Tag zusammen. Er war gerade von einem Kampfauftrag zurückgekehrt. Zudem hatte er sich dort auch mit wirtschaftlichen Fragen befaßt.

Die Parteiorganisation, erzählte Muhammeddin Zahip, hat mehr als 1000 Mitglieder. Etwa die Hälfte von ihnen arbeiten in der Stadt. Tausende Aktivisten sind in der Demokra-

tischen Jugendorganisation Afghanistans, in Frauen-, Gewerkschafts- und anderen Massenorganisationen vereint. Dabei sollte man nicht vergessen, daß seit der Aprilrevolution nur zweieinhalb Jahre vergangen sind und die Partei unter der Terrorherrschaft Hafisullah Amins schwer gelitten hat.

Groß sind die Opfer auch im Kampf gegen die ständig aus dem Ausland eingeschleusten konterrevolutionären Gruppierungen. In den vergangenen anderthalb Jahren ist jedes zehnte Parteimitglied von Herat im Kampf gegen die Feinde der Republik gefallen.

Die Provinz Herat ist nicht nur die Hauptkornkammer Westafghanistans. In der Ortschaft Sabzik, unweit von Herat, wurden vor ca. zwanzig Jahren Anthrazitlager entdeckt. Jetzt sind die ersten Kohlengruben in Betrieb.

Der junge Ingenieur Sultan Aziz zeigt mir die Anlagen. Er arbeitet schon das dritte Jahr. War Leiter einer Kohlengrube, dann Chefingenieur des Trusts. Jetzt ist er sein Präsident. Die Anthrazitlager in der Region, sagt er, werden auf 150 Mio t geschätzt. 1979 wurde die Förderung auf 20 000 t angesetzt. Und bis 1983 soll sie plangemäß auf 250 000 bis 300 000 t angehoben werden.

Obgleich die Republik wegen der äußeren Aggression schwere Zeiten durchmacht, haben sich die Löhne der Bergleute unter der Volksmacht mehr als verdoppelt. Auch die Lebensbedingungen sind besser geworden.

Ein Unternehmer ergreift Partei

Der 32jährige Zabihulla Badgizi stammt aus einer anderen Gesellschaftsschicht. Sein Vater, ein Fabrikant, hatte vor mehr als 10 Jahren Geld in den Bau einer Baumwollentkörnungsfabrik investiert. Die Anlagen wurden damals aus der UdSSR eingeführt. Jetzt gehören von den 40 Millionen Afghani des Aktienkapitals dem Vizepräsidenten der Gesellschaft, Zabihulla Badgizi, 10 Millionen. Der Staat hat ein Zehntel der Aktien, die übrigen sind bei Zabihullas Vater und bei anderen Privatleuten. In der Fabrik sind 200 Arbeiter angestellt. Der junge Unternehmer verurteilt scharf die Diversionsakte der Söldner und konterrevolutionären Banditen.

Zabihulla konstatiert befriedigt, daß unter der Regierung Babrak Karmal der Volkswirtschaft größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Platz in ihr ist auch dem nationalen Kapital zugewiesen. So hat die Volksmacht insbesondere Kredite für die dringend notwendige Mo-

dernisierung des Betriebes gewährt. Zabihulla versteht sehr wohl, wer das Land in die Vergangenheit zurückwerfen will und wer den Weg in eine bessere Zukunft bahnt. Ähnliches berichteten mir auch einige andere Unternehmer aus Herat, Balch, Nangarhar und anderen Provinzen sowie in der Industrie- und Handelskammer von Kabul, die Hunderte Vertreter des nationalen Kapitals vereint.

Die Verkehrsabteilung des Provinzkomitees der Volksmacht wird von Abdul Jalil geleitet.

„In Herat gibt es 18 private Verkehrsbetriebe“, erzählte er. „14 von ihnen befördern Güter, die übrigen Passagiere. Der Autopark zählt 1500 Lkws mit Anhängern und

Er verfügt über 180 Lkws und 20 Tankwagen, mehr als 300 Fahrer. Gerade kurz vor unserer Begegnung waren weitere zwei Lkws dieses Autoparks in Flammen aufgegangen.

„Das ganze ist völlig sinnlos“, bemerkte Bayot. „Natürlich schadet das unserem Land und dem Volk nicht wenig. Und all das nützt offenbar nur jenen, die uns fürwahr nichts Gutes wünschen...“

Bayot wurde unter Hafisullah Amin für einige Monate in den Kerker geworfen. Jetzt, sagt er, haben sich die Bedingungen für die Tätigkeit des Unternehmens verbessert: Die Regierung hat die Tarife für die Beförderung staatlicher Güter um 15% angehoben.



Ein Freiwilligentrupp der jungen Verteidiger der Revolution

Foto des Autors

450 Tankwagen. In den Fuhrunternehmen sind mehr als 5000 Menschen tätig.“

Die von ausländischen Geheimdiensten ausgerüsteten konterrevolutionären Banden überfallen Lkws und Busse — die Hauptverkehrsmittel in einem Land ohne Eisenbahnen. Minen auf Straßen und Bergpfaden werden gelegt. Ich sah neueste US-Plastikminen, sah abgebrannte Lkw-Wracks am Paß zwischen Herat und Shindand, Gräber ermordeter Chauffeure, einfacher, friedlicher Afghanen... Doch trotz der Drohungen, der Straßensperren und der Überfälle ist der Verkehr nicht zum Erliegen gekommen — und das, obwohl in anderthalb Jahren, wie Abdul Jalil sagte, von den Banditen mehr als 200 Autos vernichtet, an die 100 Chauffeure und Beifahrer ermordet worden sind.

Bayat Kuli Bayot ist Präsident des Herater Verkehrsbetriebs Jami.

Sorgsam bewahrtes Erbe

Im heutigen Afghanistan hat man nicht nur zur Offensive gegen das Analphabetentum geblasen, wird nicht nur die Kunst in ihrer Entwicklung gefördert, sondern auch der Bewahrung des kulturellen Erbes gilt große Aufmerksamkeit. Nicht von ungefähr empfahlen mir der Gouverneur wie der Sekretär des Provinzparteikomitees eindringlich, ein Meisterwerk der Architektur zu besichtigen — die Moschee, deren Restauration im 15. Jh. der große Ali-Scherif Nawoi geleitet hatte. Er wurde in Herat geboren und verbrachte sein ganzes Leben dort.

Ich verweilte vor dem sorgsam bewahrten Mausoleum in einem Kiefernpark, neben den erhalten gebliebenen Ruinen der in der ganzen islamischen Welt berühmten Medresse (Lehranstalt) und der Musalla (kulturelles Zentrum).

Die Volksmacht hat all das unter ihren Schutz genommen. In Kabul wurde kürzlich das Nationale Museum und in Masari-Scherif ein Heimatkundemuseum eröffnet. Der Staat hilft finanziell bei der Reparatur und Restauration der Moscheen, bei der Wiederherstellung der von konterrevolutionären Banditen zerstörten Bethäuser. Das ist wohl einer der Gründe, warum ein Großteil der islamischen Geistlichkeit loyal zur Demokratischen Republik steht und sie unterstützt.

Zunehmender Widerstand

Gerade Herat wurde von den US-Geheimdiensten als Versuchsgelände

de für ihr verbrecherisches Experiment mit chemischen Waffen ausgewählt. Doch zuvor wurden Falschmeldungen in die Welt Presse lanciert, die vietnamesischen Truppen in Kampuchea und die sowjetischen in Afghanistan würden Giftstoffe einsetzen. Das war natürlich von A bis Z gemein erlogen. Ich habe mich in Indochina und in Afghanistan selbst davon überzeugen können.

Vor 15 Jahren habe ich am eigenen Leib den Einsatz chemischer Stoffe durch die US-Luftwaffe gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung erfahren. Diesmal wurde ich in Afghanistan mit neuen Typen geheimer chemischer US-Waffen konfrontiert, mit Nervengasgranaten...

Der Einsatz dieser Giftgranaten wurde in Herat im Mai, Juni und Juli d. J. „erprobt“.

Im Kampfgebiet sprach ich mit gefangen genommenen konterrevolutionären Banditen. Die bei ihnen beschlagnahmten Waffen amerikanischer, britischer, chinesischer, ägyptischer und sogar italienischer Produktion sprachen für sich.

Auch prochinesische Agenten, die konterrevolutionäre Banden organisieren sollen, suchen dorthin einzudringen. So wurden bei Said Ako, der nach Herat eingeschleust worden war, Dokumente über Verbindungen mit dem chinesischen Spionagedienst gefunden.

Gegen all diese Henkersknechte haben die revolutionären Streitkräfte Afghanistans den Kampf aufgenommen. Über die Aufgaben der revolutionären Armee sprach ich mit Divisionskommandeur Oberst Mohammed Nabi Azimi. Trotz seiner nur 38 Jahre hat er viele Erfahrungen sammeln können. Schon mit 19 kam er zur Armee. Acht Jahre gehört er nun schon der Partei an. Er nahm an den bewaffneten Aktionen von 1973 teil, die zum Sturz der Monarchie führten, und 1978 an der Aprilrevolution. Unter Hafisullah Amin wurde er zwangspensioniert. Jetzt ist der Oberst wieder voll im Kampf.

„Unsere Armee ist eine Armee neuen Typs“, sagt Mohammed Nabi Azimi, „eine revolutionäre Armee. Unsere Hauptaufgabe ist es, die Errungenschaften der Werktagen zu schützen.“

... Von Herat nach Kabul sind es zwei Flugstunden. Im fernen Westen des Landes ebenso wie in der Hauptstadt hat die Revolution, die neue Zeit, Einzug gehalten.

DIE MUTTERMILCH DER POLITIK

Die Wahlkampfausgaben in den USA wachsen ständig — in direkter Abhängigkeit zur Zahl der Amerikaner, die es vorziehen, einen Bogen um die Wahllokale zu machen.

1976 belief sich die auf allen Ebenen — vom Sheriff bis zum Präsidenten — in die Wahlen gesetzte Gesamtsumme auf 540 Mio Dollar. In diesem Jahr wird diese Summe einer Schätzung des Nachrichtenmagazins „U.S. News & World Report“ zufolge (dem wir das Schaubild entnahmen) 800 Millionen erreichen. Und 1984 wird die US-Demokratie Anlaß zum Feiern haben: Die Wahlen werden 1 Md. Dollar verschlingen.

Gewisse Leute beeilten sich, die immer größeren Dollarspritzen durch die Inflation zu erklären. Doch Experten kamen zu einem anderen Schluß: Die immer neuen Wahlkampfmanöver und -tricks werden teurer und teurer. So werden jetzt schon EDV-Spezialisten und teure Computer eingesetzt.



Woher aber wird das Geld genommen? Computer spucken Listen potentieller Spender aus. Das Übrige bleibt den Assistenten des Kandidaten und der Post überlassen. Ein Einwohner Chikagos beschwerte sich:

„Ich komme spätabends nach Hause, und auf mich wartet dann stets ein Haufen Briefe, deren Absender um Geldspenden bitten. Ich bin beunruhigt über die Zahl solcher Bitten in diesem Jahr: das ist einfach zuviel, und die Menschen reagieren schon gar nicht mehr darauf.“

Gewisse Leute reagieren natürlich doch und überweisen Geld.

So kennt die Großzügigkeit der „politischen Aktionskomitees“ keine Grenzen: Die Industriekonzerne haben bereits 1106 und die Handelsvereinigungen 542 derartige Komitees gebildet. „Das Spiel der politischen Aktionskomitees“ heißt „Macht“ und nicht „Ideologie“, sinnt ein von „U.S. News & World Report“ zitiert Amerikaner über die jetzigen Wahlen nach. „Sie haben lieber starke Funktionsträger in verschiedenen Ämtern, sowohl Demokraten als auch Republikaner.“ Und deshalb werden sowohl die einen als auch die anderen finanziert. Die „politischen Aktionskomitees“, genauer die ihnen angehörenden Geschäftsleute, wissen also, daß das in Wahlen investierte Geld reichlich Zinsen bringen wird.

In diesem Jahr erinnern sich viele Amerikaner erneut an Jesse Unruh, den Schatzmeister des Bundesstaates Kalifornien, der einmal gesagt hatte: „Geld ist die Muttermilch der Politik.“ Nur werden heute diesem Aphorismus die Worte eines Politikers der Demokraten zur Seite gestellt: „Und ohne viel Milch könnt ihr nicht siegen.“ Deshalb geht der Kampf um die höchsten „Melkerträge“ dieses Herbstes weiter.

V. GRIBATSCHOW

DAS GROSSE STERBEN

Wenn der berühmte Sherlock Holmes in einer Londoner Abendzeitung annoncierten wollte, wie er den Kurier an, die Anzeige in „Globe“, „Star“, „Pall Mall“, „St. James's“, „Evening News“, „Standard“, „Echo“ oder in ein beliebiges anderes Blatt zu setzen. Heute hätte der große Detektiv keine Auswahl mehr. In der britischen Hauptstadt wurde die Fusion der beiden letzten Abendblätter — der „Evening News“ und des „Evening Standard“ — bekanntgegeben. Genauer gesagt ist „News“ einfach eingeschlafen, der „Standard“ aber beherrscht jetzt — zu 100% — den Markt der Londoner Abendpresse. Zudem wird das Blatt von nun an zur Hälfte der Associated Newspapers (die Besitzer der früheren „News“) und der Express Newspapers (die Besitzer des „Standard“) gehören. Und die 1750 Mitarbeiter der „Evening News“ wurden einfach gefeuert.

W. KSENIN

VERBUNKERUNG

Die Bundeswehrgenerale sind besorgt: Wenn der Bunkerbau im derzeitigen Tempo weitergeht, wird man erst im Jahre 2600 die gesamte BRD-Bevölkerung „verbunkern“ können. Die Pershings und Tomahawks aber, die jene, die diese US-Atomraketen bei sich beherbergen, in eine Zielscheibe für den Gegenschlag verwandeln, können bereits 1983 auftauchen! Die Militärexperten befürchten, daß, wenn sowjetische Atombomben die Hansestädte vernichten, nur 3 Prozent der BRD-Bevölkerung in unterirdischen Schutzräumen unterkommen werden. Die übrigen 97 Pro-



zent, die dort kein Plätzchen finden, werden die Straßen verstopfen und die Bundeswehr daran hindern, den Angriff der Russen abzuwehren.

Die „Bunker-Manie“ erfaßt nicht zum erstenmal hohe Bundeswehr-Ränge. Doch die Bundesbürger, die an die Entspannungspolitik glauben, haben es gar nicht eilig, sich einzugraben. Die Generale trom-

UNBESCHRIFTENE BLÄTT

Mao Zedong sah im chinesischen Volk ein besonderes Blatt Papier, auf dem man beliebig schreiben kann. Unter der „großen Kulturrevolution“ eine ganze Generation von Chinesen tatsächlich „unbeschriebenen Blättern“ — viele verloren über elementarste Bildung.

Kürzlich berichtete die Zeitung „Jiefang ribai“ folgendes: Ein Betrieb der Stadt führte einen Test für junge Leute durch (nach offiziell gibt es in der VR China 20 Millionen Arbeitnehmer). Auf einfachste Fragen, z. B. nach dem Zeitpunkt der KPCh und der VR China, wurden Antworten gegeben.

177 von 872 Bewerbern mit Mittelschulbildung keinerlei Vorstellung. 397 junge Leute falsch. Nur eine kleine Gruppe konnte Antwort geben. Ein Jüngling aus Shanghai, die KPCh sei noch zu Lebzeiten von Marx entstanden.

also weiter von der „sowjetischen hung“, die ja nur eine Erfahrung und die Bunker? In einem modernen werden sie kaum Menschenleben Durch die Bunkerpsychose sucht vielmehr die steigenden Rüstungsaus-



Kopp ist ein Profi im Bunkergeschäft. Illustrierten „Stern“ macht er Reklame für „Bunker“. Wer aber nicht genug die oder finanzielle Möglichkeiten für eines eigenen Bunkers hat, kann sich 100 DM einen Serienbunker erwerben.

Fotos: „Stern“ (BRD)

und die neuen Vernichtungswaffen fertigen“.

bundesdeutschen Generale wollen der Forderung „Ab in den Bunker!“ die bundesdeutsche Zivilbevölkerung, sie über Betonbunker verfügt, begierig den militaristischen Appetit deswehr sättigt.

N. SHOLKWER

GAB'S PROTEST?

1973 kidnappten Agenten Seouls in Tokio den südkoreanischen Oppositionsführer Kim Dae Jung. Damals wandte die japanische Regierung die Augen diskret von dieser Aktion ab. Kürzlich wurde das Todesurteil gegen Kim Dae Jung gesprochen. Diesmal mußte Tokio protestieren: Ein zu großes Echo im Lande hatten die brutalen Repressalien des Seouler Regimes gegen einen seiner Gegner gefunden.

Die Reaktion Seouls ließ nicht auf sich warten. Japan solle sich nicht einmischen, damit es nicht zu einem „Konflikt“ kommt, drohte der neue südkoreanische Außenminister Lho Shin Yong.

Um den „ungünstigen“ Eindruck wieder auszubügeln, begab sich ein namhafter Politiker der regierenden Liberal-Demo-

kratischen Partei, Expremier Takeo Fukuda, nach Südkorea. Zwischen beiden Ländern, erklärte er Korrespondenten, sollten normale Beziehungen erhalten bleiben — ungeachtet des Prozesses gegen Kim Dae Jung.

Fukuda ging nach einem Treffen mit dem südkoreanischen Außenminister noch weiter: „Man solle das Hundeklaff lassen“, sagte er, um die Differenzen nicht zu vertiefen. Und der derzeitige Premier Suzuki verstieg sich zu der Erklärung: „Die japanische Regierung beabsichtigt nicht, sich in die inneren Angelegenheiten Südkoreas einzumischen, und das möchte ich mit aller Deutlichkeit erklären.“

Wie verhält sich Tokio nun wirklich gegenüber den Repressalien in Südkorea? Die Frage ist, ob überhaupt protestiert wurde.

M. LEONIDOW

MAN „EMPÖRT“ SICH

Die Presse der BRD und Westberlins entfesselte eine weitere Verleumdungskampagne gegen die DDR. Sie geht vom Entspannungskurs ab, handelt dem Geist von Helsinki zuwider und behindert die menschlichen Kontakte — so die Springerse. Von der CDU/CSU sind sogar Forderungen nach Wirtschaftssanktionen zu vernehmen. Um was wird da so viel Wind gemacht!

Kürzlich beschloß das DDR-Finanzministerium eine gewisse Anhebung des Mindesttauschatzes ausländischer Währungen in Mark der DDR für Bürger mit ständigem Wohnsitz in nichtsozialistischen Ländern bei einem Aufenthalt in der Republik. Der DDR-Finanzminister erklärte zu diesem Beschuß, daß sechs Jahre nach der letzten Mindesttauschatzverordnung die D-Mark

der BRD durch die Inflation an Wert verloren hat. Zugleich bleiben die Einzelhandelspreise in der DDR für Massenbedarfsartikel stabil. Deshalb wurde eine Neuregelung notwendig.

Diese rein wirtschaftlich bedingte Maßnahme löste „Empörung“ in der BRD und in Westberlin aus. Dort wird behauptet, die DDR wolle Reisen von Bürgern der BRD und Westberlins in die Republik schwer behindern. Um derartige unsinnige Behauptungen zu widerlegen, nur ein Blick in die Statistik: bundesdeutsche Angaben zufolge haben allein 1979 Bürger der BRD und Westberlins 8 Millionen Reisen in die DDR unternommen.

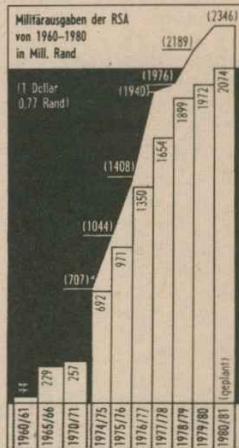
Die DDR hat wiederholt die zuständigen Organe der BRD und Westberlins darauf aufmerksam gemacht, daß manche solche Reisen für Schmuggel und Spekulation benutzt werden. Doch nichts geschah, um den Mißbrauch zu unterbinden.

Oberdies tauschen Banken und Wechselstellen in Westberlin nach einem spekulativen Kurs um. Und das, obgleich die Behörden sehr wohl wissen, daß die Mark der DDR eine reine Binnenwährung ist und weder ein- noch ausgeführt werden darf, weil das die Spekulation begünstigt und die DDR-Wirtschaft schädigt. Die Nachsicht gegenüber Währungsschiebern läßt sich schwerlich mit Versicherungen in Einklang bringen, man wolle gut-nachbarliche Beziehungen zur DDR unterhalten.

Die Versuche, der DDR das souveräne Recht abzustreiten, Maßnahmen zum Schutz ihrer Währung gegen Spekulanzen zu ergreifen, stellen eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik dar. Sie verletzen die Schlubakte von Helsinki.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Berlin



POLITIK WIDER DEN SOZIALISMUS

Boris SOBOROW

Ein ausgeprägtester Zug der Außenpolitik der maoistischen Führung, der vom jetzigen Peking übernommen worden ist, besteht in der Feindseligkeit zum Weltsozialismus. Seit zwei Jahrzehnten schon führt Peking einen immer heftigeren Kampf gegen die sozialistischen Länder, was sich mit dem scheinheiligen Gerede von einer „festen Einheit und Zusammenarbeit Chinas mit den anderen sozialistischen Ländern“ nicht bemaßeln läßt. Mit solchen Äußerungen will Hua Guofeng, der dem ZK der KP Chinas vorsteht, die Weltöffentlichkeit und diejenigen Kommunisten Chinas irreführen, die die Zukunft ihrer Heimat noch immer im Bündnis mit den Ländern sehen, in denen der Sozialismus real besteht. Das lassen weltpolitische Schritte Pekings erkennen. Ebenso die Ergebnisse der Ende August, Anfang September abgehaltenen Tagung des Nationalen Volkskongresses sowie die massiven Ausfällekeiten Zhao Ziyangs, den die Tagung zum Premier des chinesischen Staatsrats ernannte, und anderer chinesischer Spitzenpolitiker gegen die sozialistischen Länder.

Woher diese Feindseligkeit? Die Pekinger Strategen sehen in den sozialistischen Ländern das größte Hindernis für die Ausführung ihrer Hegemoniepläne. Deshalb haben sie sich für eine sogenannte differenzierte Politik entschieden, die darauf hinausläuft, einen Keil zwischen die sozialistischen Länder zu treiben. Ein Schulbeispiel für diese Politik ist die vielstrapazierte „Theorie von den drei Welten“. Darin sind die sozialistischen Länder in „drei Welten“ eingeteilt. Die UdSSR gehört, zusammen mit den imperialistischen USA, zur ersten, die meisten sozialistischen Staaten Osteuropas zusammen mit den kapitalistischen Industrieländern zur zweiten und die übrigen zur dritten Welt, die größtenteils aus Entwicklungsländern besteht.

Peking behauptet, ein Beweggrund zu dieser Einteilung der Länder sei die Überzeugung gewesen, daß „das sozialistische Lager zu bestehen aufgehört“ habe. So versucht man in Peking, die Spalterumtriebe „theoretisch“ zu untermauern. Man wäre mit einer Einheit der sozialistischen Länder nur einverstanden, wenn — nach den u. a. vom

XI. Parteitag der KP Chinas gemachten Empfehlungen — diese Länder zur antisowjetischen, antisozialistischen Einstellung der chinesischen Führung und ihrer imperialistischen Partner übergingen. Die Pekinger Chauvinisten vergreifen sich am Wertvollsten, was die Bruderländer haben: an der Einheit. Sie suchen deren einhellige Aktionen zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu hinterreiben.

Der Antisowjetismus war von Anfang an ein Hauptelement der „differenzierten Politik“, und das ist kein Zufall. Während Peking seine Angriffe vor allem gegen die UdSSR richtet, sucht es vielen sozialistischen Ländern einzureden, daß es nichts gegen sie habe und nur mit einem nicht einverstanden sei: daß sie in grundsätzlichen Fragen mit der UdSSR einig gehen.

In Wirklichkeit suchen die Hegemonten auf diese Weise die Grundpfeiler aller zur sozialistischen Gemeinschaft zählenden Länder zu unterminieren.

Bekanntlich hat sich Peking sehr angestrengt, einen Erfolg der KSZE zu vereiteln, zu der die Initiative von den Warschauer Vertragsstaaten ausgegangen war. Im Mai d. J. zog es eine Hetze gegen die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten auf, die wichtige Vorschläge zur Vertiefung der Entspannung, zur Eindämmung des Wettrüsts und zur Sanierung der weltpolitischen Atmosphäre machte. János Kádár, der Erste Sekretär des ZK der USAP, sagte folgendes: „Wir wollen keine Konfrontation mit China, wir wollen kämpfen für Frieden, Entspannung, für die Freiheit der Völker und ihr Recht auf Selbstbestimmung, friedliche Koexistenz und eine erspielbare Entwicklung der internationalen Beziehungen. Doch ohne zu wollen, stoßen wir in unserem Kampf andauernd auf völlig unsozialistische außenpolitische Bestrebungen Chinas.“

Die „differenzierte Politik“ bedeutet nicht nur, daß man alle anderen sozialistischen Länder in Gegensatz zur UdSSR bringen will. Peking sucht sie zu trennen, indem es die einen als Freunde und die anderen als Feinde bezeichnet, wobei es öfter Wendungen um 180° aus-

führt. Unlängst zählte Peking Albanien bekanntlich zu seinen treuen Freunden.

Jetzt, nach ein paar Jahren, sind die Beziehungen zu Albanien praktisch gelöst und die chinesischen Fachkräfte, die beim Bau volkswirtschaftlicher Objekte geholfen hatten, von dort abberufen worden. Im Widerspruch zu Abkommen hat man die finanzielle Hilfe eingestellt. Alle diese Schritte röhren u. a. daher, daß Tirana gegen Pekings Blockbildung mit dem Westen ist. Sie haben dem albanischen Volk empfindlichen Schaden zugefügt.

Kraß verändert hat sich auch das Verhalten zu Vietnam. Nachdem die Hoffnung enttäuscht worden ist, daß die Spaltung dieses Landes bis in alle Ewigkeit fortbestehen und daß Peking es beherrschen könnte, hat dieses Kurs auf eine Konfrontation mit dem Heldenvolk Vietnams genommen. Kaum waren dessen Südprovinzen befreit, da hetzte Peking die Clique Pol Pots, die sich damals in Kampuchea verschanzt hatte, gegen Vietnam auf. Ebenso wie bei Albanien wurde auch der SRV die wirtschaftliche und sonstige Hilfe gesperrt, die in Zweierabkommen vorgesehen ist. Um Vietnams Stabilität zu erschüttern, putschte man die auf Peking orientierten Organisationen der Auslandschinesen, der Huaiqiao, auf. An der Nordgrenze der SRV wuchsen die Spannungen mit jedem Tag, und schließlich drangen chinesische Truppen in Vietnam ein. Auch jetzt noch hat Peking die Absicht nicht aufgegeben, Vietnam wieder zu überfallen, und posaunt das in alle Welt aus.

Doppelzüngig ist die Einstellung Pekings zur Koreafrage. Es legt Lippenbekenntnisse für den Standpunkt der KVDR zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas und zum Abzug der US-Truppen aus Südkorea ab, in Wirklichkeit aber tritt es dafür ein, daß die US-Truppen in Südkorea bleiben. Die Partnerschaft mit dem Imperialismus geht Peking weit über die Interessen der sozialistischen Staaten.

In der für Jugoslawien so schweren Zeit, als Präsident Josip Broz Tito todkrank war, versuchte die chinesische Presse vorsätzlich, in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen Schwierigkeiten zu stiften. Sie druckte die Flausen der reaktionären US-Presse über eine

angeblich bevorstehende „sowjetische Intervention“ nach.

Während die Zahl der sozialistischen Länder sinkt, die Peking Freunde nennt, steigt die der Staaten, gegen die es eine unverhohlene feindselige Politik betreibt. Außer der UdSSR und Vietnam sind es u. a. Laos, die Mongolei und Kuba.

Peking ist außer sich darüber, daß Ende 1975 die VDR Laos proklamiert wurde und sich darauf orientiert hat, den Sozialismus aufzubauen und die brüderlichen Beziehungen zur UdSSR, zu Vietnam und den anderen sozialistischen Ländern enger zu knüpfen.

Um ihre Großmachtpläne in Südostasien auszuführen, wollen die Pekinger Hegemonisten vor allem außer der SRV auch die VDR Laos so weit wie nur möglich schwächen, an der Grenze Volkskampfheas Waffenkonflikte anstiften und die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Länder auf der Halbinsel Indochina erschweren.

Beton feindselig verhält sich Peking zu Kuba. Es verbreitet bösartige Verleumdungen über dessen Politik, besonders über seine Außenpolitik und seine internationalistische Hilfe an einige junge

Staaten Afrikas. Die chinesischen Hegemonisten suchen das Ansehen Kubas bei den Mitgliedern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu erschüttern. Es versuchte sogar, Kuba aus der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ausstoßen zu lassen.

An den antikubanischen Umtreiben fällt auf, daß sich da ein Zusammensehen Pekings und Washingtons anbahnt. Kaum hatte man sich in Washington 1979 die neue Lüge von der Anwesenheit einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba ausgedacht, da wurde sie von der Pekinger Propaganda aufgegriffen. Fidel Castro sagte dazu: „Die chinesischen Regierungskreise sind heute unbedingt dafür, daß Kuba blockiert wird und daß die USA den Kriegsmarinestützpunkt in Guantánamo behalten.“

Der Mongolischen Volksrepublik gegenüber betreibt China eine Expansions- und Großmachtpolitik. Besonders eifrig wird in letzter Zeit die Geschichte der mongolischen Nation gefälscht. Chinesische Pseudowissenschaftler zaubern Belege für die angebliche Berechtigung der Ansprüche Pekings auf Landesgebiet der MVR hervor. Sie be-

haupten z. B.: „Die Mongolen sind eine nationale Minderheit Chinas.“ Am 30. September d. J. sprach Zedenbal vor Offizieren der Mongolischen Volksarmee, Grenzern und Inlandstruppen und sagte: „Die jetzige chinesische Führung hält sich, was die Zukunft der Mongolei betrifft, genau an den Standpunkt Maos. Das zeigt schon die Tatsache, daß in einem 1978 herausgegebenen Lehrbuch für die chinesischen Oberschulen die MVR als Teil Chinas eingezeichnet ist.“

Unverkennbar heuchlerisch ist das Verhalten Pekings zu den europäischen Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft. Die „differenzierte Politik“ äußert sich ihnen gegenüber darin, daß Peking, das seine eigenen Beziehungen zur UdSSR hauptsächlich auf einen eingefügigen Handel mit ihr eingeschränkt hat, die anderen Länder mit allerlei wirtschaftlichen Angeboten immer wieder von ihr zu trennen sucht. Oft sind diese rein faktiv und sollen nur zur Propaganda dienen. China mit seiner inneren Krise und seiner einseitigen Orientierung auf den kapitalistischen Markt ist ja gar nicht bereit auf stabiler Grundlage erspiellich mit sozialistischen Ländern zusammenarbeiten. Peking ist nicht an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern, sondern daran interessiert, daß sich wenigstens einige von ihnen neutral zu seinen Wühlakten verhalten.

Das Hofieren sozialistischer Länder Europas ist von unaufhörlichen Einmischungen in ihre inneren Angelegenheiten begleitet. So werden aus der ČSSR geflohene antisozialistische Elemente in Peking als geehrte Gäste empfangen. Dort läßt man sich wortreich über eine Wiedervereinigung Deutschlands aus, u. zw. meistens in Gegenwart von Repräsentanten der BRD und größtenteils solchen vom Schlag eines Strauß, während man den Revanchisten in der BRD seinen Segen zum Kampf gegen die DDR gibt und diejenigen aufputscht, die noch immer hoffen, den sozialistischen deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat schlucken zu können.

Die Pekinger Propaganda hat es sich nicht nehmen lassen, die jüngsten Vorgänge in Polen auszunehmen. Sie hat die abgedroschenen Lügen der bürgerlichen Presse über die UdSSR nachgebetet und sich so weit verrannt, ihr die Schuld in die Schuhe zu schieben. Dabei heuchelt sie Sorge um die Interessen des polnischen Volkes.

Eine Zielscheibe der „differenzierten Politik“ ist insbesondere das

BIOGRAPHISCHES

PREMIER DES STAATSRATES DER VR CHINA ZHAO ZIYANG

Geboren 1919 in der Provinz Henan in einer Großgrundbesitzerfamilie. Trat 1938 der KPCh bei. Vor der Gründung der VR China Sekretär des Komitees der KPCh in dem antijapanischen Stützpunkt Hebei-Chengdu-Henan, stellvertretender Sekretär des Parteikomitees. 1951 delegiert in die Provinz Guangdong zur Durchführung der Bo-

denreform. War stellvertretender Sekretär des Süd-Unterbüros des ZK der KPCh und dann erster Sekretär eines Provinzkomitees der KPCh. 1967, zur Zeit der „Kulturrevolution“, amtsentheben. 1971 rehabilitiert, dann Sekretär des Parteikomitees des Autonomen Gebiets Innere Mongolei. Ein Jahr später Rückkehr als Sekretär in die Provinz Gangdong, dann erster Sekretär eines Parteiprovinzkomitees.

1975 wurde Zhao Ziyang erster Sekretär des Komitees der KPCh in der bevölkerungsreichsten Provinz Sichuan und erster Kommissar des großen Militärbezirks von Chengdu. Auf dem X. Parteitag

(1973) in das ZK der KPCh gewählt, auf dem XI. Parteitag (1977) Kandidat des Politbüros des ZK der KPCh.

Auf dem 4. Plenum des ZK der KPCh im September 1979 kooptiert in das Politbüro, auf dem 5. Plenum im Februar 1980 in den Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh. Seit April 1980 stellvertretender Premier des Staatsrates der VR China.

Im September d. J. auf der 3. Tagung des Nationalen Volkskongresses (5. Legislaturperiode) wurde die Ernennung Zhao Ziyangs zum Premier des Staatsrates der VR China bekanntgegeben.

Bündnis der sozialistischen Länder. Die Angriffe auf den RGW und die Warschauer Vertragsorganisation nehmen kein Ende. Die „Renmin ribao“ brachte zum 25jährigen Bestehen des Warschauer Vertrags einen Artikel, in dem sowohl die Ziele dieser Verteidigungsorganisation als auch die Außenpolitik der sozialistischen Länder gräßlich entstellt wurden, dieser Länder, denen die Erhaltung und Festigung des Friedens über alles geht.

Gleichzeitig mit den Versuchen, die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder zu torpedieren, rufen die Pekinger Spalter sie zu möglichst umfangreichen wirtschaftlichen und anderen Verbindungen mit den kapitalistischen Staaten auf, um ihre Beziehungen zur UdSSR abzuschwächen. Das ist noch ein Zeichen dafür, wie sich Peking zum Handlanger der westlichen Monopole hergibt.

Die „differenzierte Politik“ bleibt nicht unverändert, ihre Urheber statthen sie von Zeit zu Zeit mit neuen Elementen, namentlich auf ideologischem Gebiet, aus. Seit einigen Jahren zeigen sie z. B. ostentatives Interesse für den revisionistischen „pluralistischen Sozialismus“ und versuchen, ein „eigenes Modell“ des Sozialismus zusammenzubasteln.

Vor kurzem schrieb das bulgarische „Rabotnitschesko delo“: „Maos Erben wissen, daß die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder mit Querschüssen nicht zerstört werden kann... Mit unverhohlenen Aggressionsakten gegen die einen, mit der Drohung gegen andere, militärische, diplomatische und wirtschaftliche Druckmittel anzuwenden, und mit Freindlichkeiten gegen noch andere sucht Peking, Reibungen zwischen den sozialistischen Staaten zu verursachen, sie in Gegensatz zueinander und alle zusammen gegen die UdSSR aufzubringen. Die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft durchschauen aber die differenzierte Politik.“

Ideologische Störakte, Verleumdungen, Provokationen, Katzenfreundlichkeit und rabiate Druckausübung bis zum Einsatz von Streitkräften — so weit ist der Spannkreis der Subversionsmittel Pekings gegen die sozialistischen Länder. Sie lassen nicht nur eine Seite der hegemonistischen Politik Pekings erkennen, sondern zeigen auch die ganze Falschheit seiner Beteuerung, es strebe nach Einheit und Zusammenarbeit mit einer Reihe sozialistischer Länder.

EINE HÖLLE AUF ERDEN

Maxim KNJASKOW

Dem aufgeschlossenen, lebensfrohen, energischen Jacob Zumo sieht man es nicht an, daß er so Schweres durchgemacht hat. Die Kameraden im Afrikanischen Nationalkongress (ANC), Sektion Südafrika, nennen ihn immer nur den unwürstlichen Jacob.

In Maputo unterhielten wir uns oft, er erzählte aber nie von seiner Vergangenheit. Dabei ist er einer von denen, deren Schicksal die dringende Notwendigkeit der Solidarität mit den politischen Häftlingen in Südafrika bekräftigt. Neun Jahre hat er in einem Kerker der Rassisten zugebracht. Das erfuhr ich, aber erst, als ich ein Mitglied der ANC-Leitung, Lennox Logu, bat, mich mit jemandem bekannt zu machen, der im südafrikanischen Gefängnis für Politische auf Robben Island gesessen hat.

„Nichts leichter als das“, sagte er. „Hier, Jacob, der kann dir alles erzählen“.

Ich sah Jacob verdutzt an. In seinen Augen sprühten Lachfünkchen auf.

Robben Island ist vom Tafelberg in Kapstadt, Jacobs Vaterstadt, aus zu sehen. Aus dem grauen Wasser des Atlantik ragt wie eine uneinnehmbare Festung ein riesiger Felsblock. Als die Holländer die Insel entdeckten, waren da nichts als Steine und dürfiges Gestüpp. Kein Süßwasser.

Jahrhunderte lag die Insel verödet da. Die Rassisten aber fanden eine Verwendung für sie. Am 1. April 1961 eröffnete das Haftanstaltdezernat der RSA dort einen seiner Kerker, die Höllen auf Erden genannt werden.

Seine Feuertaufe empfing Jacob schon in der Schule. Er veranstaltete gemeinsam mit anderen den Boykott eines rassistischen Geschichtslehrers. Die über dessen rassistische Äußerungen empörten Schüler forderten seine Entlassung. Sie setzten ihre Forderung durch, der Rassist wurde an eine andere Lehranstalt versetzt.

Die Universität für Farbige in Fort Hare, an der Jacob nach dem Abitur studierte, wird von den RSA-Behörden nicht umsonst als Rebellenenschmiede bezeichnet. Viele farbige Studenten schalteten sich schon in ihren Mauern in den Kampf gegen die Apartheid ein. In Fort Hare trat Jacob Zumo dem ANC nahe. Er beteiligte sich an geheimen Zusammenkünften, am Ab-

fassen und Verbreiten von Flugblättern und an der Massenpropaganda für die Freiheitsideen.

Nach dem Studium wurde er ein Berufsrevolutionär. Er wurde 1963 verhaftet und „subversiver Betätigung“ angeklagt. Man fand bei ihm ANC-Flugblätter und verurteilte ihn zu neun Jahren Haft.

Robben Island empfing ihn mit kaltem Nieselregen und eisigem Wind. In der Wärme konnten die Eingelieferten nur sitzen, bis sie Sträflingskleidung, Schuhwerk und Schlafdecken gefaßt hatten. Ihre eigenen Mäntel durften sie nicht behalten. Die Kluft bestand aus einer Segeltuchjacke, kurzen Hosen und Sandalen, obwohl auf der Insel manchmal sogar Schnee fällt und die Temperatur im Winter unter Null sinkt.

In der Haftanstalt gelten vier Strengegrade, und Jacob bekam den strengsten Grad: die schlechteste Unterkunft und Verpflegung, die schwerste Arbeit und das Recht, nur zweimal im Jahr an seine Angehörigen zu schreiben, natürlich unter Zensur.

„Als ich in die Zelle kam“, erzähle er, „wurde mir schlecht. Tiefe Finsternis und ein unerträglicher Gestank. Als sich meine Augen an die Dunkelheit gewöhnten, unterschied ich auf dem Fußboden liegende Menschen. Eine Bambusmatte war leer, das war meine Schlafstatt. Durch die vergitterten Fenster ohne Scheiben wehte der eisige Wind herein. Es war so kalt, daß einem der Atem wie Dampf vor dem Munde stand.“

Am nächsten Tag fingen die Dauerläufe an, barfuß, auf spitzen, mit Rauhreif bedeckten Steinen. Die Aufseher feixten, und einer brüllte: „Schneller, schneller, meine Herren! Das kräftigt nach dem ungesunden Leben im Untergrund!“

Später erfuhr Jacob, daß dieser Aufseher mit Spitznamen Toller John die Angewohnheit hatte, angebrückt in die Zellen zu kommen und jeden halbtot zu prügeln, der ihm unter die Finger kam.

Die „Morgengymnastik“ dauerte so lange, bis die Häftlinge ohnmächtig hinfieben, wobei sie sich die Gesichter an den spitzen Steinen verletzten. Zwei, drei Tritte eines Nagelstieles brachten sie zur Beinnistung.

Das Frühstück bestand aus kaltem Gebräu, das nur ganz entfernt an Suppe erinnerte. Das Hungergefühl

nahm davon nicht ab, sondern noch zu.

„Später erfuhren wir“, erzählte Jacob weiter, „daß ein Präparat in die Suppe geschüttet wurde, von dem man noch hungriger wird. Mit Hunger folterte im Mittelalter die Inquisition, sie stülpte einem Ketzer eine eiserne Maske mit langer Nase über und stellte eine Schüssel mit Suppe vor ihn hin.“

„Wenn keine Arbeit da ist, muß man sich eine ausdenken“ — diese Kommißregel stand besonders in Ehren. Die Häftlinge mußten eine Straße bauen. Das war sinnlos, denn die ganze Insel konnte man zu Fuß in 20 Minuten überqueren, und es war ja niemand da außer den Häftlingen und dem Gefängnispersonal. Dieses meinte aber, die Rebellen müßten körperlich und geistig dauernd beschäftigt sein, weil Müßiggang sie nur aufsässig mache. Nicht selten ließ man Häftlinge riesige, wie festgewachsenen in der Erde steckende Feldsteine aus- und ein paar hundert Meter weiter wieder eingraben, um sie anderntags an die ursprüngliche Stelle zurückbringen zu lassen. Und ständig Ge-

Hungerstreik. Wir wurden in den Hof geführt, da stand schon ein Zug Aufseher. „Nu mal ein bißchen lustig, Jungens!“ rief ihnen der tolle John zu. Sie stürzten sich auf uns und prügeln auf uns ein. Durch einen Fußtritt in den Leib kam ich zu Fall, da sprang mir ein Aufseher mit seinen Nagelstiefeln auf die Finger und quetschte sie.“

Aber an die Foltern und Schikanen kann man sich noch gewöhnen, bloß nicht daran, daß man von draußen abgeschnitten ist.“

Das Innenministerium der RSA hatte dafür gesorgt, daß keine Nachricht vom Festland hinüberdrang. Zeitungen gab es natürlich nicht. Rundfunk auch nicht. Es war sogar verboten, mit neu Eingelieferten zu sprechen, damit die Häftlinge keine Neuigkeiten erfuhren. Die Neuen saßen eine Zeitlang in Quarantäne.

„Für einen, der an den politischen Kampf gewöhnt ist, gibt es nichts Schlimmeres als den ständigen Informationshunger“, sagt Jacob. „Manches haben wir aber doch erfahren, alle Nachrichtenquellen konnten die Rassisten nicht verstopfen.“

Auf Robben Island befinden sich Führer des Freiheitskampfes der Völker der RSA Nelson Mandela, Walter Sisulu, Govan Mbeki und ein Gründer der SWAPO (Volksorganisation Südafrikas), Herman Ja Toivo. Jeder Kontakt zwischen ihnen und den übrigen Häftlingen ist streng untersagt. Die Behörden fürchten die Männer, selbst wenn diese hinter Stacheldraht sitzen. Wenn es nach Pretoria ginge, kämen sie niemals frei. Für die Führer der „Rebellen“ gibt es in der RSA nur den Strang oder lebens-

längliche Haft.

Mandela wurde 1962 eingekerkert, weil er aus Protest dagegen, daß die Südafrikanische Union in die Republik Südafrika umgewandelt worden und aus dem Britischen Commonwealth ausgetreten war, einen Streik organisiert hatte. Auf diese Weise suchten die Rassisten die Macht der weißen Minderheit zu erhärten und die Apartheid im Land zur bleibenden Erscheinung zu

11. OKTOBER TAG DER SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCHEN HÄFTLINGEN IN SÜDAFRIKA

machen. Nach dem Streik mußte Mandela in die Illegalität gehen. In einem Appell an das Volk erklärte er:

„Ich habe meine Wahl getroffen. Ich verlasse Südafrika nicht und ergebe mich nicht. Die Freiheit kann man nur im Kampf, unter Entbehrungen und Opfern erringen.“

Er wurde in der Provinz Natal über ein Jahr später gefaßt und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Aber 1964 erfuhren die Behörden, daß er ein Führer des ANC war. Er wurde zum zweiten Mal vor Gericht gestellt und zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Jacob kann nicht ruhig von Mandela sprechen. Selbst die flüchtigen Begegnungen mit dem ANC-Vorsitzenden haben ihn tief beeindruckt. Wenn die kleine Gruppe der „besonders Gefährlichen“, zu der auch Mandela gehörte, ihren „Spaziergang“ machte, konnte man ihn sofort erkennen: an seiner sicheren, aufrechten Haltung und seinem ganzen Aussehen, das von unerschütterlicher Standhaftigkeit zeugt.

„Wenn wir ihn so sahen“, erzählt Jacob, „fühlten wir uns in der Überzeugung bestärkt, daß ein Mensch trotz jahrelanger Haft sich und seinen Idealen treu bleiben kann.“

Jacob erzählt so, als habe es sich um ein kurzes Abenteuer und nicht um neun Jahre ständiger Folterungen und Schikanen gehandelt, die viele zu Krüppeln gemacht und andere ins Jenseits befördert haben. Jacob hat durchgeholt, aber er rühmt sich seiner Standhaftigkeit und Tapferkeit nicht, dieser Eigenschaften, die ein Kämpfer gegen den Rassismus in Südafrika haben muß. Jacob kämpft weiter.

Maputo—Moskau



In der RSA ist es etwas Alltägliches, daß Razzien vorgenommen und Verdächtige verhaftet werden

Fotos aus „Afrique-Asie“

schimpf, Tritte und Stöße der Aufseher.“

Beim Zuhören fällt mir auf, daß er andauernd die Finger streckt. Er merkt, daß ich den Bewegungen zu sehe, und zeigt mir, daß er die Finger nur zu Hälfte strecken kann und daß die Fingerspitzen abgeplatzt sind.

„Das ist auch ein Andenken an Robben Island“, sagt er. „Aus Protest dagegen, daß ein Mithäftling schwerkrank vom Gefängnisarzt auf Arbeit geschickt worden und daran gestorben war, traten wir in den

EXPLOSION VOR DER SYNAGOGE

Juri LOPATIN

Die französische Bewegung gegen Rassismus, für Völkerfreundschaft, unterstützt von der FKP und der CGT, hatten zu einer Protestdemonstration gegen das blutige Verbrechen der Neonazisten, die Bombenexplosion in der Rue Copernic aufgerufen. Mindestens 200 000 Personen waren diesem Ruf gefolgt.

Seit August 1944, also seit dem Tag der Befreiung von Paris, zogen zum ersten Mal Vertreter praktisch aller Parteien, aller Gewerkschaften und Massenorganisationen sowie Oppositions- und Regierungspolitiker durch die Straßen der französischen Hauptstadt. Selbstverständlich erschien jede Partei und jede Gruppierung mit eigenen Losungen. Unbestreitbar aber war der antifaschistische Gesamtcharakter. Ähnliche Demonstrationen fanden gleichzeitig in vielen anderen französischen Städten statt.

Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing verurteilte in einer Erklärung das Verbrechen und sagte, die Polizei tue alles, um die Verbrecher dingfest zu machen und ihrer Bestrafung zuzuführen. Eine ähnliche Erklärung gab im Namen der Regierung in der Nationalversammlung Ministerpräsident Barre ab, und zwar in einer Sonderdebatte, die von fast allen Parteien gefordert worden war.

Die Opposition, in erster Linie die Kommunisten, verlangten von der Regierung konkrete Maßnahmen gegen neofaschistische Gruppierungen und unterzogen sie einer heftigen Kritik wegen der unzulässigen Duldsamkeit gegenüber rechten Extremisten, die diese nur dazu anregt, ihre Aktionen zu eskalieren.

Wer wirft die Bomben?

An den Ort der Explosion kam ich am folgenden Morgen. Am Vorabend war es selbst mit Hilfe des Journalistenausweises unmöglich gewesen. Von beiden Seiten war die nur ein paar 100 Meter lange Straße von Polizei gesperrt. Viele Feuerwehr-, Sanitäts- und Polizeiwagen, deren Sirenengeheul die Luft erfüllte, hatten den Verkehr im gesamten Viertel unweit der Arc de Triomphe im Pariser Zentrum fast völlig lahmgelegt.



Mit diesem Plakat warnen die Einwohner von Paris vor der neofaschistischen Gefahr

Foto aus „Humanité“

Die Rue Copernic wirkte wie nach einem Bombenangriff. Von den zerborsteten Mauern bröckelte der Putz, Auslagen- und Fensterscheiben waren zu Bruch gegangen, Türen und Tore ausgehoben und Kraftwagen ausgebrannt. Unter den Füßen knirschte Glas. Auf dem Gehsteig hatte die Polizei Eisengitter aufgestellt, damit die Menschen nicht zu nahe an die Wände herankamen: Glassplitter hätten aus den zerbrochenen Rahmen fallen und sie verletzen können.

Die das ganze Viertel erschütternde Explosion erfolgte am 3. Oktober um etwa 18.30 Uhr. Das Ziel der Bombeleger war nicht eine Einschüchterung der Bevölkerung, sondern eine Massenschlächterei. Beweis dafür sind die hohe Explosivkraft der Höllenmaschine — etliche Kilogramm Sprengstoff, der Ort des Anschlags — vor dem Eingang zur Synagoge — und die Zeitwahl — die Beendigung des Gottesdienstes. Zu dieser Zeit befanden sich über 300 Personen in der Synagoge, darunter viele Kinder. Man kann sich vorstellen, welch apokalyptische Ausmaße die Tragödie angenommen hätte, wenn der Augenblick der Explosion mit dem Herausströmen der Menschen auf die Straße zusammengeflogen wäre...

Eine Feuerwand fegte über die am Gehsteig stehenden Kraftfahrzeuge hinweg und verwandelte sie augenblicklich in einen Haufen Schrott. Meterhoch stieg eine Rauchwolke in den Himmel. Drei Passanten waren auf der Stelle tot. Ein vierter wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert und verstarb dort. 12 Personen wurden verwundet, vier davon ernstlich.

Gegen 19 Uhr teilte ein Anrufer der AFP mit, die Explosion sei eine

Tat der „Faisceaux nationalistes européens“ (FNE). Der älteren Generation braucht man nicht zu erklären, was FNE bedeutet. Sie zeigt ein bei den alten Römern entlehntes italienisches Faschismussymbol, eine Stahlrule mit gekreuzter Axt. FNE ist das nur leicht gewandelte Aushängebild der traurig berühmten neonazistischen „Fédération d'action nationale et européenne“ (FANE). Sie wurde nach 14jährigem provokatorischem Wirken vor einem Monat endlich verboten und aufgelöst, tauchte aber sofort unter neuer Bezeichnung wieder auf, wobei sie sogar ihren einstigen Sitz beibehielt.

Die Explosion fand ein Echo im ganzen Land. Man betrachtete den Anschlag sofort und rechtmäßig als neues blutiges Verbrechen des internationalen Faschismus. Im August: Blutvergießen in Bologna. Im September: Mord in München und eine antisemitische Gewaltwelle. Nun, im Oktober, die Bluttat in Paris. „Le Monde“ schrieb dazu, man könne kaum glauben, daß es sich hier um isolierte Vorgänge handelt, die nichts miteinander zu tun hätten und von einigen „angeknacksten“ Personen verübt würden. Wer steht hinter diesen Ereignissen, wer wirft die Bomben? fragt das Blatt.

Bei einer Analyse der französischen Reaktionen auf das Verbrechen in der Rue Copernic fällt unwillkürlich auf, daß etwas Derartiges zu erwarten war.

Die Medien erinnern an die vielen neofaschistischen Ausfälle in Frank-

reich in den letzten Jahren. Die angeführten Zahlen stimmen nachdenklich. Seit Juni 1977 bis zum Mai d. J., d. h. noch vor Beginn der jetzigen neonazistischen Gewaltwelle, haben die Rechten 122 Terrorakte verübt. Während 1977/78 pro Monat durchschnittlich zwei Provokationen registriert wurden, 1979 je drei, waren es 1980 zwischen Januar und Mai sieben und zwischen Juni und September bereits fünfzehn.

Eine Lieblingsbeschäftigung der französischen Rechtsextremisten sind rassistische Treibjagden und Überfälle auf nordafrikanische Arbeiterimigranten, die zynisch als „Araberjagd“ bezeichnet werden. Häufigste Opfer derartiger „Unternehmen“ sind Abkömmlinge aus Algerien, an denen die wilde Wut ausgelassen wird, die sich seit der erzwungenen Gewährung der Unabhängigkeit für Algerien angestaut hat.

Will man dem „France Soir“ Glauben schenken, gibt es zwischen 10 000 und 25 000 französische Rechtsextremisten. Legal bestehen zwei Parteien, die „Front National“ des Jean-Marie Le Pen und die „Force Nouvelle“ Pascal Gouchons. Sie stellen ihre Kandidaten auf und mischen im Wahlkampf mit, kurz, sie spielen parlamentarische Demokratie. Das aber ist nur die Spitze des Eisbergs. Eng mit ihnen verbunden sind Dutzende kleine neonazistische Gruppierungen und Banden, die hauptsächlich im Untergrund wirken.

Hinter der Fassade

Organisatorisch existieren sie getrennt von den beiden oben Erwähnten. Ideologisch aber sind sie mit ihnen durch die Verneigung vor den menschenfeindlichen Theorien des dritten Reiches und durch einen eingefleischten Antikommunismus verbunden. Sehr häufig figurieren die gleichen Personen in einigen rechts-extremen Gruppierungen und Parteien, oder sie wandern von der einen

zur anderen. Diese halblegalen, manchmal aber auch völlig illegalen Gruppen mit sehr flexiblen Organisationsformen, die mal verschwinden, mal unter neuer Bezeichnung auftauchen, mal sich zusammenschließen und auch wieder spalten, sind für die Rechten äußerst günstig. Die organisatorische Flexibilität gestattet ihnen beliebige Provokationen, deren Spuren sich erfolgreich verwischen lassen.

Die ein paar hundert Mitglieder vereinende FANE nimmt in diesem Konglomerat von Diversionsverbänden einen beachtlichen Platz ein. Sie wurde 1966 von Mark Frederiksens gegründet. Dieser 44jährige ist äußerlich ein braver Bürger. Auf seinem Posten in der Bank sieht man ihn stets ein vogue gekleidet: makelloser Anzug, weißes Hemd, dunkle Krawatte. Er hat ausgesucht höfliche Manieren. Hinter diesem respektablen Schein verbirgt sich das Oberhaupt der faschistischen Mörder, das schon viele Verbrechen auf dem Gewissen hat. In seiner Jugend war Frederiksens Monarchist. Danach gehörte er der katholischen MRP an, stieß später zu den rechten „Ultras“ und kämpfte in deren Reihen für ein „französisches Algerien“. Bei den letzten Parlamentswahlen 1978 trat er als Kandidat der „Front National“ Le Pens auf, fiel aber durch. Frederiksens ist ständig von Leibwächtern begleitet, bulligen Bur-schen mit Igelschnitt und eiskaltem Blick, in den Tarnjacken der Fallschirmspringer.

Das Hauptquartier der FANE befindet sich hinter einer gepanzerten Tür im zweiten Stock des Hauses Nr. 28 in der Rue Jean Moinon im zehnten Departement von Paris. An den Wänden hängen neofaschistische Plakate. Darunter Holzknüppel, die man „für alle Fälle“ bereit hält. Die Sturmtruppler Frederiksens posieren in schwarzen Hemden und braunen Joppen mit Hakenkreuzen

und anderen Etiketten des dritten Reiches. Auf ihren Zusammenkünften begrüßen sie sich mit „Heil Hitler!“.

Das Sprachrohr der FANE „Notre Europe“ propagiert Monat für Monat das ideologische und politische Kredo der Neofaschisten. In jeder Ausgabe verkündet ein auffälliges Inserat den Lesern, wie lange „unser Kamerad Rudolf Hess“ schon in Haft ist. Die FANE-Mitglieder bekennen sich offiziell als Nationalsozialisten, Rassisten und Antisemiten. Als ihre Ziele bezeichnen sie die Reinerhaltung und Herrschaft der weißen Rasse sowie die Bekämpfung des Kommunismus.

Weshalb kommt es gerade jetzt in Frankreich zu einer Intensivierung des Rechtsextremismus?

Dafür gibt es verschiedene Gründe, deren einer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes ist. Die Industrieproduktion tritt auf der Stelle. Die Arbeitslosigkeit hat den Höchststand der letzten Jahre erreicht und nähert sich der 2-Millionen-Grenze. Die Inflation galoppiert, die Preise steigen jährlich um 12–13%. Das alles lässt Zukunftssicherheit entstehen und schafft den Nährboden für die Zunahme rechter und neonazistischer Organisationen.

Ein anderer Grund ist der heftige politische Kampf zu den im kommenden Frühjahr bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Die Erfahrungen früherer Jahre haben gezeigt, daß sich die antikommunistische Kampagne in solchen Perioden stark zuspielt. Einflußreiche Kreise scheuen sich nicht, rechtsextreme Gruppierungen für ihre Zwecke zu nutzen.

Auswirkungen haben auch die verschärften internationalen Spannungen, die durch den militaristischen Kurs der jetzigen US-Administration ausgelöst wurden. Das fördert eine Aktivierung der reaktionären Elemente, darunter auch des Neofaschismus.

die Besucher über die weiterste industrielle Versuchsanlage zur direkten Umwandlung von Wärmeenergie in Elektroenergie mit Hilfe eines magnetohydrodynamischen Generators unterrichtete. Mit dieser Methode lassen sich 20–22% Brennstoff einsparen. Die erste derartige Anlage wurde hier errichtet. Künftig soll bei Rjasan eine Anlage mit einer Kapazität von 500 Megawatt entstehen.

Die Gespräche mit den Wissenschaftlern und der Rundgang fanden großes Interesse bei den Besuchern, in deren Namen der Botschafter Kuweits Adel Najmeddeen Jarrah seinen Dank abstimmte.

W. ROSEN

BEGEGNUNG MIT WISSENSCHAFTLERN

Im Institut für hohe Temperaturen trafen am 10. Oktober ausländische Diplomaten mit Angehörigen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zusammen. Die Vizepräsidenten der Akademie Owtschinnikow und Welichow sowie der Sekretär der Abteilung für physikalisch-technische Energieprobleme, Akademiemitglied Popkov, berichteten von der Geschichte und der Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft und ihrem bedeutendsten Zentrum sowie über die wichtigsten Richtungen der Grundlagenforschung.

Dabei wurden folgende Zahlen angeführt: Der Akademie gehören rund 250

ordentliche sowie etwa 500 korrespondierende Mitglieder an. In ihren 300 wissenschaftlichen Einrichtungen und Labors sind mehr als 150 000 Mitarbeiter beschäftigt.

Die AdW der UdSSR unterhält zu wissenschaftlichen Organisationen in mehr als 100 Ländern Kontakte, wobei sie der Zusammenarbeit bei globalen Problemen — Umweltschutz, Raumforschung und einige geologische Fragen — besondere Beachtung schenkt.

Die Diplomaten machten einen Rundgang durch das Institut für hohe Temperaturen. Sie wurden von Akademiemitglied Direktor Scheindlin geführt, der

mus, im Weltmaßstab. Ein Beweis dafür sind die sich häufigen Ausfälle von Rechtsextremisten in verschiedenen Ländern Westeuropas wie auch die in den letzten Monaten unternommenen Versuche, die Verbindungen zwischen den neofaschistischen Organisationen der verschiedenen Staaten enger zu gestalten.

Nicht ganz bedeutungslos ist, daß die Sicherheitsorgane kaum einen Finger krumm machen. Behörden und Polizei mußten sich in letzter Zeit viel Bitteres anhören, denn es ist offensichtlich, daß sehr viele Terrorakte der Neofaschisten in den letzten Jahren, darunter solche Schwerverbrechen wie Mord, ungeahndet blieben.

Warum? Die Antwort gab die Autonome Gewerkschaft der Polizeiinspektoren dieser Tage mit der Erklärung, ein Fünftel der FANE-Mitglieder seien Polizisten. Was läßt sich von solchen „Ordnungshütern“ bei der Verfolgung der eigenen Kollegen schon erwarten? Aber nicht nur daran liegt es. Der Polizeiapparat wurde in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich zur Unterdrückung „roter“, linker Studenten und Streikender eingesetzt. Bewußt wurde dort die Sympathie zu den Rechten kultiviert, deren Organisationen manchmal sogar zur Bekämpfung der Streikbewegung und zur Auflösung von Streikposten Hilfestellung gaben.

Die Macht antifaschistischer Aktionen

Das Verbrechen auf der Rue Copernic hat in ganz Frankreich Unwillen ausgelöst, erklärte der Vorsitzende der KP-Fraktion in der Nationalversammlung Robert Ballanger im Parlament. Hunderttausende Franzosen lehnen eine nur formale Verurteilung ab.

FKP-Generalsekretär Georges Marchais gab seiner tiefen Empörung über diesen Gewaltakt Ausdruck. Das FKP-Sekretariat veröffentlichte eine Erklärung, in der das üble und provokatorische Verbrechen angeprangert und die Regierung aufgefordert wird, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um der Tätigkeit der neonazistischen Gruppen, allen rassistischen und faschistischen Anschlägen gegen die Werktätigen und die gesamte Bevölkerung ein Ende zu setzen. Ebenso scharf war die Reaktion der linken Gewerkschaften.

Die machtvolle antifaschistische Demonstration in Paris sowie die Kundgebungen in anderen französischen Städten haben die Stärke und Organisiertheit, vor allem der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wie auch ihre Treue zu den demokratischen und patriotischen Traditionen und deren Fähigkeit bewiesen, sich durchzusetzen. ■

VI. PARTEITAG

In Betrieb genommen wurden das Werk für Schwermaschinenbau in Taean, Kühlanlagen in Sinpho, Ruektae und Samho. Eine neue Papierfabrik liefert erste Erzeugnisse. Abgeschlossen wurde die Elektrifizierung einer weiteren Bahnlinie: Chonjue-Chonsue. Angelaufen ist das Wasserkraftwerk Taedongan.

Mit diesen Leistungen beging das koreanische Volk den vom 10.—14. Oktober abgehaltenen VI. Parteitag seiner Partei der Arbeit, der besonders bedeutsam war, weil er mit dem 35jährigen Bestehen der Partei zusammenfiel.

Die Ergebnisse der 100 Arbeitstage zu Ehren des Parteitags übertrafen alle Erwartungen. Das Programm wurde 10 Tage vorfristig erfüllt, wobei die Industrieproduktion gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs um 42 Prozent stieg.

Nicht nur in diesen 100 Tagen vor dem Parteitag, in allen Jahren nach der Befreiung und dem Sieg der Revolution haben Arbeiter und Bauern der KVDR vieles zur Entwicklung der Wirtschaft geleistet und beeindruckende Erfolge erzielt. In den 10 Jahren nach dem V. Parteitag der Partei der Arbeit betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs in der Industrieproduktion 15,9 Prozent, die industrielle Bruttoproduktion erhöhte sich auf das 3,8fache. Im vergangenen Jahr wurden 9 Mio t Getreide eingebbracht.

Bedeutende Hilfe bei der wirtschaftlichen Entwicklung der KVDR erweisen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Die sowjetisch-koreanischen Beziehungen entwickeln sich auf der festen Basis des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1961.

Der Rechenschaftsbericht des ZK, den der Genosse Kim Ir Sen auf dem Parteitag hielt, stellte die Aufgabe, im bevorstehenden Jahrzehnt den Umfang der industriellen Bruttoproduktion um das weitere 3,5fache zu erhöhen.

Eine äußerst wichtige Aufgabe der Partei bleibe die Wiedervereinigung Koreas, heißt es im Rechenschaftsbericht. Das koreanische Volk setzt seinen Kampf für die friedliche Wiedervereinigung der Heimat auf der Grundlage der nationalen Konsolidierung, ohne äußere Einflüsse fort. Es verurteilt und lehnt die imperialistische Politik der „zwei Korea“ ab, die die Spaltung des Landes verewigigen soll.

Die Partei der Arbeit Koreas legte die Initiative zur Bildung einer Föderation Nord und Süd unter Beibehaltung der dort existierenden ideologischen und gesellschaftlichen Systeme vor. Sie schlug vor, einen solchen Staat als Föderative Demokratische Republik Korea zu bezeichnen, eine Oberste föderative Nationalversammlung in paritätischer Zusammensetzung von Vertretern des Nordens und des Südens zu bilden und in ihr ein ständiges föderatives Komitee zu schaffen, das alle Staatsangelegenheiten als einheitliche Regierung leiten könnte. Die Republik müsse ein neutraler, friedliebender Staat sein und die Anbahnung der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Nord und Süd fördern.

Die US-amerikanische Okkupation Südkoreas und die von Washington aktiv unterstützte faschistische Militärdiktatur im Süden sind die Haupthindernisse auf dem Weg zur Vereinigung des Landes. Die Partei der Arbeit fordert den Abzug der US-Truppen und die Ablösung des faschistischen Militärregimes durch eine demokratische Regierung.

Kim Ir Sen erklärte, außenpolitisch werde die Partei der Arbeit entschlossen die Aktionen der Imperialisten zur Entfesselung von Aggressionen und Kriegen durchkreuzen. Sie werde gegen das Wettrüsten kämpfen, sich für die Verwandlung der koreanischen Halbinsel in eine kernwaffenfreie Zone, in eine Zone des Friedens einsetzen. Sie werde aktiv den Kampf der Völker für die Schaffung solcher Zonen in anderen Weltteilen unterstützen. Sie werde die Geschlossenheit mit den sozialistischen Ländern stärken und sich von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten lassen.

Dem Parteitag wohnte eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Politbüros des ZK und Ersten Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU Grischin bei. Auf einer Freundschaftskundgebung in Wonsan erklärte er:

„35 Jahre verbindet unsere Länder und Völker der gemeinsame Kampf für Frieden und Sozialismus. Es waren Jahre der ersprießlichen Zusammenarbeit von zwei gleichberechtigten Staaten in Wirtschaft, Politik und Kultur. Das wird auch in Zukunft so sein. Das sowjetische Volk war, ist und bleibt ein treuer Freund des brüderlichen koreanischen Volkes.“

N. SCHIMMEL

WILLKÜRAKT

in den Morgenstunden des 6. Oktober drangen Polizisten und Geheimdienstagenten Ägyptens in das Kairoer Büro der „Neuen Zeit“ ein. Ohne Hausdurchsuchungsbefehl und ohne irgend eine Motivierung wurden das Telefon gesperrt und die Dienst- und Wohnräume des Büros rücksichtslos durchwühlt. Dabei wurden gesetzeswidrig alle Papiere, dienstlicher Briefwechsel, Archive, Vordrucke, Stempel, persönliche Notizbücher und Briefe beschlagnahmt. Die Mitarbeiter des Büros, die sowjetischen Bürger Stepanow und Schelipin, wurden zusammen mit ihren Frauen und Kindern unter Androhung von Gewalt zum Flughafen verbracht und in der Nacht des Landes verwiesen. Journalisten sowie auf dem Flughafen eintreffenden Vertretern der Konsularabteilung der UdSSR-Botschaft in der ARÄ wurde erklärt, die Polizeiaktion sei auf Anweisung des Innenministers erfolgt.

Erst Ende vergangener Woche veröffentlichte dann die Kairoer „Akhbar al-Yom“ eine Meldung über diesen unfreundlichen Akt der ägyptischen Behörden. Die Zeitung äußerte unter Berufung auf offizielle Quellen in Kairo, die sowjetischen Mitarbeiter des Büros seien der lächerlichen Beschuldigung ausgesetzt gewesen, sie hätten „Gerüchte veröffentlicht und Unruhe gesät“, und zwar hätte „die Zeitschrift die illegale kommunistische Bewegung in Ägypten unterstützt“.

Das NZ-Redaktionskollegium protestiert entschieden gegen diesen eindeutigen Willkürakt der ägyptischen Behörden, die besser als sonst jemand wissen müssen: Die arabische NZ-Ausgabe wurde auf Grund eines kommerziellen Vertrags mit der völlig legalen Kairoer Firma „Dar al-Hilal“ gedruckt, wobei die Forderungen der offiziellen ägyptischen Zensur berücksichtigt wurden. Die Mitarbeiter unseres Büros haben die Normen und Regeln der journalistischen Arbeit in der ARÄ strikt beachtet und ihre Arbeit den Interessen der Aufrechterhaltung und Festigung der freundschaftlichen

Gefühle zwischen dem sowjetischen und ägyptischen Volk gewidmet.

Wer hatte diese in der Geschichte der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen beispiellose und durch nichts provozierte Aktion nötig und wozu? Die Antwort darauf gibt eindeutig die heutige ägyptische Wirklichkeit.

Erinnern wir nur an einige Vorgänge der letzten Tage Ende September verboten die Behörden eine Kundgebung in Hérouan anlässlich des 10. Todesstages Präsident Nasses. Danach wurden wieder mal die Aufdeckung einer „kommunistischen Geheimorganisation“ und großangelegte Verhaftungen von Ägyptern bekanntgegeben. Die Polizei hielt mehrere Tage ohne Vorweisung einer Beschuldigung den bekannten Politiker Abdel Sallam el-Zayyat inhaftiert, der dem jetzigen Kurs des offiziellen Kairo nicht beipflichtet. Auf dem kürzlichen Kongress der regierenden Nationaldemokratischen Partei richteten Ministerpräsident Sadat und sein Innenminister Nabawi Ismail heftige Angriffe und Drohungen gegen die Opposition, darunter gegen die legale Nationale (linke) Fortschrittspartei.

Ismail erklärte, er besitze Beweise für eine angeblich enge, auch finanzielle Unterstützung der fortschrittlichen Opposition seitens gewisser ausländischer Quellen. Vielleicht möchten die Polizei und ihre überseeischen Berater den Überfall auf das NZ-Büro und die dort beschlagnahmten, selbstverständlich nichts „Diversionsartiges“ enthaltenen Dienst- und persönlichen Papiere benutzen, um solche „Beweise“ zu fabrizieren. Derartige Fälschungen hat die Reaktion immer wieder in den verschiedensten Ländern eingesetzt. Nur läßt sich damit wohl kaum irgend etwas beweisen. In diesem Fall ist klar: Der grobe Willkürakt gegen das NZ-Büro und die sowjetischen Bürger ist ein neuer Beweis für das antidemokratische Wesen des Regimes, dem es immer schwerer fällt, sich wenigstens den Anschein der Gesetzlichkeit im Kampf gegen das eigene Volk und bei den Versuchen zu geben, den Antisowjetismus zu benutzen, um die arabische und die Weltöffentlichkeit irrezuführen.

DAS POLITISCHE BUCH

KONTINENT IM AUFBRUCH

Die Erfolge des sozialistischen Kubas, der Sieg des Volks von Nicaragua, der revolutionäre Kampf in El Salvador und einigen anderen lateinamerikanischen Ländern und das Entstehen immer neuer unabhängiger Staaten auf dem dem Subkontinent vorgelagerten Inseln — das alles lenkt das Augenmerk der Weltöffentlichkeit unablässig auf sich. Zugleich ergeben sich viele Probleme daraus, daß die Freiheitsbewegung südlich vom Rio Grande im Aufstieg ist, daß der Klassenkampf heftig tobt und die Kräfte der Reaktion mit denen des Fortschritts erbittert kämpfen.

Das erstmalig in der UdSSR erschienene zweibändige Nachschlagewerk „Lateinamerika“ gibt Aufschluß über das Leben auf dem Subkontinent und über seine aktuellsten Probleme. Es ist vom Lateinamerika-Institut der AdW der UdSSR und vom Verlag Sowjetskaja Enzyklopädie herausgegeben worden. Außer sowjetischen Lateinamerikanisten haben es Repräsentanten der AdW Kubas sowie Wissenschaftler und Kulturschaffende Argentiniens, Brasiliens, Venezuelas,

Mexikos, Perus und anderer Länder zusammengestellt.

Anfang dieses Jahres kam Band 1 heraus. Außer einem Lexikon (von A bis K), das zahlreiche Fakten über verschiedene Lebensbereiche der dortigen Länder, über ihre Geschichte, Wirtschaft und Kultur enthält, findet sich darin eine „Allgemeine Übersicht“, die eigentlich eine kollektive Monographie darstellt. Darin wird hervorgehoben, daß für das heutige Lateinamerika tiefgreifende Wandlungen im Verhältnis der Klassen- und der politischen Kräfte und immer umfangreichere Aktionen der Völker für eine Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Selbständigkeit charakteristisch sind. Diese Bewegung geht Hand in Hand mit einem erbitterten Klassenkampf der Werktäglichen.

Die Verfasser verfolgen den revolutionären Prozeß in Lateinamerika und zeigen, wie er durch die internationale Entspannung beeinflußt wird. Sie konstatieren, daß die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die kommunistischen Parteien, eine führende Rolle spielen. Darüber hinaus geht aus der „Allgemeinen

Übersicht“ hervor, daß die lateinamerikanischen Patrioten beim Imperialismus der USA und bei den von ihm unterstützten Kräften der inneren Reaktion auf verbissenen Widerstand stoßen.

Die sowjetisch-lateinamerikanischen Beziehungen entwickeln sich nach den Grundsätzen der Gleichheit, der Respektierung der nationalen Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und des gegenseitigen Vorteils. Sie werden in einem besonderen Kapitel behandelt. Anhand zahlreicher Fakten wird gezeigt, wie konsequent die UdSSR die nationalen Interessen der Länder Lateinamerikas gegen die imperialistische Politik der USA in Schutz nimmt und wie gut sich die kommerziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der UdSSR zu Lateinamerika entwickeln.

In dem Nachschlagewerk überzeugt man sich davon, daß in dieser Region immer mehr Länder danach streben, ihre Außenpolitik auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu basieren und sich für die internationale Entspannung, für die Nichtverbreitung von Kernwaffen und für allgemeine und vollständige Abrüstung einzusetzen.

N. GEORGIJEW

DIE HINTERGRÜNDE EINES KRIEGES

Leonid MEDWEDKO

Ausschlaggebend für gewisse Fortschritte mit einer politischen Beilegung des Konflikts waren die Standhaftigkeit und Tapferkeit der arabischen Soldaten im Krieg von Oktober 1973, die mit Hilfe der UdSSR erzielten militärischen Erfolge Ägyptens und Syriens und die nachfolgenden politischen Aktionen der Sowjetregierung und arabischer Spitzopolitiker in der UNO.

Die Einberufung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz (Dezember 1973), zu der sich die miteinander konfrontierten Partner an einem Tisch zusammenfanden, um politische Verhandlungen zu führen, war unstrittig ein Erfolg der Friedensdiplomatie. Mit Rückhalt beim Westen suchte Tel Aviv die Konferenz zu torpedieren. Auch infolge der Inkongruenz der ägyptischen Führung blieben Erfolgsmöglichkeiten ungenutzt. Sie erwirkte eine Truppenentflechtung Ägyptens und Israels nicht als Auftakt zu einer politischen Regelung, sondern lediglich als militärische Maßnahme. Dadurch konnten die ägyptisch-israelischen Fühlungsnahmen mit Vermittlung der USA ohne jeden Zusammenhang mit der Genfer Konferenz weitergehen. Tel Aviv brachte es fertig, den Spannkreis dieser Fühlungsnahmen einzuziehen, besonders, nachdem im September 1975 das zweite Sinai-Abkommen geschlossen worden war.

Die Hintergründe des Abschlusses des ersten und zweiten Sinai-Abkommens hat der israelische Journalist Golan in seinem Buch „Henry Kissingers Geheimverhandlungen. Die schrittweise Nahostdiplomatie“ ausführlich geschildert. Er schreibt, die Entflechtung hätte man bei den Verhandlungen der Generale Gamassy (Ägypten) und Yariv (Israel) unter Vermittlung eines UNO-Vertreters, ohne Kissingers „Pendeldiplomatie“ schnell erreichen können. Und weiter:

„Zwei Wochen, nachdem die Verhandlungen in einem Zelt 101 km“ (von Kairo) „entfernt eingestellt worden waren, gestand Kissinger israelischen

Spitzenpolitikern gegenüber in Jerusalem selbst, daß eine Einigung in Sicht war. Hätte er gewußt, wie weit die Verhandlungen zwischen Yariv und Gamassy gekommen sind, so wäre er für eine baldige Übereinkunft gewesen. Einige Minister antworteten damals in dem Sinne, daß er — Kissinger — es gewesen sei, der den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen verhindert habe.“

Später erläuterte Kissinger, daß die langwierigen Verhandlungen über die Truppenentflechtung notwendig seien, „damit man jetzt nicht über die Grenzen und eine endgültige Regelung zu verhandeln braucht ... und eine Aufhebung des arabischen Ölembargos erreicht werden kann“.

Noch während der Vorbereitungen zum ersten Abkommen übergab Kissinger Israel ein „Memorandum über gegenseitiges Verständnis“, in dem die USA versprachen, „alles zu tun, um Israels Bedarf an Waffen langfristig und restlos zu decken“.

Der dem Staatsdepartement nahestehende Prof. Sheehan schreibt in seinem Buch „Die Araber, die Israelis und Kissinger“, dieser habe Israels Einwilligung zur Teilnahme an der Genfer Konferenz buchstäblich am Vortag ihrer Eröffnung erhalten, nachdem er der israelischen Regierung das Memorandum überreicht hatte. Schon damals habe Sadat eine separate Linie verfolgt. Hinter Syriens Rücken habe er versprochen, israelische Handelsschiffe den Suezkanal passieren zu lassen, obwohl der ägyptische General Gamassy, der das Abkommen unterschrieb (er wurde später Verteidigungsminister), das militärisch für unratsam hielt.

Die USA hatten eigentlich gar nicht die Absicht, zu einem Erfolg der Genfer Konferenz beizutragen. Umgekehrt, sie umgingen dieses Gremium meistens.

Auf dem arabischen Gipfel von Oktober 1974 in Rabat wurde die PLO einstimmig als die einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt. Auch Jordanien stimmte dafür. Der Plan der USA, daß Amman und Tel Aviv ein Separatabkommen schließen

sollten, war gescheitert. Israel lehnte es sofort ab, die Konferenzergebnisse zu berücksichtigen, und forderte kategorisch, daß die PLO von den Bemühungen um eine Nahostregelung ausgeschlossen werden soll.

Die Friedenskonferenz torpediert

Die Sinai-Abkommen beendeten im Grunde genommen Ägyptens Konfrontation mit Israel, obwohl die meisten okkupierten arabischen Gebiete besetzt blieben und die Lösung der Palästinafrage keinen Fingerbreit vorwärtsgekommen war. Das Separatabkommen über die zweite Truppenentflechtung auf Sinai erleichterte den israelischen Expansionisten die Spaltung der arabischen Länder.

Kurz nachdem das zweite Sinai-Abkommen unterzeichnet war, kam in Israel der Likud-Rechtsblock zur Macht, und die Regierung Begin begann, ganz unverhohlen eine Völkermordpolitik gegen die palästinensischen Araber zu betreiben. Sie zettelte den fünften Nahostkrieg an und machte dieses Mal vor allem den Libanon und die palästinensische Widerstandsbewegung zu ihrer Zielscheibe.

Das alles geschah unter dem Deckmantel des Geredes vom „Frieden“, zu dem die Bedingungen von Tel Aviv im „Begin-Plan“ diktiert wurden, laut dem die „palästinensische Autonomie“ im Rahmen der „Selbstverwaltung“ der okkupierten arabischen Gebiete, d. h. beim Fortbestehen der israelischen Okkupation am westlichen Jordanufer, am Ghasastreifen, auf den syrischen Golanhöhen und auf einem Drittel der ägyptischen Halbinsel Sinai, verwirklicht werden sollte.

Gleich bei seinem ersten offiziellen Besuch in den USA erklärte Begin unverblümkt, sein „Friedensplan“ ziele in erster Linie darauf ab, eine Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zu verhindern. Begins Plan wurde Ende 1977 von Sadat als völlig inakzeptabel abgelehnt. Ihm sagte daran jedoch zu, daß er die Möglichkeit bot, neue Sitzungen in Genf zu vereiteln. Begin und Sadat torpedierten die Konferenz aus verschiedenen Beweggründen. Begin befürchtete vor allem, in Genf einer vereinigten arabischen Delegation gegenüberzustehen, zu der auch Vertreter der PLO gehören würden, oder gar mehreren arabischen Delegationen. Im einen wie im anderen Falle wäre eine Palästina-debatte nicht zu vermeiden gewesen. Sadat wiederum wollte insbe-

sondere erreichen, daß die Rolle der UdSSR bei der Nahostregelung auf ein Mindestmaß reduziert wird. Das wollte auch Begin. Der Antisowjetismus war später die Grundlage der Separatabmachung. Nachdem Sadat der Freundschaft mit der UdSSR untreu geworden war, verriet er auch die Interessen der arabischen Völker, namentlich desjenigen von Palästina.



Diese Karikatur erschien seinerzeit in der Zeitschrift „Jeune Afrique“ (Paris). Herstellung des Nahostfriedens nach Camp-David-Rezept.

Durch das alles stand der ägyptische Präsident noch isolierter da. Schließlich nahm er Begins Plan, den er früher als völlig inakzeptabel abgelehnt hatte, fast zur Gänze an.

Der Canossagang

Der skandalöse Besuch Sadats vom 19. November 1977 in Jerusalem wurde von der westlichen Propaganda als völlig unvorhergesehener hingestellt — er habe die Regierung Carter veranlaßt, von dem mit der UdSSR in der sowjetisch-amerikanischen Nahosterklärung vom 1. Oktober 1977 vereinbarten Standpunkt zurückzutreten.

In Wirklichkeit beruhte diese Aktion auf vorher abgesprochenen Schritten. In dem Buch „Streng geheim“ von dem Direktor der Washingtoner Zentrale für Sicherheitsanalyse, Morton Galperin, heißt es ausdrücklich, daß zum Zeitpunkt der Ankunft Sadats in Jerusalem die Hauptelemente der ägyptisch-israelischen Übereinkunft schon mit Vermittlung Washingtons vereinbart waren. Galperin schreibt:

„Das Problem, das zu lösen war und das noch immer nicht gelöst ist, besteht darin, wie man die Anschuldigung von Sadat nehmen soll, er habe die Interessen der anderen Araber verletzt.“

Seine Absicht, nach Jerusalem zu fahren, gab Sadat am 9. November 1977 in der Volksversammlung be-

kannt. Das war aber weder spontan noch ein Husarenstück, wie es anfangs manche Kommentatoren hinstellten. Viele wunderten sich, wie schnell Begin auf den Versuchsballon reagierte: Er schickte Sadat eine Einladung, obwohl das Kabinett vollzählig dagegen war. Und auch das war kein Zufall.

Wie aus dem Buch „Geheimnisse der nahöstlichen Welt“ von dem amerikanischen Reporter Zion und seinem israelischen Kollegen Dan hervorgeht, waren die „risikanten“ Schritte, die Sadat und Begin einander entgegen taten, von den Geheimdiensten Israels und Ägyptens vorbereitet gewesen. Ihre Zusammenarbeit begann, gleich nachdem in Israel die Regierung des Likud-Blocks die Macht angetreten hatte. Auf Begins Weisung hin übergab der Chef des israelischen Geheimdienstes den ägyptischen Behörden nicht wie früher über die CIA, sondern direkt „Geheimnachrichten“ über eine Verschwörung gegen Sadat, die angeblich mit Dazutun Libyens vorbereitet wurde. Der Chef des israelischen Geheimdienstes traf sich mit seinem ägyptischen Kollegen, General Kamal Hassan Ali, dem späteren Verteidigungsminister, Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, in einem dritten Land. Darauf wurden in Kairo Verhaftungen nach Listen aus Tel Aviv vorgenommen, und fünf Tage nach Alis Rückkehr fiel Ägypten bewaffnet in Libyen ein. Zion und Dan schreiben:

„Begin erklärte in der Knesset, Israel werde nichts unternehmen, um die Ägypter auf Sinai festzuhalten, solange sie gegen Libyen vorgehen.“

Die Hintergründe dieser damals anscheinend unklaren Feststellung hellten später die Mitteilungen über die Zusammenziehung ägyptischer Truppen an der libyschen Grenze auf, die nach Sadats Jerusalem-Besuch vorgenommen wurde.

Die geheimen Schritte auf hoher Ebene zum Zweck einer Annäherung Tel Avivs und Kairos wurden Mitte September 1977 unternommen. Wie Zion und Dan schreiben, traf sich dieses Mal Dayan als Außenminister im Kabinett Begin auf der Fahrt nach New York in einem dritten Land heimlich mit Hassan Touhami, einem Vertreter Sadats im Ministerrang.

Die „Washington Post“ wies am 29. November 1977 im Hinblick auf die Beweggründe zu dem Besuch

Sadats in Jerusalem auf noch einen Umstand hin:

„Nach Angaben des Geheimdienstes zu urteilen, hatte der listige ägyptische Präsident Sadat einen insgeheimen Grund, nach Israel zu reisen. Er soll versucht haben, die israelische Bedrohung seiner Ostfront zu neutralisieren, um freie Hand zu haben und seinem aufsässigen Nachbarn im Westen, dem unbändigen Libyer Muammar Ghaddafi, eine Abfuhr zu erteilen... Sadat kämpft gegen den Wirtschaftsbankrott an, und vergebens. Die libyschen Ölreviere, die 8 Md. Dollar im Jahr bringen, erscheinen ihm bestimmt mehr als verlockend.“

Als Sadat vor den Film- und Fernsehkameras in Jerusalem die israelische Ehrenwache abschritt, glaubte er, daß jetzt er und kein anderer den Schlüssel zum Frieden in der Hand habe. Sehr bald aber mußte er sich davon überzeugen, daß seine „historische Mission“ nichts weiter als ein politisches Schauspiel gewesen war und daß er seinen „kühnen Schritt“ nicht zu einem gerechten Frieden, sondern zu einer schmählichen Kapitulation vor dem Aggressor getan hatte. Sadat war jedoch, wie er nach seiner Rückkehr aus Jerusalem erklärte, fest entschlossen, „den angetretenen Weg bis zu Ende zu gehen“.

Die neue Runde der Verhandlungen mit Begin vom Dezember 1977 in Ismailia und mit Verteidigungsminister Weizmann in Assuan zeigte, daß Israel gar nicht daran dachte, alle von ihm besetzten arabischen Gebiete zu räumen. Da die Israelis von ihrem Standpunkt nicht abgehen wollten, blieb Washington nichts übrig, als Kairo zu Zugeständnissen zu zwingen.

Die Illusionen von Camp David

Die Verhandlungen Carters, Sadats und Begins in Camp David waren in den Schleier des Geheimnisses gehüllt. Nicht ohne Absicht wurde auch das Gerücht ausgestreut, daß sie zu scheitern drohten. Damit wollte man den Eindruck erwecken, als ob enorme Schwierigkeiten überwunden werden müßten. Nach den Verhandlungen im September 1978 erklärte Carter:

„Das Gipfeltreffen hat unsere Erwartungen übertrffen.“ Es habe die Festlegung „eines wirklich allumfassenden und fairen Rahmens für den Frieden im Nahen Osten“ gestattet.

Außerhalb dieses Rahmens für ein illusorisches Friedensschema waren jedoch die Forderungen der Araber geblieben, daß die Israelis ihre Truppen aus allen 1967 besetzten Gebieten zurücknehmen und die nationa-

len und souveränen Rechte der Araber respektieren sollen. Die Dokumente von Camp David enthalten kein Sterbenswörtchen von einem palästinensischen Staat und von der PLO. Das erwähnte „Selbstverwaltungsrecht der Palästinenser“ aber hat sich bei genauem Hinsehen als rein fiktiv erwiesen, weil die palästinensischen Gebiete unter der militärischen und politischen Kontrolle Israels geblieben sind.

Nicht nur die arabische, sondern die ganze fortschrittliche Weltöffentlichkeit sah in den Übereinkünften von Camp David eine neokolonialistische Abmachung. Daß sie es sind, zeigten auch die außerhalb des „Friedensrahmens“ belassenen Geheimabkommen, deren Inhalt der Zeitschrift „Afrique—Asie“ bekannt geworden ist. Sie schrieb, die USA hätten sich u. a. verpflichtet,

„... Israel für den Fall eines neuerlichen Kriegs mit einem Land oder allen Ländern der Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes Deckung aus der Luft zu geben... Alles zu tun, um die westlichen Länder daran zu hindern, den gegen die Abkommen von Camp David auftretenden arabischen Ländern in irgendeiner Form Waffen zu liefern... Weiter über ein Abkommen Washingtons und Tel Avivs über gemeinsame Verteidigung zu verhandeln und Israel unter die Länder aufzunehmen, deren Sicherheit von den USA garantiert wird... Die israelischen Streitkräfte mit den modernsten Waffen auszurüsten..., die den meisten NATO-Staaten noch nicht verfügbar sind... Eine enge Zusammenarbeit an der Liquidierung der radikalen Elemente der PLO in die Wege zu leiten.“

Was Kairo betrifft, so übernahm Washington ihm gegenüber keine so konkreten Verpflichtungen, sondern zog es vor, die Sache bei Versprechungen bewenden zu lassen:

„Über die Entsendung eines

Amerikanische „Friedensgarantien“ für den Nahen Osten: AWACS-Systeme und Flugzeugträger.

Foto aus „Newsweek“ (USA)

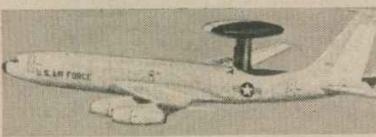


großen Kontingents amerikanischer Militärtechniker und Berater nach Ägypten zu verhandeln... Ihm für den Fall eines Konflikts mit einem seiner Nachbarn militärischen Schutz zu gewährleisten... Der ägyptischen Armee moderne Waffen zu liefern, damit sie Ländern der dritten Welt zu Hilfe kommen kann, die von inneren Wühlnakten oder vom internationalen Kommunismus bedroht sind... Ein Programm für amerikanische (und westliche) wirtschaftliche und finanzielle Hilfe (eine Art Marshall-Plan) über einige Milliarden Dollar für fünf Jahre aufzustellen.

Vorausschauend, stimulierte Washington auch die Zusammenarbeit Kairós und Tel Avivs, die u. a. verpflichtet wurden:

„... ein System politischer und militärischer Konsultationen in Gang zu bringen, um eine beliebige Operation der Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes abzuschlagen. Noch bevor Israel Sinai räumt, eine Basis für ein Militärbündnis (zwischen Kairo und Tel Aviv) zu schaffen... Ein System für ein gemeinsames Vorgehen der Geheimdienste beider Länder im Ausland festzulegen... Ägypten soll nicht darauf bestehen, daß die PLO bei der Entscheidung über das westliche Jordanufer und den Ghasastreifen eine Rolle spielen soll...“

In der arabischen Welt flammten Proteste auf. Selbst die Regierungen jener arabischen Staaten, von denen Washington und Kairo eine zustimmende Einstellung erwartet hatten, traten gegen die Abkommen von Camp David auf.



Sadats Regime stand noch isolierter als vorher da. Die Spitzengruppen der an der Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes beteiligten arabischen Staaten machten im November 1978 in Bagdad einmütig gegen diese Abkommen Front. Sie beschlossen, die diplomatischen und alle sonstigen Beziehungen zu Ägypten abzubrechen und dessen Mitgliedschaft in der Arabischen Liga zu sistieren.

Der Passivsaldo der Separatabmachung

Noch vor dem Sturz des Shahregimes ging man in Washington daran, einen Ersatz für den absehbaren Verlust des Irans zu suchen. Besonderen Nachdruck legte man auf die Konkretisierung der ägyptisch-israelischen Übereinkunft, was — so dachte man es sich im Wei-

ßen Haus — zur Aufstockung der militärischen Präsenz der USA im Nahen Osten beitragen sollte.

Damals, Anfang März 1979, als Carter seine Pendelreisen zwischen Kairo und Jerusalem machte, um die Sache von Camp David zu retten, gab sich die bürgerliche Presse alle Mühe, diese Vorgänge zu dramatisieren. Sie verstieg sich sogar zu der Behauptung, Carter habe mächtig auf Israel gedrückt, um mit dem schon unterschriebenen Vertrag heimkehren zu können.

Diese Behauptung wurde aber durch das Weitere widerlegt. Carter bemühte sich nicht so sehr darum, Tel Aviv zu erweichen, wie um neue Zugeständnisse Sadats. Am meisten aber wurde um die militärischen Verpflichtungen und die Garantien Washingtons gefeilscht.

War der Schlußakkord im ersten Akt der Oper „Nahostregelung“ die Unterzeichnung des „Rahmenabkommens“, so endete der zweite am 26. März 1979 mit dem Friedensvertrag zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel. Ihn unterzeichneten Sadat und Begin. Vom US-Präsidenten wurde er gegengezeichnet, offiziell als Zeugen. Aber niemand zweifelte daran, welche Rolle Amerika wirklich dabei spielte. Sadat nannte den unterzeichneten Vertrag „zu 99% ein Werk der USA“. Carter selbst rief bei der Unterzeichnungszeremonie pathetisch aus: „Wir haben gesiegt!“

Das erwies sich aber sehr bald als Pyrrhusieg der Camp-Davidschen Diplomatie. Der Separatvertrag war nicht, wie in seiner Präambel behauptet wurde, „ein wichtiger Schritt bei den Bemühungen um einen allumfassenden Frieden in diesem Raum“, im Gegenteil, er richtete noch mehr Hindernisse vor einer Regelung auf und streute die Saat neuer Konflikte aus.

Selbst manche amerikanische Kommentatoren stellten beunruhigt fest, daß kein einziges Friedensabkommen der neuesten Zeit von einem Wettrüsten solchen Umfangs begleitet war. Nach einer Schätzung des Staatsdepartements haben die USA im Nahen Osten tatsächlich schon mehr als für den Marshall-Plan ausgegeben. Vom zweiten Sinai-Abkommen, d. h. von 1975 an bis 1978, kostete die „Vermittlerschaft“ die USA über 15 Md. Dollar, von denen Israel über die Hälfte für seine militärischen Aufwendungen und Ägypten weniger bekam. Nach Camp David wurden Israel außer den 2 Md. Dollar Kredit jährlich für Waffenankäufe noch 3 Md. zur Verfügung gestellt, Ägypten aber 2,6 Md. Dollar für militärische Aufwendungen in den Jahren 1979—1981.

Das sind nur die bekanntgegebenen Zahlen. Wie aber die Partner der Abmachung selbst eingestehen, steckt vieles in den geheimen Anhängen zum Vertrag. Nach manchen amerikanischen Schätzungen werden die Subventionen an Israel und Ägypten bis 1982 über 20 Md. Dollar ausmachen. Wie ein amerikanischer Kommentator sagte, sind die USA Teilnehmer nicht so sehr einer Friedensregelung wie des nichtbeigelegten Konflikts geworden.



Sadat und Begin in Assuan, Januar 1980, schmieden strategische Pläne für den Nahen Osten und die anstoßenden Gebiete

Foto aus „Jeune Afrique“

Israel aber hat freie Hand bekommen. Nachdem es Ägypten zur Kapitulation bestimmt hatte, eröffnete es eine neue Front — gegen den Libanon — und verstärkte die Repressalien und Strafoperationen gegen die Bevölkerung der besetzten arabischen Gebiete noch mehr.

Die neue Truppenentflechtung

Auf der malerischen, stillen Nilinsel Elephantine bei Assuan brachten Sadat und Begin einige Tage der ersten Januardekade 1980 zu, dieses Mal nur die beiden, ohne Vermittlung Carters. Die Presse Ägyptens und Israels nannte dieses Treffen, ebenso wie das von Camp David, historisch. Es fand vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern statt. Die Teilnehmer selbst nannten es freundschaftlich. Auf einer Pressekonferenz in Assuan am 10. Januar redeten sie einander nie anders als „mein lieber Freund“ an. Auf den Zeitungsfotos reichten sie einander entweder die Hand, oder sie flüsterten vertraulich miteinander oder aber stießen auf etwas an. Bei dem Treffen hatte endlich eine annehmbare Lösung für das Palästinaproblem gefunden werden sollen. Das geschah aber nicht, was jedoch der Anbahnung einer ägyptisch-israelischen Zu-

sammenarbeit in vielen Bereichen nicht im Wege stand, vor allem einer genauen Abstimmung ihrer Regionalpolitik. Durch die Presse ging ein Foto, auf dem die beiden über eine Landkarte des Nahen Ostens und der angrenzenden Gebiete gebeugt sind. Die Zeitschrift „Jeune Afrique“ schrieb, Sadat habe Begin auf die wichtige Rolle Ägyptens bei der „Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit“ hingewiesen — auf den östlichen Persischen Golf, wohin

Kairo bereits Militärexperimen-ten dem Sultan von Oman zu Hilfe geschickt hatte; auf Afghanistan, wo in Ägypten ausgebildete Banden gegen die Revolution vorgehen; auf Äthiopien, wohin ägyptische Waffen und Munition für die Separatisten geschickt worden sind; auf Libyen, an dessen Grenze ägyptische Truppen zusammengezogen sind; auf Saudi-Arabien, das in jenen Tagen gemeinsam von ägyptischen und amerikanischen Spionageflugzeugen überflogen wurde. Der ägyptische Luftwaffenstützpunkt Qena bei

Luxor wurde US-Flugzeugen mit einem AWACS-Spionagesystem und etwa 250 Militärs zur Verfügung gestellt. Im April sicherte diese Gruppe den Diversionsakt des amerikanischen Landungstrupps im Iran.

Mit der Hand über die Karte fahrend, redete Sadat auf Begin ein, Ägypten werde mit Hilfe amerikanischer Waffen und bei einem Verständnis Israels imstande sein, das „erschreckende Vakuum“ in der Moslemwelt auszufüllen. Begin aber hörte zerstreut zu und hing eigenen Gedanken nach. Er sah auf der Landkarte schon die Grenze eines „Groß-Israels“ vom Nil bis zum Euphrat. Was die strategischen Pläne Sadats betrifft, so hielt Begin sie für Luftschlösser. Vielleicht deshalb versetzte er auf alle Argumente Sadats unbestimmt:

„Ich verstehe Sie, mein Freund Anwar, aber...“

Dennoch nahmen Ägypten und Israel Ende Februar diplomatische Beziehungen „in vollem Umfang“ auf. Am 26. Februar überreichte der erste Botschafter Israels seine Beglaubigungsurkunden in Kairo, wo über einer einstöckigen Villa schräg gegenüber der Residenz Sadats jetzt die Fahne Israels weht. Dieselbe Fahne flattert über dem

annektierten Teil Jerusalems, der „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“. Sie weht noch immer über den Golanhöhen Syriens, über dem westlichen Jordanufer und über den Gebieten Sinai, die immer ägyptisch waren.

In einem Artikel mit der Überschrift „Ist Camp David gescheitert?“ konstatierte die „Newsweek“ am 30. Juni d. J.:

„Der Friedensprozeß von Camp David stockte bereits, und manche Leute glaubten, er sei in einer totalen und vielleicht sehr gefährlichen Sackgasse festgefahrene. Nach dem traurigen Stand der Verhandlungen über die Autonomie des Westufers zu urteilen, ist der Geist von Camp David tatsächlich erloschen.“

Also hat der „Frieden von Camp David“ den Nahostkonflikt räumlich nur noch mehr ausgedehnt und hat sich, wie bekannt, in den internationalen multilateralen Konflikt-herd des Nahen und Mittleren Ostens verwandelt, wo viele ungelöste innere und äußere Probleme zusammengeballt sind.

Ebenso wie früher, sind die inneren regionalen Probleme auch jetzt eine Folge der Gegensätze zwischen dem Zionismus und der arabischen Freiheitsbewegung. Die äußeren Probleme wiederum röhren einerseits von der neokolonialistischen Politik der imperialistischen Staaten her und anderseits von den Gegensätzen zwischen den Imperialisten, vom Kampf zwischen den imperialistischen Staaten um Erdöl, Märkte und Einflußsphären.

Alle diese Gegensätze haben einen wirren Knoten gebildet, u. zw. wegen der Spaltung in der arabischen Welt infolge der Kapitulation Sadats und der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den meisten arabischen Ländern und dem Iran einerseits und den USA anderseits infolge des Krieges, der zwischen dem Irak und dem Iran ausgebrochen ist. Er kann und muß entwirkt werden. Dazu tun gemeinsame Bemühungen aller Interessierten einschließlich der PLO not. Der militaristische Kurs und der auf separate Abmachungen führt immer weiter in die Sackgasse.

OLYMPISCHE NACHLESE

Mehr als dreieinhalbtausend ausländische Journalisten berichteten von der Olympiade 80. 28 000 Bögen Informationen tickten über die Fernschreiber, 6000 Fernseh- und Rundfunksendungen wurden übertragen. Bis zu 2 Milliarden Erdenbürger wurden täglich über die Wettkämpfe informiert. Soweit die Statistik. Doch wie sahen diese Informationen im einzelnen aus? Wie berichteten Journalisten von den Spielen, wie nutzten sie die ihnen eingeräumten Möglichkeiten — für oder gegen Frieden und Freundschaft? Diese Fragen beantwortet ein Dokumentarfilm des Zentralen sowjetischen Fernsehens.

„Unser Film lief nicht von ungefähr am Vorabend des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens“, sagte der Regisseur Jewgeni Andrikanis. „Die sowjetischen Veranstalter haben alle Voraussetzungen für die normale und operative Arbeit der Journalisten geschaffen. So erfüllten wir nicht nur unsere Verpflichtungen vor der olympischen Bewegung, sondern das war auch der natürliche Ausdruck dafür, wie unser Land zum Informationsaustausch, zur Einhaltung der Vereinbarungen von Helsinki steht.“



Der Film beginnt mit der feierlichen Eröffnung und dem festlichen Abschluß der Olympiade. Auf dem Bildschirm leben die spannendsten Episoden der Wettkämpfe wieder auf, werden Sportler, Schlachtenbummler und Journalisten in trauter olympischer Gemeinsamkeit gezeigt. Doch da kommt ein unerwartetes Bild. Eine Frau strickt, daneben einige Männer beim Müßiggang. Ohne die Schreibmaschinen und andere Arbeitsutensilien könnte man denken, die Aufnahme sei versehentlich in den Film geraten. Doch gezeigt wird ein BRD-Fernsehstudio. Die bundesdeutschen Sportfans aber fuhren damals bekanntlich in grenznahe Städte, um sich Übertragungen des DDR-Fernsehens aus Moskau anzusehen.

Die Vertreter der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC litten eben-

falls unter Untätigkeit, zu der sie verdammt waren. Dabei fühlte ich mich an den japanischen Sportkommentator Keiichi Funabashi erinnert, mit dem wir fast jeden Tag im Pressezentrum zusammenkamen. Freundlich und voller Elan berichtete er von seinen Eindrücken.“

„Die japanischen Sportler ließ man nicht nach Moskau fahren“, sagte er bedrückt. „Doch das 'Asahi' — Fernsehen produziert trotzdem Sendungen von den Wettkämpfen in Schwerathletik, Judo und Rudern. Die Sportler und die Sportfans Japans sollen zumindest in unseren Reportagen den olympischen Geist spüren...“

Den ausländischen Journalisten, das wurde in dem Film überzeugend gezeigt, waren alle Möglichkeiten nicht nur für eine interessante Berichterstattung über die Wettkämpfe gegeben, sondern sie konnten sich auch über verschiedene Seiten des sowjetischen Lebens informieren. Und die meisten von ihnen sagten über die Olympiade und ihre Hauptstadt ein gutes Wort. Zu ihnen gehörten die Korrespondenten aus vielen jungen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die erstmals an den Spielen teilnahmen. Doch es gab auch andere...

„Ich habe unsere Zeitungen gelesen, und mir scheint bisweilen, daß viele britische Korrespondenten und



wir in verschiedenen Welten, in verschiedenen Städten leben und bei verschiedenen Olympischen Spielen zugegen waren“, sagte James Riordan, Olympia-Attaché der britischen Mannschaft, zu Korrespondenten des sowjetischen Fernsehens. Er hatte allen Grund für diese Äußerung. Wie BBC aus Moskau wiederholt meldete, werde jeden Tag damit gerechnet, daß „Riordan nach Sibirien verbannt wird“.

Doch auch manche anderen westlichen Journalisten verleumdeten die Olympiade. Die Sensation, „ein Mitglied der afghanischen Mannschaft wolle sich nach den Wettkämpfen in den Westen absetzen“, platzte. Doch bekanntlich haben

Lügen kurze Beine. Der Film zeigt Korrespondenten des BRD-Fernsehens im Gespräch mit Nassir Ahmad, dem Generalsekretär des afghanischen NOK, der diese gemeinsame Lüge entschieden zurückwies. Doch dieses Interview haben die Fernsehzuschauer in der BRD bislang nicht zu sehen bekommen — wie übrigens auch einige Beiträge von Journalisten anderer westlicher Länder.

Besonders tobten gewisse Leute wegen der „drakonischen Sicherheitsvorkehrungen“. Zummindest die Unsinnigkeit dieser Behauptungen wird durch die Dankbekundungen von Olympiateilnehmern und -gästen widerlegt.

Die meist zuvor zugerichteten und mit dem Präsenzeffekt gewürzten Enten wurden von den Ereignissen selbst, von den Reportagen anderer Korrespondenten widerlegt, die in dem Film von ihrer Arbeit, von der Gastfreundschaft und Herzlichkeit der sowjetischen Menschen sprachen. Übrigens wurde der Ton vieler Korrespondentenmeldungen während der Olympiade ein anderer...

In diesem Zusammenhang kommt mir eine Episode aus dem Pressezentrum in Erinnerung. An einem der ersten Tage der Spiele lernte ich Jim Railton, den Korrespondenten der Londoner „Times“, kennen, der von der Ruderregatta berichtete. Er war verschlossen und beobachtete skeptisch das, was sich um ihn herum tat. Doch die Zeit und die Ereignisse taten das Ihre. Vor seiner Rückfahrt sagte Railton:

„Ich habe als Reporter von den Ruderwettkämpfen der Olympiaden von Mexiko, München und Montreal berichtet. Offen gesagt, ist die Organisation der Regatta in Moskau die beste, die ich gesehen habe. Hier hat man es vermocht, im Pressezentrum und überhaupt bei den Spielen eine Atmosphäre zu schaffen, daß ich mich anderthalb tausend Meilen von London entfernt wie zu Hause fühlte.“

Zum Abschluß kommt das Filmteam erneut auf den gescheiterten Boykott zu sprechen, genauer auf den Protest gegen dieses unkluge und schädliche Unterfangen. Auf ihre Art protestierten auch amerikanische Touristen, die allem Druck zum Trotz nach Moskau gekommen waren. Sie veranstalteten auf den Leninbergen einen 4-Meilen-Lauf. Die ihnen entgegengestreckten Hände und die Glückwünsche der trotz der frühen Stunde zahlreichen Zuschauer durften angenehmer gewesen sein als die Medaillen, die US-Präsident Carter den Siegern der schwindsüchtigen „alternativen Olympiade“ vor dem Weißen Haus pompös überreichte.

G. SIDOROWA

„NEUE ZEIT“

42 80

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich erinnere mich an einen Artikel in der „Washington Post“, der der Sowjetunion vorwirft, sie betreibe die „Finnlandisierung“ Westeuropas und wolle es für ihre Ziele präparieren. Was können Sie dazu sagen?

Richard KOVEN
Washington, USA



Es diskutiert
das Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Wladlen
KUSNEZOW

Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, wer und wann diesen Begriff „Finnlandisierung“ in Umlauf gebracht hat, Mr. Koven. Und es besteht wohl auch kein besonderer Anlaß dazu. Wichtiger ist die Antwort auf eine andere Frage: Zu welchem Zweck wurde dieser Begriff erfunden? Mir scheint, damit wurde und wird noch heute ein dreifaches Ziel verfolgt: Die Politik sowohl der SU wie auch Finlands zu diskreditieren, das eine in einer Kommandorolle, das andere in der Untergabenrolle darzustellen, zu verhindern, daß das lehrreiche Beispiel der guten sowjetisch-finnischen Nachbarschaft Schule macht. Zu beweisen, daß es zwischen einer „Supermacht“ und einem kleinen Land keine Gleichheit geben kann, denn die Praxis der gegenseitigen Beziehungen im Westen kennt derartige Modelle nicht. Ferner soll die Politik der friedlichen Koexistenz belastet werden, unter deren Deckmantel der „Weltkommunismus“ vorhabe, seine Globalherrschaft zu etablieren. Heute „finnlandisiert“ er Westeuropa und morgen andere Länder und Kontinente...

Bemühen wir uns also um eine Klärstellung, Mr. Koven. Beginnen wir damit, daß der Sowjetstaat Finnland seinerzeit die Unabhängigkeit nicht deshalb gewährte, um sie ihm später wieder zu nehmen. Ich möchte auch folgende Tatsache anführen: 25 Jahre sind vergangen, seit die Sowjetunion auf ihr Recht zur Nutzung des Marinestützpunkts auf Porkkala-Udd verzichtete. Die Finnen haben dieses Zeichen des Friedenswillens wohl zu schätzen gewußt und schätzen es bis auf den heutigen Tag.

Schlagen wir das eben erst erschienene Buch des finnischen Präsidenten

Urko Kekkonen „Tamminiemi“ auf. Hier eine der wichtigsten Schlußfolgerungen des Verfassers: „In einem mehr als 30jährigen Zeitabschnitt konnten wir uns überzeugen, daß die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht nur möglich, sondern für Finnland auch außerordentlich vorteilhaft ist. Das auf dem Vertrag von 1948 basierende Vertrauensverhältnis hat unsere Selbständigkeit nicht beschnitten, sondern im Gegenteil unsere internationale Situation und unsere staatliche Unabhängigkeit gestärkt.“ Mehrmals erklärte der Präsident, mit dem Gerede von einer „Finnlandisierung“ könne man weder sein Land noch dessen Beziehungen zum sowjetischen Nachbarn kompromittieren.

Beschäftigen wir uns jetzt mit Westeuropa. Zu einigen dortigen Ländern unterhält die UdSSR recht stabile und enge Kontakte, so zu Frankreich, der BRD, zu Italien, Österreich, den skandinavischen und anderen Staaten. Zwar sind all diese Beziehungen von einem unterschiedlichen Grad des Vertrauensverhältnisses gekennzeichnet, aber es ist vorhanden, es kann zunehmen, und das ist äußerst wichtig. Sie wie ich wissen ja, daß gerade das Vertrauen die Zerreißfestigkeit im zwischenstaatlichen Verkehr schafft. Was die UdSSR und Finnland betrifft, so ist es recht beeindruckend. Und ist es nicht bedauerlich, Mr. Koven, daß ein solcher Grad des Vertrauens und der Zerreißfestigkeit nicht auch in den Beziehungen zwischen Ihrem und unserem Land bestehen?

Lassen Sie mich ein Resümee ziehen:

Die Sowjetunion würde gern zu jedem kapitalistischen Land gleichgeartete freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen wie zu Finnland haben. Obwohl das natürlich nicht die endgültige Decke, die Grenze wäre.

Als Großmacht verhält sich die Sowjetunion zu kleinen Ländern betont aufmerksam und achtungsvoll. Wie ein gleicher zu gleichen. Das paßt manchen Leuten nicht. Welchen? Denen, die gewohnt sind, anderen ihren Willen, ihre Entscheidungen aufzuzwingen. Hier nun wird gewöhnlich zu Ablenkungszwecken die „Finnlandisierung“ als Schreckensbild hingestellt. Warum beispielsweise macht man von ihr jetzt so viel her? Hier Tatsachen.

Brüssel wird von Washington gegenwärtig heruntergeputzt, weil es wagte, die Entscheidung über die Stationierung neuer US-Nuklearmittelstreckenraketen aufzuschieben.

Auf Oslo wird ein starker Druck ausgeübt, um die Zustimmung zur Lagerung US-amerikanischer Militärausrüstungen durchzusetzen.

Kopenhagen wird bedrängt mit der Forderung nach bedingungsloser Einhaltung der der NATO von Washington aufgedrängten jährlichen automatischen Steigerung der Militärausbürgungen um mindestens drei Prozent.

Von Reykjavík verlangt man das Einverständnis zum Ausbau eines Pentagonstützpunktes, auf dem sich — nach keineswegs grundlosen Vermutungen — bereits Kernwaffen befinden.

Wer also, Mr. Koven, will Westeuropa für seine Zwecke präparieren?



Bitte einen kurzen Aufschluß über das Königreich Swasiland.

R. AMIRCHANOW
Dagestanische ASSR

Es liegt im Süden Afrikas und hat ein Areal von 17 400 km² sowie 520 000 Einwohner, die zu 98% Afrikaner sind. Die Amtssprachen sind Englisch und Swasi.

1906 erklärte England Swasiland zu seinem Protektorat. 1967 bekam der Staat innere Selbstverwaltung, und 1968 wurde seine Unabhängigkeit proklamiert.

Swasiland gehört zum Britischen Commonwealth. Die Legislative lag in Händen des Königs und des Parlaments, bis der Monarch 1973 das Parlament auflöste, die Parteien verbot und die Legislative, die Exekutive und die juristische Macht auf sich vereinte.

Die Wirtschaft basiert auf der Landwirtschaft. Angebaut werden Zuckerrohr, Baumwolle, Getreide und Zitrusfrüchte. Ein großer Teil der Warenproduktion wird auf Pflanzungen erzeugt, die Europäern gehören. Sie besitzen 45% des Grund und Bodens. Ein Bergbau hat sich entwickelt. Es gibt Vorkommen an Asbest, Steinkohle und Eisenerz. Die Industrie ist sonst durch Betriebe für die Verarbeitung von Holz und Agrarprodukten sowie für die Erzeugung von Textilien und Kunstdünger vertreten. Außenpolitisch ist Swasiland auf Großbritannien und das rassistische Regime der RSA orientiert.

Was ist schlimmer?



Gegen welches Übel soll die Führung der in der BRD stationierten amerikanischen Soldaten zuerst ankämpfen, gegen den Alkoholismus oder die Sucht? Das fragt „U. S. News & World Report“. Obwohl in letzter Zeit über 140 GIs für Rauschgiftmißbrauch eingelocht worden sind, halten die Offiziere die Trunksucht für ein noch größeres Übel. Ihrer Ansicht nach kann man nur 2% der Soldaten als süchtig bezeichnen, während die Zahl der Trinker derart zugenommen hat und sie sich derart rowdyhaft aufführen, daß die Lokalbesitzer sich schon weigern, US-Soldaten hereinzulassen.

Adolf, der Gemütsmensch

Der bayrische Türmer-Verlag hat ein Buch „Anekdoten um Hitler“ herausgebracht und folgendermaßen angepreisen: „Den privaten Hitler kannten nur wenige; eine von ihnen ist H. v. Schirach, die Tochter von Hitlers Leibfotografen. Sie hat viel selbsterlebte Geschichten und Anekdoten aus dem Kreis um Hitler gesammelt und in einem gediegenen und wertvoll ausgestatteten Band zusammengetragen. So entsteht ein ganz anderes Bild Adolf Hitlers, frei von Verfälschungen und Verzerrung. In diesem Buch lernt die Welt den heiteren, mitmenschlichen und gemütlichen Österreicher kennen, den trunkenen Künstler.“

ler, den Geistreichen voller Einfälle und Spontaneität, der sich und andere ein bißchen glücklich machen wollte.“ So etwas sagt man von dem manischen Rassisten, der ganze Völker austrotzen oder versklaven wollte.

Riskante Spekulation

Nachdem Reagan Präsidentschaftskandidat geworden ist, sind in den USA alte Filmplakate mit seinem Abbild sehr gefragt. In New York zahlt man für eins 50, 80 oder sogar 100 Dollar, und die Preise für besonders seltene sind noch höher. Das ist ein riskantes Geschäft, denn am 4. November, am Wahltag, können die Plakate kaum noch das Papier wert sein, auf dem sie gedruckt sind.

Hoffnungslos verdreckt



In China werden überall Mao-Bilder und -Büsten entfernt. Im Pekinger Bahnhof hing jahrelang ein Bild von Mao und Hua Guofeng als Wahrzeichen des „rechtmäßigen“ Übergangs der Macht vom „großen Steuermann“ an seinen Nachfolger. Unlängst wurde das Bild abgenommen — Hua ist ja auch nicht mehr der Regierungschef, aber immerhin noch Vorsitzender des ZK der KP Chinas, und deshalb hat die Bahnhofsdirektion bekanntgegeben, das Bild sei schmutzig, man wolle es reinigen und zum Jahrestag der Republik

wieder anbringen. Der 1. Oktober ist vorbei, aber von dem Bild ist nichts zu sehen. Die Pekinger scherzen, es sei wohl hoffnungslos beschmutzt gewesen.

Getarnte Säuberung



Eine Säuberung des Staatsapparats von „Unzuverlässigen“ nahm der südkoreanische Diktator Chon vor, als er noch nicht Präsident war. Jetzt will er mit den Unzufriedenen endgültig, aber mit einer präsentablen Methode aufräumen. Hohe Beamte, Anwälte, Betriebsleiter und Professoren — insgesamt 32 500 — werden zu einem dreitägigen Lehrgang für soziale Erziehung herangeholt, der sich Samaul nennt und nach dem sie „neugeborene Bürger“ sein werden. Sie sollen in Gemeinschaftsheimen wohnen, Vorträge besuchen und an Diskussionen teilnehmen. Auf diese Weise hofft man, Gegner des Regimes ausfindig zu machen, natürlich mit den entsprechenden Konsequenzen. Die Samaul-Lehrgänge finden in dem Städtchen Suwon statt, in einem Zentrum, das noch von dem Diktator Pak Tschung Hi eingerichtet wurde.

Neue Erziehungsmethode

Der Schullehrer Robert Meehan in Galesburg (Illinois) hat sich in ganz Amerika einen Namen gemacht. Er wendet keine Prügelstrafe an, sondern steckt Lausbuben in eine Kiste, die hinten in der Klasse aufgestellt ist und verriegelt wird. Eine Sitzgelegenheit ist nicht drin, aber in den Deckel sind Löcher gebohrt, damit das Licht des Wissens auch zu den Übeltätern dringen kann. Die Strafe dauert von 15 Minuten bis zu 2 Stunden. Die

Schulleitung röhmt sich, daß diese „Erziehungsmethode“ sonst noch nirgends in den USA angewandt wird.

Miss Italia 80

Cinzia Lenzi ist erst 15, aber die Jury hat sie trotzdem zur Miss Italia 1980 gewählt und ihretwegen sogar die Bestimmung geändert, daß die Anwärterinnen nicht unter 17 Jahre alt sein dürfen. Sie hat den Mitgliedern der Jury so gut gefallen, daß sie sogar darüber hinwegsahen, daß das junge Mädchen nicht einmal die einfachen Fragen beantworten konnte, die den Anwärterinnen gewöhnlich gestellt werden. Sie zuckte nur mit den hübschen Achseln, als man sie fragte: „Was ist der Unterschied zwischen der NATO und dem Nobelpreis?“ und „Wer ist der italienische Regierungschef?“

Auf billige Tour in den Himmel



Eine Firma in Toronto (Kanada) hat angekündigt, sie stelle ein „Internationales Stern-Register“ auf. Da von den 250 000 bekannten Sternen fast alle nur Nummern und keine Namen haben, bietet die Firma jedem, der Lust hat, an, seinen eigenen oder einen anderen Namen für einen Stern zur Verfügung zu stellen. Er braucht dafür nur 30 Dollar zu zahlen. Das Personal des weltbekannten Smithsonian-Observatoriums, in dem ein offizieller Sternkatalog geführt wird, hat sich abfällig über das Vorhaben geäußert: „Wenn die einen Stern Martha Smith nennen wollen, so ist das ihre Sache. Für uns gilt das nicht.“

Zeichnungen:
W. Tschakiridis



LESEN UND EMPFEHLEN SIE WEITER „REISE IN DIE UdSSR“!

Die Zeitschrift informiert Sie über:

- Sehenswürdigkeiten und Schwerpunkte des Fremdenverkehrs der UdSSR;
- ihre reiche, mannigfaltige Natur;
- Geschichts- und Kulturdenkmäler, die Kunst der Völker der UdSSR;
- Museen, Kunstmuseen und Ausstellungen, Theater und Sport;
- Neuigkeiten des Fremdenverkehrs in der UdSSR.

Die großzügig bebilderte Zeitschrift „Reise in die UdSSR“ erscheint jährlich sechsmal. Sie wird in 50 Ländern in Russisch, Deutsch, Englisch und Französisch gelesen.

Wenn Sie die Sowjetunion besuchen wollen, berichtet Ihnen unsere Zeitschrift, wie und wann Sie am besten kommen, was Sie besichtigen sollten, wohin und wie Sie am besten reisen.

Unsere Zeitschrift wird Ihnen ein guter Führer und Ratgeber sein!

**ABONNIEREN SIE UNSERE ZEITSCHRIFT ÜBER
VERTRIEBSFIRMEN IN IHREM LAND, DIE MIT
MESHDUNARODNAJA KNIGA IN
GESCHÄFTSVERBINDUNG STEHEN.**

**UNSERE ADRESSE: 103 031, MOSKAU, NEGLINNAJA
ULIZA, 8.**

Tel: 221-35-29.

Suva ist vor allem ein großer Seehafen



Straßenszene
in Suva



Im Objektiv: FIDSCHI

Die Fidschi-Inseln liegen im Südwesten des Pazifik. Sie haben ein Areal von 18 300 km², etwas weniger als die halbe Schweiz. Die Hauptstadt ist Suva. Wie die meisten Pazifikinseln besteht auch diese Inselgruppe aus einer großen Insel — Viti Levu — und vielen (über 300) kleinen Inseln vulkanischer Herkunft, aus Korallenatollen und Riffen. Fidschi ist eins der ma-

lerischen, exotischen Südländer. Touristen wird gesagt, daß hier früher Menschenfresser lebten und daß die Inselgruppe sogar den Namen Kannibaleninseln getragen habe. Hier kreuzen sich die meisten See- und Luftwege zwischen den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Die günstige strategische Lage war die Ursache, daß die Inseln im vorigen Jahrhundert vom

Britischen Reich besetzt wurden. Fast ein ganzes Jahrhundert waren sie dessen Kronkolonie. Das Kolonialregime gab der Wirtschaft die einseitige Orientierung auf den Export nur einiger Agrarprodukte (Zuckerrohr, Produkte der Kokospalme, Bananen).

Jetzt lenken die Fidschi-Inseln damit, daß sich eine „Pazifikgemeinschaft“ entwickelt, immer mehr das Augenmerk auf sich. Die australischen und die japanischen Konzerne rechnen mit der Möglichkeit, die Bodenschätze der Inseln — Gold, Silber, Manganerz und Kupfer — abzubauen.



Die modernen
Bauten geben
den Städten
von Fidschi
ein durchaus
neuzeitliches
Gepräge



Der kleine
Schuhputzer
erinnert
noch
an die kürzliche
koloniale
Vergangenheit

Fotos:
W. Semjonow

Freizeit
auf dem Dorfanger



Kokosnussernte

